

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pr. Nummer 10 Pf., monatlich 1.10 RM., vierteljährlich 3.30 RM., halbjährlich 6.60 RM., jährlich 13.20 RM. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Post-Abonnements 1.10 RM. pro Monat. Eingetragenes in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 RM., für das übrige Ausland 3 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummern je Zeile oder deren Raum 60 Pf. für vollst. und gewerkschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgebundene) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 30. August 1908.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Kongo-Annexion.

Brüssel, Ende August.

Nach einer endlosen, ermüdenden, in wirren Zickzackgängen laufenden Diskussion hat die belgische Kammer das Kolonialgesetz auch in zweiter Lesung angenommen und die Annexion perfekt gemacht. Gegenwärtig liegt noch der Senat die letzte Hand an die Vorlagen und so ist der um den allerhöchsten Geschäftsmann Leopold gescharten Clique der Finanzjobber und Kolonialwucherer doch gelungen, ihre Ernte noch vor dem Herbst unter Dach zu bringen.

In der Tat ist die Annexion so gut wie vollzogen, Belgien ist seit voriger Woche in die Reihen der Kolonien besitzenden Länder getreten.

Eine Rückschau auf den Weg des Gesetzes zeigt nicht nur eine Fülle der sonderbarsten Ministerkrisen und Regierungsniederlagen, die mit ihren Pikanterien noch den letzten Augenblick würgten, sondern auch jenes denkwürdige Votum der Ratwähler, die eine Majorität von 150 000 Stimmen gegen die Annexion ergaben. Es war danach nur zu begreiflich, daß die Regierung trotz ihrer angeblichen Zuversicht, daß das Land die Annexion wünsche, es nicht wagte, die Frage der gesamten Wählerschaft zu unterbreiten. (Die Kammer wird bekanntlich bei den regulären Wahlen stets nur zur Hälfte erneuert.)

Vielleicht konnte man sich wundern, daß die Verstimmlung des Volkes kein stärkeres Ausdrucksmittel als den Stimmzettel gefunden hat — und die Kolonialclique hat auch nicht verkehrt, diese anscheinende Indifferenz zu ihren Gunsten zu deuten. Aber man darf eben doch nicht verkennen, daß eine kräftigere Temperamentsentladung der Massen eine mehr ins Auge fallende Rechtsverletzung, eine unmittelbare, drastischere Schädigung voraussetzt, als die Uebnahme des Kongo-Staates mit sich bringt, deren gefährliche Folgen vielleicht erst nach Jahren zu empfinden sein werden. Und es soll auch nicht verschwiegen werden, daß jeder Versuch, die Massen in Bewegung zu bringen, schon infolge der völligen Desorganisation hätte scheitern müssen, die das Kongo-Problem in allen parlamentarischen Parteien hervorgerufen hat. Eine energische Obstruktion in der Kammer hätte wohl des Wiederhalls im Lande nicht entbehrt, aber der wackende Ruf blieb aus. Der König und sein — im eigentlichen Sinne — „Geschäftsministerium“ profitierten von der Schwäche der Opposition mehr als von der Stärke ihres Anhangs. Die Opposition der von Veernaert geführten anständigeren Elemente der konservativen Partei wurde durch die Zweideutigkeit der reichlich mit Kongo-Interessenten durchsetzten Doktrinär-liberalen und durch die Konfusion bei den Sozialisten reichlich kompensiert. Die bekannten Seitensprünge Vanderveldes haben der ganzen sozialistischen Opposition das Rückgrat gebrochen. Welche moralische Autorität hätte ein Appell der Sozialisten an das Volk gehabt, nachdem der bekannteste Parlamentarier der Partei in der peinlichen Sitzung vom 9. Juli unter dem heftigen Protest fast der ganzen Fraktion gegen den Verfassungsauftrag der Opposition gestimmt hatte, der die Regierung zwingen sollte, vor dem Abschluß der Debatte über den Verlauf ihrer Unterhandlungen mit England Aufschluß zu geben. Nachträglich ist diese Publikation erfolgt und sie beweist nur — gleich dem englischen Weißbuch — wie viel Konfliktstoff unter den „wohlwollenden“ Redensarten der Diplomatie verborgen ist.

Unter den gegebenen Umständen — den prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten und der taktischen Unsicherheit und Zuchtlosigkeit — war die sozialistische Opposition darauf beschränkt in ununterbrochenen Einzelgefechten gegen die schlimmsten Bestimmungen des Kolonialgesetzes und die drückenden Bedingungen der Annexionsvorlage anzukämpfen. Bei äußerster Kraftanstrengung und bisweilen glänzender Entfaltung parlamentarischer Talente war der Erfolg doch sehr bescheiden. Denn die Leopoldische Clique konnte sich doch nicht dazu verstehen, dem Kolonialkapitalismus die Giftzähne ausbrechen zu lassen, um derentwillen sie ihm just das Land öffnen will.

Für die von einigen Radikalen, namentlich Vorand tapfer unterstützte sozialistische Opposition waren zwei Gesichtspunkte maßgebend: das politische und wirtschaftliche Interesse der belgischen Bürger und das Interesse der Eingeborenen im Kongo.

Man sieht sich zur Kolonialpolitik an sich wie immer stellen, so ist doch das eine gewiß, daß die Uebnahme des Kongo für Belgien auf eine unabsehbare Zeit hinaus eine schwere wirtschaftliche Belastung zur Folge haben wird. Die notwendigen kostspieligen Investitionen werden zuguterletzt von den Steuerzahlern bestritten werden müssen, wenigstens das Verwaltungsrecht in seiner Formulierung durch die 17. Kommission die Trennung der Aktiva und Passiva der Kolonie von denen des Mutterlandes festsetzt und auf Antrag Boesies, des gegenwärtig gegen das Ministerium intrigierenden liberalen Drahtzieher, auch die Rinsengarantie Belgiens für die Kongorente abgelehnt worden ist. Die Raubwirtschaft der Konzessionsgesellschaften und die Profitmacherei des Königs wird, wenn wohl auch zum Schein gemildert, wie bisher fortgehen und nur die Finanzen der nunmehrigen Kolonie werden sich infolge

der notwendigen Reformen und weiter auch wegen der fallenden Rautschulpreise und der erhöhten Gestehungskosten verschlechtern. Der Kolonialbesitz wird aber auch die staatliche und gesellschaftliche Organisation des Mutterlandes entscheidend beeinflussen. Denn Militarismus und Marinismus, die es in Belgien bisher nur zu bescheidenen Ansätzen gebracht haben, wird weit das Tor geöffnet, eine an ihm materiell interessierte industrielle und finanzielle Schicht der Bourgeoisie wird sich formieren und das Land wird in das für den neutralen Kleinstaat besonders gefährliche Getriebe der internationalen Politik hineingerissen. Damit aber läutet auch dem traditionellen belgischen Konstitutionalismus die Totenglocke und der kapitalistische Imperialismus wird sein lamahender Erbe. Man braucht, um diese neue Psychologie der belgischen Bourgeoisie zu erkennen, nur die gewissenlose Preisgabe der bürgerlichen Freiheitsrechte ins Auge zu fassen, die im Verwaltungsrecht für den Kongo verübt wird. Die nach dem Kongo ausgewanderten Belgier verlieren die bürgerlichen Rechte.

In der Kolonie besteht keine Pressefreiheit, keine Vereins- und Versammlungsfreiheit. Man dürfe die Kolonialregierung nicht entlassen, hat der Justizminister Reukin gemeint — die Amendements der Sozialisten, die diese bürgerlichen Freiheiten wenigstens für die Europäer oder auch nur für die Belgier, die den Kongo bewohnen, zu retten versuchten, wurden abgelehnt. Das künftige Regime der Kolonie ist überhaupt ein kaum verhüllter Absolutismus, der dem König die Fortsetzung seiner dunklen Machenschaften mit den Konzessionsgesellschaften ermöglichen soll. Abgelehnt wurden alle sozialistischen Anträge, die das Recht der Abgeordneten, in die Geschäftegebarung der Kolonialregierung, besonders in die Archive der Finanzverwaltung Einsicht zu nehmen, sicher stellen wollten. Abgelehnt die Anträge, die die gesetzgebende Gewalt dem Kolonialrat übertragen und für wichtige Gegenstände, insbesondere auch für die Einrichtungen des Steuersystems und für Konzessionen von Eisenbahnen, Bergwerken, Wäldern und Gebäuden die Form des Gesetzes vorschreiben wollten. Angenommen wurde der Entwurf der Kommission, der die gesetzgebende Gewalt durch den König mittels Dekreten ausüben läßt, mit Ausnahme der für Gesetze vorbehaltenen Gegenstände. Herr Reukin verteidigte diese Fassung, indem er sagte, es sei unmöglich, der Kolonie die gesetzgeberische Autonomie zu verleihen, sie müsse also Belgien übertragen werden, und zwar dem König, denn das Parlament sei zu langsam — Ausnahmen seien nur für die durch das Gesetz der ordentlichen gesetzgebenden Gewalt vorbehaltenen Gegenstände festgesetzt, d. h. für das Budget; für die Staatsrechnung; für die Anleihen; für die Fälle der Ministerverantwortlichkeit; für die Genehmigung der Staatsverträge. Ferner für die infolge einer königlichen Delegation dem Generalgouverneur der Kolonie zugewiesenen Angelegenheiten. Die Dekrete bedürften der Gegenzeichnung und der vorhergehenden Begutachtung durch den Kolonialrat. Diesem die gesetzgebende Gewalt zu verleihen — wie dies Vandervelde beantragt hatte — widerspreche den Grundprinzipien des belgischen Staatsrechts, die es nicht gestatteten, eine aus Abgeordneten der Nation zusammengesetzte unverantwortliche Leitung damit zu betrauen. Einen ähnlichen „Konstitutionalismus“ gab der doktrinär-liberale Hymanus kund, der die Uebertragung der gesetzgebenden Gewalt an den König mit der Berufung auf die doch einer ganz anderen Zeit entstammende holländische Gesetzgebung begründen wollte und im übrigen meinte, von Absolutismus sei keine Rede. Denn das Wort „König“ im Gesetz bedeute soviel wie Regierung.

Das Kolonialgesetz ist das Ergebnis eines schmutzigen Geschäfts, zu dem sich drei Parteien verstanden haben: der absolute König bekommt für seine Sultanlaunen, der Großkapitalismus für seine Profitgier, der Merkantilismus für seine Herrschgier einen Freibrief. Kaum daß sich die Regierung, um ihrer liberalen Disziplin ein konstitutionelles Feigenblatt zu lassen, zu kleinen Zugeständnissen herbeigelassen hat, wie zur Festsetzung der ministeriellen Gegenzeichnung für die Ausgaben des dem König überwiesenen Spezialfonds von 50 Millionen und die zur Disposition des Königs bestellten Ammunitäten von insgesamt 45 Millionen.

In zahllosen Änderungsanträgen bemühte sich die Opposition die Vorlage für die Eingeborenen günstiger zu gestalten und die schlimmsten Formen der Versklavung und Ausplünderung zu beseitigen. Auch hier waren ihr nur bescheidene Erfolge beschieden und im großen und ganzen bleibt die Sklaverei an der Tagesordnung. Am wichtigsten ist die durch die packende Beredsamkeit des Genossen Royer durchgesetzte Bestimmung, die die direkte oder indirekte Anhaltung der Neger zur Zwangsarbeit für die Konzessionsgesellschaften oder für sonstige private Unternehmungen untersagt. Die Regierung mußte sich dazu verstehen, in einer präzisen Gesetzesbestimmung auszusprechen, daß die als Steuer trotz der Bemühungen der Opposition für fünf Jahre zugelassene Fronarbeit — besser gesagt die Negerjagd — wenigstens nicht den Gesellschaften zur Eintreibung überlassen werden darf. Wie wenig freilich der humanitären Moral der

Regierung zu trauen ist, geht aus dem im letzten Granbuch veröffentlichten Memorandum an die Regierung der Vereinigten Staaten hervor, worin es heißt, daß es heute leider noch unmöglich sei, ein Datum für die vollständige und endgültige Aufhebung der in Arbeit zu leistenden Steuer anzugeben. Hier liegt auch einer der gefährlichsten Keime eines Konflikts mit England. Wohl hat die englische Regierung auf die feste Datierung der Aufhebung der Zwangsarbeitssteuer verzichtet, aber unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß im Kongo geeignete Maßregeln getroffen würden, die Okkupationsrechte und die Verfügungsrechte der eingeborenen Bevölkerung über die natürlichen Bodenprodukte zu erweitern. Daß es nicht schwer fallen dürfte, in den Bestimmungen des Verwaltungsgesetzes und gar in der Handhabung, die ihm zweifellos zuteil werden würde, den Mangel einer solchen Vorfrage zu sehen, liegt auf der Hand. Die Mehrheit der Kammer hat sowohl den Zusatzantrag Vorand abgelehnt, der eine aus vier vom Parlament ernannten Mitgliedern gewählte Schutzkommission für die Eingeborenen einsetzen wollte und ihre Ernennung dem König zugewiesen. Ebenso hat sie den Antrag Vandervelde verworfen, der dem Generalgouverneur der Kolonie die Aufgabe zutrieb, sich ganz besonders mit der Erhaltung und Erweiterung der Eigentums- und Okkupationsrechte der Eingeborenen zu befassen. Wenn die belgische Regierung nichts dazu tut, sich von dem Verdacht, das Raubregime des Kongostaates unter einer neuen Firma fortsetzen zu wollen, zu befreien, so wird die im englischen Weißbuch publizierte Warnung Sir Edward Grey leicht praktisch werden, die darauf verweist, daß England den vertragsmäßig eingeräumten Rechten, wegen der es mit der Kongo-Regierung in Unstimmigkeit geraten sei, größere Aufmerksamkeit schenken müsse.

Man sieht, die Zukunft droht noch mancherlei Unheil zu gebären. Aber selbst im günstigsten Fall bleibt die Annexion ein Geschäft, das sich dem „großherzigen“ König und der nach Profiten und bürokratischen Schmaroherplänen lüsternen Bourgeoisie rentieren kann, den 2 Millionen Schwarzen aber eine Verlängerung der von Regierungswegen organisierten Plünderung, den arbeitenden Massen Belgiens die schweren Lasten und die gesteigerte Korruption des in das Getriebe der imperialistischen Staatswesen hineingetriebenen Landes aufladen muß. — Einen Vorgeschmack vom neuen belgischen Nationalismus hat man schon in der letzten Debatte — und nicht zuletzt von Vandervelde — zu kosten bekommen. Es ist unerfreulich, berichten zu müssen, daß auch der belgische Sozialismus im erwachenden weltpolitischen Frühling ziemlich taumelig geworden ist. Die „Realpolitik“ eines Vandervelde, wie die sozialtheoretischen Schrullen eines Denis, der sich in die Idee eines internationalisierten Kolonialsystems verbeissen hat, haben die sozialistische Aktion im Parlament bisweilen ihrer historischen Aufgabe, die innerhalb des bürgerlichen Staatsorganismus wirkende Kraft der revolutionären Massenbewegung des Proletariats zu sein, entfremdet. Hoffentlich werden die kommenden Kämpfe gegen die Merkantilgesellschaft und das jedem sozialistischen Fortschritt mit steigendem Selbstbewußtsein widerstrebende kapitalistische Ausbeutertum der Partei die Energie und Geschlossenheit wie das klare Erfassen der Leistungen, die sie dem Proletariat schuldet, wiedergeben.

Lloyd George und seine deutsche Reise.

London, 27. August.

Mit Ausnahme Winston Churchills, der außerordentlich rasch zu einer der höchsten politischen Stellungen emporgeklommen ist, dürfte es kaum noch einen Politiker in England geben, der das Auge des Publikums mehr auf sich lenkt, als Lloyd George. Er wurde im Jahre 1863 von kleinbürgerlichen Eltern in Wales geboren und für die juristische Laufbahn bestimmt. Er hat es aber nicht einmal zum Barrister (Rechtsanwalt), sondern zum Solicitor (Rechtskonsultent) gebracht. In England ist die Advokatur in zwei Professionen geteilt. Der Theorie nach verteidigt der Rechtsanwalt aus Motiven der Gerechtigkeit und darf mit der Partei, für die er juristisch wirkt, nicht in Verührung kommen. Seine Pflicht ist, vor dem Richter zu plädieren und dem Rechte zum Siege zu verhelfen. Den Auftrag hierzu erhält er vom Solicitor, der mit der klagenden oder beklagten Partei verkehrt und sich mit ihr über die Gebühren einigt, aber vor dem Richter nicht plädert. Der Solicitor ist also ein Vermittler zwischen Partei und Rechtsanwalt. Das war der Beginn der Laufbahn von Lloyd George. Im Jahre 1890 wurde er als radikaler (linksliberaler) ins Parlament gewählt, aber erst im Jahre 1904 begann er das Ohr des Unterhauses zu gewinnen, besonders wegen seiner Angriffe auf den schauzäuerisch-imperialistischen Chamberlain. Seine Angriffe zeigten wenig von Wissen oder tiefem, originellem Denken, wohl aber zeichnete er sich durch einen bissigen Sarkasmus und geschickte Debattierkünste aus, die den Angegriffenen reizten. Seitdem wurde Lloyd George zu einem hervorragenden Mitglied der liberalen Partei, deren Führer Sir Henry Campbell-Bannerman ihn beim Rücktritt der konservativen Regierung im Dezember 1905 zum Handelsminister machte.

Im neuen Parlamente, das aus den Januarwahlen 1906 hervorging, wurde Lloyd George von der konservativen Opposition zuerst für einen radikalen Schwächer gehalten. Bald aber wurde sie anderer Meinung und schloß den Handelsminister in ihre Netz.

Er brachte eine Schiffahrtsbill ein, in der er die Zuteilung der Meeresküste. In der Verwaltung seines Ressorts hat er es sich nicht angelegen sein lassen, sich mit den Kapitalisten zu verständigen. Dann kam die Agitation der Eisenbahner um Anerkennung ihrer Organisation und um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit, die die Gefahr eines allgemeinen Bahnstreiks in sich schloß. Am Vorabend der Arbeitsniederlegung der Eisenbahner gelang es Lloyd George jedoch, die Arbeiterführer einzuschüchtern und ihnen einen Ausgleich aufzuzwingen, der die Anerkennung der Gewerkschaft ausschloß, und anstatt bessere Arbeitsbedingungen erhielten die Arbeiter die Möglichkeit, Schiedsgerichte zu bilden. Diese gewerkschaftsfeindliche Haltung wurde Lloyd George von den Unternehmern als eine der größten Taten gutgeschrieben. Schließlich hat er sich die Schuldvollner durch sein neues Patentgesetz, das am 23. d. M. in Kraft tritt, besonders verbunden. Dieses Gesetz bricht mit dem Freihandel, indem es ausländischen Patentartikeln nur dann den Schutz des Gesetzes gewährt, wenn die Patentinhaber ihre Fabrikation in genügendem Umfang in England betreiben. Zahlreiche deutsche Industrielle sind dadurch gezwungen, Fabriken in England zu gründen, Staats- und Gemeindesteuern in England zu zahlen, englische Arbeiter zu beschäftigen und hier ihre Waren herzustellen, anstatt sie, wie früher, nach England einzuführen. Das deutsche Kapital muß jetzt den englischen Reichtum vermehren helfen.

Diese ministerielle und legislative Tätigkeit machte Lloyd George zum populärsten Mann in den Kreisen der herrschenden Klassen. Als Campbell-Bannerman vom politischen Leben zurücktrat und das Kabinett umgestaltet wurde, verlangten die Konservativen ebenso eifrig wie die Liberalen, daß Lloyd George einen höheren Posten erhält; es wurde ihm auch der erledigte Finanzministerposten anvertraut, von dem Asquith zurückgetreten war, um Premierminister zu werden. Der Rabinetsrang des Finanzministers steht nur demjenigen des Premierministers nach. Auf diesem Posten scheint ihm das Glück weniger günstig zu sein. Seine Übernahme des Finanzressorts fiel mit dem Beginn der Wirtschaftskrise zusammen, die sich auch im Rückgange der Staatseinnahmen stark bemerkbar macht. Von seinem Vorgänger Asquith (dem gegenwärtigen Premierminister) hat er aber große Verpflichtungen übernommen: für Alterspensionen und für die Aufrechterhaltung des maritimen Zwei-Mächte-Standards zu sorgen. Das Betreiben einer Sozialpolitik wird von der Arbeiterpartei verlangt; die Steigerung der Flottenausgaben verlangen die Flottenpolitiker unter Hinweis auf die umfassenden Rüstungen Deutschlands. Angesichts dieser großen Forderungen und des Rückganges der Staatseinnahmen muß sich der Finanzminister auf ein bedeutendes Defizit gefaßt machen. Man spricht von einem Defizit des Etats 1908/09 und 1909/10 von etwa 200 Millionen Mark. Das bisherige Gleichgewicht im Staatshaushalte ist also gefährdet und dennoch sind enorme Ausgaben für die Flottenetats der nächsten Jahre erforderlich.

Wie man erzählt, hat Lloyd George diese Sachlage seinen Kollegen geschildert und den Minister des Äußeren, Sir Edward Grey ersucht, Schritte zu einem Einverständnis mit Deutschland zu machen. Das Einverständnis soll selbstredend den Zweck haben, die Flottenprogramme einzuschränken. Grey entsprach dem Wunsche seines Kollegen und hielt vor Schluß der letzten parlamentarischen Sitzung eine deutschfreundliche Rede und legte auch dem König nahe, anlässlich seiner Begegnung mit dem deutschen Kaiser die Frage der Beschränkung der Flottenrüstungen zu berühren. In diesem Zwecke wurde ihm Sir Charles Hardinge, für den Grey dem Parlament gegenüber die Verantwortlichkeit übernommen hat, mitgegeben, der tatsächlich diese Frage mit dem Kaiser in Kronberg besprochen hat. Das Resultat wurde bereits an dieser Stelle mitgeteilt: Bis 1911 soll weiter gerüstet werden.

Um sich über die Stimmung in Deutschland zu orientieren, ging Lloyd George nach Berlin. Als unerfahrener Diplomat ließ er sich — entgegen den Gepflogenheiten britischer Minister — von einem Vertreter der „Freien Neuen Presse“ über äußere Politik interviewen. Seine Auslassungen, die nebenbei gesagt, mit unseren Ansichten, die im Artikel „Freihandel und Politik“ geäußert wurden, merkwürdig übereinstimmen, erregten das Mißfallen der öffentlichen Meinung Englands. Lloyd George ging sodann nach Berlin, aber nicht mehr als äruherer Politiker, sondern als Sozialpolitiker. Er studierte in Deutschland die Gesetzgebung betreffend Arbeiterversicherung, um manches davon in seiner ministeriellen Tätigkeit zu benutzen.

Bei seiner Rückkehr nach London wurde er über diese Gesetze ausgefragt, die er im großen ganzen lobt. Er hat sich in Deutschland auch mit Arbeiterführern und Sozialdemokraten unterhalten (mit dem Genossen S i m a n o w s k i von der Zentralkommission der Krankenlosen und dem Genossen K o h n von der Ortskrankenkasse der Kaufleute. Red. d. „Vorw.“), von deren praktischen Sinn und sittlichem Ernst er eine sehr gute Meinung gewonnen hat. Man hatte ihm offenbar die roten Teufel Deutschlands mit blinigen Farben gemalt, und er war ganz überrascht, vernünftige Männer, praktische Politiker und besonnene Führer zu finden. Man darf ruhig behaupten, daß sein Verkehr mit deutschen Sozialdemokraten ihn zu einem besseren Einblick in das Wesen der modernen Arbeiterbewegung verholfen hat.

Gegen die Anfeindungen der Parteischnle.

In seinen Angriffen auf die Parteischnle hatte sich Genosse Eisner auch auf die unseren Lesern bekannten Verhörungen des ehemaligen Parteischnlers Genossen W e g e n e r in Kassel gestützt. Im Anschluß daran hatte Eisner geschrieben, er „neige zu der Ansicht“, daß die meisten früheren Parteischnler ebenso denken wie Wegener. Wir haben schon das Zeugnis des Genossen P i e d - v o e m e n gegen diese Ansicht angeführt. Einer Zuschrift der Genossin S e l i g e r, Schülerin des zweiten Kurses, an uns entnehmen wir:

... die Genossen, die an ihre Aufgabe als Parteischnler mit dem ersten Willen herantreten, möglichst viel von dem, was ihnen dort geboten wird, in sich aufzunehmen, werden die Schulkurste täglich mit größerer Befriedigung verlassen können. Sehr zu begrüßen ist die Mannigfaltigkeit des Lehrplanes. Es findet so jeder ein Fach für das er besondere Neigung und Fähigkeiten besitzt. Außerdem aber wird der Schüler zum Vergleich gezwungen, er lernt die Zusammenhänge der verschiedenen Wissensgebiete kennen. Dadurch wird gerade dem Schematischen, Dogmatischen entgegen gewirkt, die Schüler werden nicht zur „Orthodoxie“, sondern zum „Revisionismus“ erogen, freilich in anderem Sinne als gewisse Kreise dies anstreben. Gerade diese gute Eigenschaft der Parteischnle müßte meiner Ansicht nach wegfallen, wenn eine Dezentralisation im Eisnerschen Sinne in die Wege geleitet würde. Denn man wird naturgemäß für die kleineren Zirkel den Lehrplan auf weniger Fächer einschränken müssen, und die Zahl der Teilnehmer wird auch dort nicht unbeschränkt sein können. Eine geistige Dezentralisation findet ja auch unter der jetzigen Gestaltung statt, denn die Schüler kommen aus allen Landesteilen und gehen auch nach Schluß der Schule wieder hinaus ins ganze Reich, um das Gelernte für die Bewegung zu verwerten. Wie Genosse Eisner von dem großen Gegenfah zwischen „Eiterschichtung“ und „Rassenbildung“ sprechen kann, ist mir unverständlich, denn die Schüler kommen aus der Masse und gehen zur Masse zurück, und niemals ist der Versuch gemacht worden, sie als höhere Kategorie über die Masse zu stellen. Wäre eine „Eiterschichtung“ Zweck der Parteischnle, dann würde sich wohl die ganze Partei, die „Radikalen“ nicht weniger wie die wachsam Revisionisten, in der unbedingten

Verurteilung solcher Tendenz einig sein. Da das Wort jedoch nur ein Popanz ist, mit dem man unartige Kinder schreckt, so wird es gerade auf die „Masse“ nicht die erhoffte Wirkung ausüben. Der Münchener Parteitag wird jedenfalls eine eingehende Erörterung dieser wichtigen Frage bringen und die Pflicht der bisherigen Parteischnler wird es sein, im gegebenen Augenblick für das Institut einzutreten, das ihnen solch eine Fülle von Gutem und Herrlichem geboten hat. Gerade im Interesse der „Massenbildung“ gegen die „Eiterschichtung“.

In der „Bremer Bürgerzeitung“ veröffentlicht Genosse K a u s c h, Schüler des ersten Kurses, eine Erklärung, der wir folgende Sätze entnehmen:

„Zu einem Urteil, wie es der Genosse Wegener abgab, können nur Leute kommen, die in unübertrefflicher Naivität geglaubt haben, die Parteischnle werde sich als der so lange gesuchte Münchener Richter erweisen, mit dem man jedem, der dazu von seinen parteigenösslichen Freunden und Gönnern ausgerufen wird, so viel Wissen, wie er nur mag, eintrichtern könne. Wer solche wahnhaftig überhöhten Erwartungen an die Parteischnle nicht stellt, wird in ihr nicht nur eine überaus notwendige, sondern auch eine in allen Teilen sich bestens bewährende Einrichtung erblicken. Unter den bis jetzt gegebenen Verhältnissen bietet die Parteischnle die einzige Möglichkeit, einer Anzahl von Genossen in möglichst kurzer Zeit und mit der erforderlichen Gründlichkeit die den Klassenkampf fördernden Wissensgebiete so zugänglich zu machen, daß er daraus immer neue Kräfte und Waffen hervorholen kann. Und in dieser Beziehung hat die Parteischnle geleistet, was sich leisten läßt.“

Aber wird denn, wenn wirklich nach dem Ideal des Genossen Eisner selbst in allen größeren Zentren Bildungsaufbauten mit fest angestellten ständigen Lehrkräften errichtet wären, die Berliner Parteischnle überflüssig? Durchaus nicht! Dann müßte der Parteischnle die Aufgabe zugewiesen werden, die Genossen, die sich bei den Massenbildungskursen als besonders qualifiziert erweisen haben, für irgend welche Fächer, für die sie größten Fähigkeiten aufweisen, weiter zu bilden, damit alle aus dem Proletariat sich entwickelnden Kräfte frei und dem Kampfe nutzbar gemacht werden können. ...

In der „Arbeiterzeitung“ zu Dortmund hat Genosse Redakteur W. D r o m m e, Schüler des ersten Kurses sich geäußert. Er sagt u. a.:

Die Parteischnle hat ihren Zweck bisher in vollstem Maße erfüllt und gezeigt, daß die Einrichtung der richtige Weg ist, zur Massenbildung beizutragen. Die Schüler verwerten doch sofort nach Rückkehr in die alten Kreise oder an irgend einem Parteiposten ihre Kenntnisse und Befruchtungen so die nach Bildung strebenden Proletariatsmassen in gewünschter Weise.

Natürlich wird in den meisten Fällen auf der Schule erst der Grundriß für eine systematische Durchbildung in den sozialen Theorien und der materialistischen Geschichtsauffassung gelegt. Mit wenigen Ausnahmen haben vorher die Schüler theoretische und philosophische Schriften nur schwer begreifen können. Nach der Lektüre tappte man meist noch im Dunkeln und wußte nicht recht, was man gelesen hatte. Mir ist das wenigstens so ergangen. Erst durch den Unterricht an der Parteischnle habe ich eine tiefere Einsicht in das Wesen des Sozialismus erhalten, mit deren Hilfe ich nun in der praktischen Parteiarbeit viel leichter durchkomme, als es vorher der Fall war. Wer von uns Schülern im Tageskampfe steht, wird mir das bestätigen müssen. In einem halben Jahre will das gewiß viel heißen und es wäre nicht möglich, wenn man nicht schon vorher jahrelang in der Partei gewirkt hätte.

Alles in allem kann die Partei stolz auf die Schaffung dieses Bildungsinstituts sein. Genosse Bebel sagte bei Eröffnung der Schule, es sei ein historisches Moment. Die Schule sei das erste Unternehmen dieser Art auf der ganzen Welt. Es sei nicht beabsichtigt, jeden Schüler in sechs Monaten zu einem Universalgenie auszubilden, aber die Methode zur systematischen Fortbildung solle in dieser Zeit den Schülern beigebracht werden. Und diese Absicht ist aufreht erreicht worden.

Der Genosse J r. K l u p f c h - Dortmund schließt sich diesen Ausführungen voll an und fügt hinzu:

Ich wundere mich umso mehr über das Urteil des Genossen Wegener-Kassel, da er sich während der ganzen Schulzeit niemals in diesem Sinne ausgesprochen hat. Gewiß kann zugegeben werden, daß von den Schülern über das eine oder andere Lehrgangsthema geäußert wurden, aber das wird meines Erachtens bei jedem solchen Unternehmen in der ersten Zeit der Fall sein. Durch das Ausscheiden der beiden Lehrkräfte Hüfnering und Hannefoel wurde der zweite Kursus zu Beginn wohl etwas beeinträchtigt, aber durch das Eintreten der Genossin Luxemburg und des Genossen Umow war dieses bald überwunden. Der Parteivorstand hat mit diesen beiden Erfolgestrahlen einen guten Griff getan, darin werden mir sämtliche Schüler des zweiten Kurses wohl beipflichten müssen. Ich halte die Schule für ein segensreiches Unternehmen der Partei und es wäre nur zu wünschen, daß sie durch nichts gestört würde.

Wir möchten dem hinzusetzen, daß inzwischen ein geradezu glänzendes Zeugnis für den Wert der Parteischnle beigebracht worden ist: das ist die Mut und der Haß, den sie bei den Gegnern erregt. Die konservative „Schlesische Zeitung“, eines der gefährlichsten Zentralkreise, schreibt aus Anlaß des Berichtes über die Parteischnle:

Dieses Unternehmen zur wissenschaftlichen Brunnenerziehung ist trotz der Mißbilligung, die es durch das Ungeheißel der Zensurierung in der Partei außerhalb Berlins erregt, nach am Leben. Der „Bildungsausschuß“ der Partei leitet diesen Teil des Berichtes mit einer höchst bezeichnenden Warnung vor zu starker Anregung des Bildungstriebes ein. Die Bildung soll sich nicht breitpurig in den Vordergrund stellen, sondern dem großen Zwecke der modernen Arbeiterbewegung unterordnen. Das gibt natürlich in erster Reihe den Maßstab für die Parteischnle, deren Programm sich schon in dem Namen des Lehrpersonals andrückt, wenn man liest, daß die Genossin Rosa Luxemburg die Lehrerin für Rationalökonomie ist und Genosse Wehling die Historie traktiert. Nimmt man hinzu, daß die juristischen und Staatswissenschaften den Händen des Herrn Stadthagen überantwortet sind, so begreift man, daß die fidele Genossen „Genossen“ diesem Wissensgebiete mit einem geheimen Grausen gegenüberstehen; ihm eine Konkurrenz ins Leben zu rufen, ist ihnen gegenüber der Tyronei der Berliner Clique bis jetzt nicht gelungen. Der Bericht konstatiert, daß die Parteischnle „den ihr gelegten Zweck“ bisher in vollem Maße erfüllt hat. Das ist nicht zu bezweifeln. Die hier verzapfte „Wissenschaft“ wird ihre Wirkung bei dem Nachwuchs schwerlich verfehlen. Man kann der „Magdeburger Ztg.“ nur beipflichten, wenn sie schreibt, der Staat sollte sich nicht mit der Erwartung zufrieden geben, daß dieses burlesk aussehende Unternehmen an seinen lächerlichen Seiten zugrunde gehen werde, sondern sich gegen das Gift wappnen. Auch den bürgerlichen Parteien und den Arbeitgebern erwächst die Pflicht, sich mehr als bisher die Einwirkung auf die Jugend anzuwenden zu lassen.

Dieser Zutergang, der nicht verfehlen wird, überall im Deutschen Reich die unabhängigste Forderung auszulösen, zeigt, daß die Parteischnle auf dem richtigen Wege ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. August 1908.

Preussische Auslieferungspraxis.

Nirgend schaltet im Kulturstaat Preußen die Polizei so nach ihrem Belieben als in den industriellen Revieren Oberschlesiens. Besonders die dort tätigen russischen und polnischen Arbeiter sind fast völlig rechtlos. Die Polizei macht, was sie

will, und findet bei den Gerichten meist verständnisvolle Unterstützung. Zu welchen Zuständen Oberschlesien bereits unter seinem Polizeiregiment gelangt ist, zeigt folgender Bericht des „Verl. Tageblatts“ über eine vor dem Kattowitzer Kreisgewerbegericht verhandelte Klage des Schlossers Jagosbda, eines Russen, gegen die Baildonhütte.

Der Vertreter des Schlossers Jagosbda führte dort vor Gericht aus:

„Der Kläger, der Schlosser Wiczeislaw Jagosbda aus Czestochau und sein Kollege D s m e n d a aus Sosnowice haben seit Januar in der Baildonhütte gearbeitet. Am 23. März d. J. fand in der „Reichshalle“ in Kattowitz eine polnisch-sozialdemokratische Versammlung statt. Die beiden Arbeiter gingen hin. Vor der „Reichshalle“ wurden sie von einem Polizeibeamten angehalten und gefragt, woher sie seien. Die Antwort lautete: „Aus Russisch-Polen“. Daraufhin wurden die Leute zur Polizeiwache gebracht, wo ihre Personalien und ihre Arbeitsort festgestellt wurden. Als die beiden Arbeiter von den Osterfeiertagen nach der Baildonhütte zur Arbeit zurückkamen, wurde ihnen in der Hütte mitgeteilt, die Polizei habe sie gesucht. Der Kläger Jagosbda ging daraufhin ins Bureau und bat, ihm seine Papiere und seinen Lohn auszuhandeln. Ihm wurde zur Antwort, er solle nachmittags um drei Uhr wiederkommen. Da er vermutete, daß er dort Polizeibeamte treffen würde, die ihn den russischen Behörden überliefern würden, ging er nicht hin. Er stellt mir eine Vollmacht aus, um seinen Lohn von der Hütte zu erhalten. Ich schrieb an die Hütte; geantwortet wurde mir, daß das Geld bei dem Amtsvorstand in Domb niedergelegt sei. Ich wandte mich an den Amtsvorstand, der mir schrieb, meinem Antrag könne erst dann entsprochen werden, wenn Sie einen mit dem Gläubiger gemäß § 398 des Bürgerlichen Gesetzbuches abgeschlossenen Abtretungsvertrag vorlegen. Ich beantrage nunmehr, die Hütte zu verurteilen, mir die fraglichen 89,40 R. auszugeben.“

Daß aber die Befürchtung des Klägers, er würde, wenn er zur geforderten Zeit ins Hüttenbureau ginge, der russischen Behörde überliefert werden, berechtigt war, beweist das Schicksal seines Kollegen D s m e n d a. Dieser ging zu angegebener Zeit ins Verwaltungsbureau der Hütte. Dort wurde er von einem Polizeibeamten in Empfang genommen, von diesem über die russische Grenze abgeschoben und somit den russischen Behörden in Sosnowice ausgeliefert.“

Auf diese Ausführungen erwiderte der Vertreter der Baildonhütte, Obergingenieur Nischka:

„Alles das, was der Vertreter gesagt hat, trifft zu. Wir können jedoch nicht anders handeln, weil eine Verfügung besteht, wonach wir verpflichtet sind, die Polizei in solchen Fällen zu benachrichtigen. Wir werden bestraft, wenn wir einen ausländischen Arbeiter ohne weiteres auszahlen und entlassen. Wir müssen das Auswechslungskommissariat davon benachrichtigen. Der Auswechslungskommissar veranlaßt dann das Weitere, und die Leute werden über die Grenze abgeschoben.“

Es ist doch etwas Herrliches um die Kulturverhältnisse im Osten Preußens. Auf Grund eines welchen Gesetzes nimmt sich denn die Polizei das Recht, den Unternehmern aufzuerlegen, die Polizeibehörde davon zu benachrichtigen, wenn sie ihren ausländischen Arbeitern den rückständigen Lohn auszahlen und sie entlassen? Oder steht die Polizei über dem Gesetz? —

Das gleiche Recht auf Mogelei.

Wie die Agrarier wollen auch die Zentrumsleiter von einer Ausdehnung der Reichserbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten nichts wissen. Sympathischer als die Steuer auf den Nachlaß der Bestehenden ist ihnen die Erhöhung der Verbrauchssteuer; denn diese zahlt die große Masse, die Erbschaftsteuer trifft hingegen die Wohlhabenden, und vor allem hat diese Steuer das Unangenehme, daß die Steuerbehörden eine gewisse Kontrolle über die Vermögen und Einkommen erlangen. Es kann also nicht mehr so viel gemogelt werden.

Die „Märkische Volksztg.“, der Ableger der „Germania“, spricht sich deshalb energisch gegen die Ausdehnung der Reichserbschaftsteuer aus, indem sie nach dem Rezept der ehrfamen „Deutschen Tageszeitung“ gefühlvoll schildert, wie schwer auch eine wohlhabende Familie geschwächt wird, wenn der Tod ihr Haupt hinwegrafft:

„Rein schlimmer Schlag kann die Familie treffen, als das Ableben eines Familienvorstandes. Weil nun die Kinder oder die Ehefrau hierbei die gesetzlichen Erben sind, sollen sie noch Steuern zahlen und das in demselben Moment, wo das Reich für die Arbeiter die Witwen- und Waisenerziehung einführt, also anerkennt, daß der Tod des Familienvaters besondere Not hervorruft. Das für den Arbeiter gilt, trifft für über 60 Proz. unseres Volkes ebenfalls zu.“

Doch das ist nicht ihr wichtigster Grund. Das eigentliche Motiv ihrer Feindschaft gegen die Reichserbschaftsteuer ist, wie sie gleich hinterher selbst zugesteht, die Ungerechtigkeit, und diese Ungerechtigkeit besteht darin, daß bei der Uebernahme der Erbschaft der Landwirt nicht so gut mogeln kann, wie der Kapitalist, der sein Vermögen in Wertpapieren angelegt hat. Wörtlich schreibt das fromme Blatt:

„Aber das Reich muß Geld haben. Ganz gewiß, nur soll es nicht auf eine solch anstößige Weise geholt werden. Man muß sich überhaupt die Wirkungen dieses Gesetzes einmal klar machen, um es recht zu beurteilen. Bei einer solchen Steuer wird das immobile Kapital bis auf den letzten Heller getroffen, das mobile Kapital der Aktien, Anteilscheine und Staatspapiere geht leichter aus. Dem Bauermann kann man jeden Fennig Vermögen nachrechnen; man kennt seine Wäcker, seine Gebäude, sein Vieh, seine Vorräte usw.“

Die Parität verlangt, daß der Landwirt mindestens das gleiche Recht auf Mogelei erhält. —

Polizeiaufsicht.

Auf Bayern folgt jetzt Sachsen mit der Absicht, wenigstens die allergrößten Frevler der Polizeiaufsicht zu unterstellen. Das sächsische Staatsministerium will einer Anregung des Zentralausschusses zur Fürsorge der Straftatlässigen nachtreten, die dahingehend, den Sozialvereinen zur Fürsorge ein weiteres Feld ihrer Tätigkeit dadurch zuzuführen, daß man die bisher unter Polizeiaufsicht stehenden Personen ihrer Ueberwachung anvertraut. Das Ministerium hat die Verwaltungsbehörden aufgefordert, sich gutachtlich zu diesem Vorschlage zu äußern. Die praktische Durchführung dieses Gedankens denkt man sich so, daß — bevor eine Ausweisung erfolgt — die Polizei festzustellen hat, ob sich die in Frage kommende Person unter die Aufsicht eines der genannten Vereine gestellt hat. Wenn das geistig ist, soll eine Ausweisung nicht erfolgen; andererseits soll der Person empfohlen werden, sich unter eine derartige Aufsicht zu stellen. Alle polizeilichen Nachforschungen aber, die geeignet sind, das weitere Fortkommen der unter Polizeiaufsicht stehenden Personen zu erschweren, soll unter allen Umständen unterbleiben, als die betreffenden Personen einer einwandfreien Lebensumwandlung fähig sind.

Der Umfang des Kriegervereinswesens.

Trotzdem die Kriegervereine sich vielerorts nicht nur als Hilfs- truppen der reaktionären Parteien, sondern auch als Bekämpferinnen aller gewerkschaftlichen, auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft gerichtete Bestrebungen erwiesen haben, finden sich doch immer viele Arbeiter, die aus kindischer Furcht am militärischen Klimabild in die Kriegervereine eintreten. Nach dem Geschäftsbericht für das Jahr 1907 umfasste der Deutsche Kriegerbund am 1. Januar 1907: 17 901 Vereine mit 1 534 279 Mitgliedern und am 1. Januar 1908: 18 601 Vereine mit 1 602 785 Mitgliedern, von denen 248 724 Veteranen waren. Dem preussischen Landesverband gehörten am 1. Januar 1907: 15 032 Vereine mit 1 306 794 Mitgliedern und am 1. Januar 1908: 15 645 Vereine mit 1 366 206 Mitgliedern an. Wegen der vieler Beschlüsse waren i. J. 1907: 78 Vereine mit 11 481 Mitgliedern und aus Anlaß der Wahlbewegung 1907 waren 57 Vereine mit 4752 Mitgliedern ausgetreten. Gegenüber diesen 135 Austritten hatte aber der Landesverband in denselben Bezirken den Eintritt von 867 neuen Vereinen zu verzeichnen, so daß von einem Abflauen des Kriegervereinswesens nicht die Rede sein kann.

Dernburgs Rückkehr.

Dernburg, Deutschlands phantasiereicher Staatssekretär, ist auf dem Heimweg. Im Automobiltempo hat er Südbahnhof durch- quert und er wird natürlich nicht verfehlen, sich dem Reichstag als Kenner der Kolonie vorzustellen. In Swatopmund hielt er, ehe er sich einschiffte, noch eine Abschiedsrede, aus der bürgerliche Blätter folgenden Passus mitteilen können:

„Einige wenige bittere Wahrheiten seien nur angeführt. Süd- west ist nicht reich, aber ungewöhnlich produktiv und ein sicherer Produzent für fleißige Menschen, denen es eine sichere Existenz und Wohlstand bietet. Die Krisis sei eine natürliche Folge des Krieges und einige Vorsicht im Kreditgeben notwendig. Der Wunsch der Bevölkerung nach größerem Anteil an der Verwaltung und Verantwortung solle durch Einrichtung von Handelskammern, Landwirtschafts- kammern, Schulen und einer kommunalen Kreditanstalt gewährt werden. Die Verordnungen für die Eingeborenen sollen bestehen bleiben. Die Erzfunde seien so günstig, daß nur ersklassige Pro- dukte daraus zu erwarten seien. Das Land verdiene durchaus seinen guten Ruf. Der Gouverneur sei das Muster eines echten Südbahnhofers.“

Nicht reich, ungewöhnlich produktiv, sichere Existenz und Wohl- stand, ersklassige Produkte aus den Erzfunden, Vorsicht im Kredit- geben — der Teufel mag aus diesen Widersprüchen Lug werden.

Worüber kein Wort zu verlieren ist.

Der Karlsruher „Volksfreund“, das Organ des Genossen Kollb, schrieb am 5. August 1907 über das Thema: „Sozial- demokratische und Staatsbewilligung“:

„Daß die sozialdemokratische Fraktion einem Ministerium, welches einen „Ball Schäufele“ auf dem Herdholz hat, das Budget nicht bewilligt, darüber ist kein Wort zu ver- lieren.“

Am Montag, den 12. August, wiederholte Genosse Kollb in Nr. 185 des „Volksfreund“ dieses feierliche Gelöbnis:

„Neben der Haltung in der Frage der Budgetabstimmung kann nach Lage der Dinge in Baden unter den sozialdemokratischen Abgeordneten gar keine Meinungsverschiedenheit aufkommen. Nachdem die jetzige Regierung die Sozial- demokraten zu Bürgern zweiter Klasse gestempelt hat, ist die Situation für die sozialdemokratischen Abgeordneten völlig klar. In Württemberg war die Regierung politisch klüger.“

So schrieb Genosse Kollb am 12. August 1907. Genau ein Jahr später, am 12. August 1908, stimmte Kollb für den Etat, wohl- verstanden, er bewilligte das Budget dem Ministerium, das den „Ball Schäufele“ auf dem Gewissen hat. Worüber wieder „kein Wort zu verlieren“ ist. Denn die Sache ist ganz in der Ordnung — wenigstens beim Genossen Kollb.

Neues Münzgesetz.

Im Reichshofamt ist, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, der Entwurf eines neuen Münzgesetzes fertiggestellt, der entsprechend den verschiedenen im Reichstage gefassten Resolutionen die bisherigen Gesetze beziehungsweise Novellen zusammenfaßt und die eine über- sichtlichere gewordenen Materie vereinheitlicht.

Der Gendarm als Zeuge.

Im Mai d. J. sprach Genosse Frähdorf-Dresden in Striegau über die Arbeiterversicherung. Er kam dabei auch auf die Selbst- verwaltung der Krankenkassen zu sprechen, und führte dabei aus, daß die Vorwürfe, die man den sozialdemokratischen Ausschüssen macht, durch die wenigen Verstöße nicht begründet seien, denn in allen Kreisen kämen Verstöße vor. Auch Bürger- meister, Gemeindevorstände und Polizisten hätten schon die größten Dummheiten gemacht. Durch diese Ausführungen angeregt, fühlte sich der überwachende Gendarm bezogen, nun auch rasch eine Dummheit zu machen. Er hinterbrachte der Staatsanwaltschaft die Mitteilung, daß Frähdorf den Bürgermeister und die Gemein- devorsteher von Stadt und Kreis Striegau, die Polizeibeamten usw. beleidigt habe. Anklage wurde natürlich rasch erhoben, und wenn es in der Zeit vor dem Schöffengericht stattgefundenen Verhandlung auf die Gendarmenaussage allein angelommen wäre, dann hätte der Nehmer arg hineinsinken können. Zum Glück konnte der Vor- laut durch drei weitere Zeugen noch festgesetzt werden, und so er- kannte das Gericht auf Freisprechung. Die Kosten wurden — wie immer in solchen Fällen — der Staatskasse, anstatt dem Gendarm, auferlegt.

Arbeiterbildung ist Luxus. Der Stadtmagistrat in Rempten hat eine Luxus- und Vergnügungssteuer eingeführt. Alle Veran- laltungen, die unter Luxus und Vergnügen fallen, werden mit einer Abgabe belegt; ausgenommen sind religiöse und patriotische Veranstaltungen. Daß speziell die Arbeiter von dieser Extrasteuer am meisten betroffen werden, sei nur nebenbei erwähnt. Von be- sonderem Interesse dagegen ist, daß die liberale Stadtverwaltung auch die Bildungsbestrebungen der Arbeiter für Luxus und Ver- gnügen hält, denn auch rein wissenschaftliche Vorträge zur Weiter- bildung der Arbeiter wurden mit der Luxus- und Vergnügungs- steuer belegt. Die in der Stadtverwaltung sitzenden Unternehmer haben sich dabei gedacht: wir schreien einerseits die Fälscher der Arbeiter, und wenn ihnen das zu dümm wird, dann lassen sie den Luxus der Weiterbildung bleiben, und das ist schließlich das Beste, weil der dümmste Arbeiter für unseren Profit der beste ist. — Die Remptener Arbeiterchaft aber ist noch heller; sie hält ihre Ver- anstaltungen in Zukunft einfach außerhalb der Stadtgrenze ab.

Oesterreich.

Der serbische Handelsvertrag.

Die österreichischen Agrarier haben bekanntlich einen wilden Proteststurm gegen die Vollziehung des serbischen Handelsvertrages erhoben und es hieß, daß eine Ministerkrise die Folge sein könnte. Nun wird offiziös aus Wien gemeldet: Die „Wiener Zeitung“ vom 30. d. M. wird eine Verordnung des Gesamtministeriums veröffent- lichen, wonach der serbische Handelsvertrag auf Grund des Ermächtigungsgesetzes provisorisch in Kraft gesetzt wird. Für diesen im letzten Ministerat gefassten Beschluß war vor allem eine politische Erwägung maßgebend, die aus zwingenden Gründen

nicht unberücksichtigt bleiben konnte. Die Regierung konnte sich um so eher entschließen, den Anforderungen der politischen Situation Rechnung zu tragen, als durch das von beiden Häusern des Reichsrates beschlossene und allerhöchst sanktionierte Ermächtigungsgesetz die volle gesetzliche Grundlage für die provisorische Inkraftsetzung des Vertrages gegeben ist. Wenn die Regierung nunmehr von der ihr erteilten Vollmacht Gebrauch macht, so voll- zieht sie den von dem Gesetz kundgegebenen Willen, ohne daß dadurch weiteren Beschlüssen des Parlaments in der Frage des serbischen Handelsvertrages vorgeschritten wurde.

Die Regierung sucht den Agrariern die Pille also durch ein förmliches Entschuldigungsgesuch zu vergutern.

Frankreich.

Die Meuterei am Bord des „Tom Corpih“.

Brest, 29. August. Der Spezialkommissar befindet sich noch am Bord deutschen Dampfers „Tom Corpih“, um die Untersuchung über die Meuterei fortzusetzen. Der Dampfer steht noch immer unter dem Schutze der Hafen-Gendarmen. Der Kapitän wartet weitere Instruktionen des deutschen Konsuls, sowie seiner Meuterei ab, um die Meuterei zu landen.

Belgien.

Schnellarbeit für die Kongoanexion.

Der Senat ist entschlossen, morgens und nachmittags Sitzungen abzuhalten, um die Erledigung des Kongogesezes bis zum 5. September zu ermöglichen.

Rußland.

Reformen.

Auf seinem Gebiete der inneren Verwaltung Rußlands macht sich ein so intensiver „Reformesturm“ bemerkbar, wie auf dem Gebiete der Gefängnisverwaltung. Das kann weiter nicht wunder- nehmen, wenn in Betracht gezogen wird, daß die Gefängnisse und Justizhäuser neben dem Ausnahmezustand und den Kriegsgerichten in erster Linie als Maß für die „Beruhigung“ des Landes dienen. Die Maßnahmen, die die Regierung auf diesem Gebiete ergreift, zielen systematisch dahin, die entsetzlichen Zustände in den Gefäng- nissen noch mehr zu verschärfen. Das Ministerium geht von der Annahme aus, daß die jetzigen Strafanstalten, „Katorga“ genannt, dem Begriffe der härtesten Strafen für die wich- tigsten Verbrechen nicht entsprechen, und daß die Katorga ihre einschüchternde Wirkung eingebüßt habe und gegen- wärtig bloß „den Verbrecher demoralisiere“. Zugleich wird die Konzentration der Katorga in Sibirien als ungewöhnlich aner- kannt: sie sei am Plage gewesen, als Sibirien im Bewußtsein des Volkes als ein rauhes, unzugängliches Land betrachtet wurde. Die Katorga soll darum von Grund aus „reformiert“ werden. Die Einzelheiten dieser „Reform“ sind gegenwärtig noch nicht be- kannt. Wie aber aus den angeführten Motiven der Reform her- vorgeht, soll an Stelle eines Systems, das „dem Begriff der här- testen Strafe“ nicht entspricht, ein noch strengeres und grauameres gesetzt werden.

Diese Ansicht der Regierung ist besonders interessant angesichts der Nachrichten, die in letzter Zeit aus der sibirischen Katorga in die Öffentlichkeit gedrungen sind. In Katur, Algaschi usw. werden politische Gefangene körperlichen Züchtigungen unter- worfen, weil sie sich dem Befehle, nach dem Morgen- und Abend- appell Gebete zu singen, nicht fügen wollen, und der Militär- gouverneur des Transbaikaliens erklärt auf eine Beschwerde hin, daß Körperstrafen „die Erleuchtung des Gewissens nur fördern könnten“. Diese Zustände entsprechen aber trotzdem nicht dem „Begriff der härtesten Strafe“ — wie er in den Petersburger Minister- kanzleien aufgefaßt wird — und an ihre Stelle sollen darum noch grausamere Zustände treten.

Türkei.

Das Proletariat unter der Konstitution.

In den Werkstätten der Orientbahn zu Konstantinopel sind die Arbeiter in den Ausstand getreten; sechs Arbeiter- führer wurden verhaftet.

Die Lage in Albanien.

Während sich die Lage in Südalbanien befriedigend gestaltet hat, verschlechtert sich die Situation in Nord- albanien. Die dortigen Albanesen lehnen sich gegen die neue Ordnung auf und verlangen die Wiedereinführung des alten religiösen Gesetzes. Das jungtürkische Komitee wird die einflussreichsten Chefs zu einer Versprechung einladen.

Schiffahrt am Goldenen Horn.

Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Konstantinopel tele- graphiert: Türkische Kapitalisten verlangen eine Konzession auf 99 Jahre zum Betriebe der Schiffahrt am Goldenen Horn. Der Regierung sollen 20 Proz. des Reinertrages garantiert werden. — In unterrichteten Kreisen ist, wie man der „Kölnischen Zeitung“ aus Konstantinopel mitteilt, von der Meldung der „Kölnischen Zeitung“, daß die türkische Regierung beabsichtige, einzelne dem Staatsschiffe lästige Bestimmungen in den Konzessionsurkunden umzuändern, nichts bekannt. Im Gegenteil habe die neue türkische Regierung die Versicherung abgegeben, daß sie die getroffenen Ab- machungen, auch solche privater Natur, auf das Gewissenhafteste durchzuführen gedenke.

Persien.

Rosakenoberst Linchoid.

Rosakenoberst Liachow, der russische Gesandte des persischen Schahs, scheint endgültig dem Größenwahnsinn verfallen zu sein. Als Antwort auf ein Begrüßungsschreiben der Odesaer Filiale des Verbandes des russischen Volkes sandte er nämlich folgendes Telegramm:

„Herzlichen Dank für die Huldigungen, die der Volksverband mir darbrachte. Ich schöpfe daraus Zuversicht für meine künftige Tätigkeit und werde auch in Zukunft zu beweisen suchen, daß die den Untergebenen gut eingetragene Idee des Monarchismus einem Häuflein lokaler Männer Recht verleiht im Kampfe gegen eine Schar von Vertretern der verschiedensten revolutionären Parteien.“

Das „konstitutionelle“ Rußland Nikolaus II. konnte keinen possenderen Vertreter im Auslande besitzen, als diesen blut- dürstigen, Größenwahnsinnigen Söldling des persischen Schahs.

Marokko.

Ein deutsch-marokkanischer Zwischenfall?

Der Pariser „Eclair“ meldet aus Tanger, El Renechi, der Tanger verlassen hat, ließ den Pascha von Azila, Remidi, der deutscher Schutzbefehlener ist, verhaften, weil er sich geweigert hatte, sich Mulay Fasid zu unterwerfen.

China.

Eine Anleihe bei den Jankes?

Der Londoner „Standard“ meldet aus Hongkong, daß von selten hoher Staatsbeamten angeregt worden sei, der Gouverneur von Nankin, der den Vereinigten Staaten den Dank Chinas für den Erlass der Kriegsentwaffnung zu übermitteln hat, soll bevol- mächtigt werden, mit Amerika die mandchurischen Angelegenheiten zu besprechen und die Aufnahme einer Anleihe in hohem Betrage für Verwaltungszwecke in die Wege zu leiten.

Amerika.

Venezuela und die Union.

Ein Washingtoner Telegramm aus Puerto Cabello be- richtet, daß die venezolanischen Behörden dieses Hafens den amerikanischen Dampfer, der die Post mitbrachte, während 48 Stunden im Hafen zurückbehalten haben, indem sie sich weigerten, dem Schiffe die Papiere auszustellen. Dieser neue Zwischenfall dürfte eine Verschärfung der Beziehungen zwischen Venezuela und den Vereinigten Staaten zur Folge haben.

Soziales.

Die „simulierte“ — Arbeitsfähigkeit!

Zu Hunderten zählen die Fälle, in denen Arbeitern die „Segnungen“ der Sozialgesetzgebung einfach vorenthalten werden, weil man ihnen vorwirft, Arbeitsunfähigkeit oder verringerte Arbeitsfähigkeit zu simulieren. Diese angeblige Simulation zu betrügerischen Zwecken wird von unseren sozialpolitischen Bremsern nach Möglichkeit gegen die Ar- beiterchaft ausgespielt, wenngleich schon in unzähligen Fällen den Herren Vertrauensärzten namentlich der Berufsgenossen- schaften durch die weitere Entwicklung der Dinge die von ihnen konstatierte angeblige Simulation später als ein schwerer wissenschaftlicher Irrtum nachgewiesen werden konnte.

Daß aber eine Versicherungsanstalt die Ansprüche eines Arbeiters abweist, weil der Raker acht lange Jahre (!) Arbeitsfähigkeit vorküpfte, ist als unangenehme Abwechse- lung in der Reihe der Abweisungsgründe, die Anspruch erhebenden Arbeitern gegenüber ins Treffen geführt werden, wert, einer hoffentlich sozialer denkenden Nachwelt erhalten zu werden.

Der Arbeiter A. aus Neu-M. stellte im April 1907 den Antrag auf Bewilligung der Invalidenrente, da er seit Dezember 1906 erkrankt und dauernd erwerbsunfähig ge- worden war.

Die Landesversicherungsanstalt Branden- burg lehnte den Anspruch des A. unter folgender inter- essanter Begründung ab:

„Wie wir bereits dargetan haben, sind Sie seit dem Jahre 1906 bereits dauernd erwerbsunfähig im Sinne des § 5 Abs. 4 des Invalidenversicherungsgesetzes und haben die Wartezeit der Invalidenrente nicht erfüllt, da Sie bis dahin nur einen Nach- weis über 172 Beitragswochen erbracht haben.“

In der Zeit nach dem Jahre 1906 haben Sie uns noch weitere 217 Beitragsmarken beigebracht, mit der Behauptung (!), daß Ihr Gesundheitszustand sich in der Zwischenzeit derart gebessert habe, daß Sie in der durch diese Marken belegten Zeit bis zum 29. Dezember 1906 versicherungspflichtige Lohnarbeiten verrichten konnten. . . .

Der Umstand, daß es Ihnen gelungen war, unter besonders günstigen Umständen mit Aufbietung Ihrer noch vorhandenen Arbeits- kraft einen verhältnismäßig hohen Lohn zu erzielen, kann also für die Beurteilung des Grades Ihrer Erwerbsfähigkeit nicht von Einfluß sein.

Die vorhandenen 217 Beitragsmarken sind daher zu Un- recht verwendet und können auf die Wartezeit der In- validenrente nicht in Anrechnung gebracht werden.“

Gegen diesen Bescheid wurde Berufung beim Schieds- gericht in Frankfurt a. O. eingelegt und Beweis dafür an- geboten, daß A. seit 4. April 1898 ununterbrochen in Arbeit stand und einen Lohn von zuerst 1,10 M., dann seit dem Jahre 1903 einen solchen von 1,20 M. im Winter und 1,30 M. im Sommer pro Tag erhielt, während die anderen Arbeiter einen nur um geringes höheren Lohn bezogen. A. war also seit dem Jahre 1898 imstande, weit mehr als ein Drittel dessen zu verdienen, was Ar- beiter mit der gleichen Ausbildung zu verdienen pflegen.

Das Schiedsgericht wies jedoch die Berufung zurück und erklärte, daß die Ausführungen des ange- fochtenen Bescheides nicht zu beanstanden sind. (!)

Es heißt dann weiter:

„Dr. Sch. in fr. hält den Kläger zwar erst seit dem 29. De- zember 1906 für dauernd invalide und fügt hinzu, daß sich der Zustand des Klägers seit 1897 soweit gebessert habe, daß Kläger grobe mechanische Arbeiten verrichten konnte. Diese Annahme ist nicht stichhaltig. Kreisarzt Dr. L. kennzeichnet die Be- schäftigung des A. als eine solche, bei der mehr das Gefühl und die Gewohnheit, als körperliche Fähigkeiten ausschlaggebend wären. A. habe es nur einem besonderen Zufall zugeschrieben, daß er sich noch bis zum Jahre 1906 nützlich machen konnte.“

Arbeitet ein Versicherter, der Invalidenrente erhält, und verdient mehr als ein Drittel dessen, was Arbeiter mit der gleichen Ausbildung zu verdienen pflegen, dann wird er nicht mehr als invalide angesehen; die Rente wird ihm entzogen. In unserem Falle hat ein Arbeiter acht Jahre hinter- einander gearbeitet zu einem Lohn, der nur wenig dem anderer Arbeiter nachstand. Dieser Arbeiter soll aber invalide sein. Wird nämlich der Arbeiter als invalide er- klärt, so ist er nicht mehr berechtigt, Marken zu kleben; die Anwartschaft auf Rente wäre dann erloschen; die Anstalt und das Reich spart Geld.

Das Reichsversicherungsamt hob auf eingelegte Revision durch das Arbeiterssekretariat Berlin die Entscheidung des Schiedsgerichts auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Schiedsgericht zurück.

Begründend sagte das Reichsversicherungsamt unter anderem:

„Die Erfahrung lehrt, daß Arbeiter, deren Sehkraft stark geschwächt ist, in der Regel zu größeren Verrichtungen noch recht wohl imstande sind, und es hieße unter Umständen den Fleiß und die Anständigkeit bestrafen, wenn man Leute dieser Art von den Wohlthäten der Arbeiterversicherung ausschließen wollte. Außerdem kann nicht ohne weiteres vermutet wer- den, daß ein Arbeiter, der einen Arbeiter von der Art des Klägers länger als acht Jahre beschäftigt, . . . dies lediglich aus „Humanität“ tue.“

Die lange Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses spräche dafür, daß sich der Kläger als eine brauchbare Kraft er- wiesen hat. Mit dieser Entscheidung hat sich das Reichs- versicherungsamt auf den einzig richtigen Standpunkt gestellt. Daß, was über die Humanität der Arbeitgeber gesagt ist, ist den Arbeitern eine allbekannte Tatsache. Verdient der Arbeiter den Lohn nicht, den er erhält, so wird er entlassen, selbst dann, wenn er jahrzehntelang dem Arbeit- geber seine besten Kräfte gewidmet hat. Rückwärts ist ein Artikel, der bei den Arbeitgebern sehr rar ist. Das Schieds- gericht wird nun nach nochmaliger Prüfung der Sachlage dem Arbeiter die Rente zusprechen müssen.

Den Morgenblättern zufolge tritt auf Verfügung der Kreis-Hauptmannschaft hier der Auktions-Ladenschluß am 7. September in Kraft.

Jüngerliche Bescheidenheit.

Die Innungsbauleiter der Provinz Hannover sagten soeben unter dem Vorsitz des berühmten Mittelstandsobersten Max Küster in Elmberg. Unter anderem beschäftigten sie sich auch mit der Reform der Arbeiterversicherung. Ihre diesbezüglichen arbeiterfreundlichen Wünsche spiegeln sich in der zur Annahme gelangten Resolution wieder, in der es u. a. heißt:

„Der Bezirksrat erhebt Einspruch dagegen, daß den Arbeitgebern bei den wichtigsten Beschlüssen über die Beiträge und Unterstellungen nur ein Drittel der Stimmen zustehen soll, daß also die bisherige Ungerechtigkeit den Arbeitgebern gegenüber, die darin besteht, daß ihnen die Teilnahme an einer Einrichtung, zu der sie einen erheblichen Teil der Kosten tragen, zur Unmöglichkeit gemacht wird, ferner beibehalten wird. Wenn sie, wie beabsichtigt, die Hälfte der Beiträge übernehmen sollen, dann erkennt es als ein selbstverständlicher Akt der Gerechtigkeit, daß ihnen neben dem Vorrecht auch die Hälfte der Stimm in der Verwaltung zugeteilt wird.“

Mit einer verblüffenden Ungeniertheit erklären also die hannoverschen Bauleiter, daß eine Teilnahme an der Verwaltung der Krankenkassen hier nur dann möglich ist, nur dann von Gerechtigkeit die Rede sein könne, wenn die Mehrheit, der Einfluß der Arbeiter gebrochen wird. Der jetzige Zustand ist nach ihrer Auffassung eben unter aller Unternehmerwürde. Sollen sie aber künftig gar die Hälfte der Beiträge zahlen, dann verlangen sie neben der Hälfte der Weisheit auch noch den Vorzug. Damit würden die Arbeiterbeiträge ein für allemal in die Minderheit gedrängt, die Arbeiter in der Verwaltung nur die Rolle von Statisten spielen. Zu einem solchen „selbstverständlichen Akt der Gerechtigkeit“ haben sich bislang nicht einmal die industriellen Scharmacher aufschwüngen vermocht. Es geht doch nicht über jüngerliche Bescheidenheit. — Daß die Bauleiter vor allen Dingen die Innungskrankenkassen erhalten sehen möchten, sei nur im Vorbeigehen bemerkt.

Gewerkschaftliches.

Gelbe Führer.

Wir teilen vor einiger Zeit schon die Tatsache einer Scheidung — von einer reinlichen Scheidung zu sprechen, ist wohl hier deplaziert —, also einer Scheidung unter den Gelben mit, die nicht reinlich ist. Da es sich auf beiden Seiten um Leute handelt, die von Mutter Natur mit einem recht mobilen Mundwerk ausgestattet sind, so war zu erwarten, daß die Trennung nicht ganz ohne gegenseitige Komplimente vor sich gehen werde. Und in dieser auch von uns ausgesprochenen Erwartung haben wir keine Enttäuschung erlebt.

Herr Weiersdorf, der Gegen-Gelbe, hat sich mit dem tatkräftigen Herrn Meinte vom verflochtenen Maßregelungsbureau der Tischlermeister, dem berühmten Herrn Schmidt und anderen, weniger bekannten gelben Größen vereinigt. Er gibt mit den Genannten gemeinsam unter dem Namen „Deutsche Arbeitnehmer-Zeitung“ ein Konkurrenzunternehmen zum „Vund“ des originalgelben Herrn Lebius heraus, in dem dieser wie folgt konstatiert wird:

„Der „Vorwärts“ schrieb vor einigen Monaten einen Artikel, betitelt „Ist Lebius ein Ehrenmann?“, und stellte tatsächlich Behauptungen auf, welche ehrenhaft sein sollten, daß Lebius kein Ehrenmann sei. Einige Termine in dieser Sache haben bereits stattgefunden, doch wollte immer noch nicht die Sonne es an den Tag bringen. Wir sind nun die letzten, welche Herrn Bürger Lebius etwas Schlechtes nachreden wollen, aber als wir ahnungslos im Zuhörertraum saßen und der für Herrn Lebius jedenfalls etwas peinlichen Situation mit aufrichtiger Teilnahme beizuwohnen wollten, da wurde uns von mahngender Seite mitgeteilt, daß der Termin ausfalle. Schade, dachten wir, wir hätten wirklich gewünscht, daß die Ehre des Herrn Lebius wieder hergestellt würde. Herr L., der „gelbe Hüpfkling“, war also nicht vernunftgemäß, insofern er nicht die Angelegenheit verlagert werden. Wenn wir schlecht denken würden, so könnte man auf den Gedanken kommen, daß irgend etwas nicht ganz in Ordnung sei, und ein altes Sprichwort sagt: „Zeit gewonnen, alles gewonnen.“ Wir möchten hoffen, daß Herr Lebius die Reparatur seiner Ehre ohne Geld gelingen möge. Hat er es doch vor einigen Wochen verstanden, wieder einer von denjenigen, welche ihm in der Verletzung seines Zieles im Wege waren, mit dem Sol ihm gewohnten Mitteln aus dem Wege zu räumen. Einer der Angestellten des gelben Arbeitsbundes, der Bundessekretär Weiersdorf, wurde von diesem Ehrenmann beschuldigt, ohne dessen Wissen eine Drucksachenbestellung in Höhe von 400 M. gemacht zu haben. Eine unwahre Behauptung! Herr Lebius hat Weiersdorf den Auftrag kraft seines Amtes als erster Vorsitzender erteilt, die Drucksachen zu bestellen. Um sich einen Beweis zu ersparen, wählte er, was nicht gerade von besonderer Tapferkeit zeugt, wenn sich auch im Innern sein Gewissen wohl geregt haben mag, die Schuld auf einen anderen ab. Glück wird ihm dieser Art horribler Verleumdung nicht bringen. Denn das alte Sprichwort behauptet sich immer! „Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein“, oder „Geldlich währt am längsten“. Seine Bureau-damen hatten dieselbe Erfahrung machen müssen. Auch sie mußten ohne Grund das gastliche Heim des Herrn Lebius verlassen. Darnach nämlich, vor einem Jahre, als der „Vund“ noch im Anfangsstadium war, konnte man allerdings noch nicht wissen, daß das Geschäft sich in kurzer Zeit so hob, und nun mußten eben diejenigen das Geld räumen, welche Herrn L. vor einem Jahre gekauft haben, als noch eine Gierliste das Küchenzettel darstellte. Heute bewohnt der Herr eine Veletage im feinsten Viertel Charlottenburgs. Gohmut kommt vor dem Fall.“

Wir sind nicht neidisch und gönnen Herrn Lebius gewiß die Veletage an Stelle der Eierkiste. Aber ein Ehrenmann, der in der Veletage wohnt, sollte weniger glücklichen Sterblichen nicht gewohnheitsmäßig vorwerfen, sie „mühten“ sich von Arbeiter-groschen. Daß Herr Lebius seine Veletage aus Unternehmer-groschen bezahlt, bestreitet er ja selbst.

Herr Weiersdorf kommt übrigens an einer anderen Stelle der „Arbeitnehmer-Zeitung“ auf den besagten Sammel, in diesem Falle die Krankheit des Herrn Lebius im „Vorwärts“-Prozess zurück und schreibt:

„Wir hoffen, daß Herr Lebius nicht wieder, wie in seinem Prozess gegen den „Vorwärts“, gerade an dem Tage, an dem er sich gegenüber veranwortlichen soll, krank wird oder wenigstens nicht vernunftgemäß ist. In der am nächsten Tage abgehaltenen Versammlung, in der Herr Lebius der Hauptredner des Tages war, hat man allerdings den Eindruck nicht gehabt, als ob Herr Lebius nicht vernunftgemäß sei.“

Herr Weiersdorf wirft zum Schluß die Frage auf: „Also meine Herren, das ist die Wahrheit, und fragen Sie sich selbst, wer unter und der anständigste Mensch ist?“

Herr Lebius antwortet darauf im „Vund“ mit keinem Ton. Er offenbart im Augenblick wieder einmal nicht vernunftgemäß. So antworten wir denn mit den Worten des Antonius: „Denn Brutus ist ein ehrenwerter Mann; Das sind sie alle, alle ehrenwerter!“

Achtung, Rohrleger und Gelfer!

Heute, am Sonntag, findet im Friedrichshain die Versammlung statt, die endgültig darüber entscheiden wird, welche Stellung die Rohrleger und Gelfer Berlins zu der Antwort der Arbeitgeber einnehmen müssen.

Deshalb ermahnen wir die Kollegen nochmals, unter keinen Umständen diese Versammlung zu versäumen. Jeder muß zur Stelle sein!

Da die Interessen eines jeden Kollegen sowohl als die Interessen der Allgemeinheit, die Mitarbeit aller Rohrleger und Gelfer erfordert, so erwarten wir, daß alle Kollegen ihre Schuldigkeit tun und pflichtgemäß in der Versammlung im Lokale Friedrichshain erscheinen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin. Verband der Kupferschmiede. Verband der Schmiede.

Achtung! Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen Berlins!

Nachdem der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Tabakarbeiterverbandes die Mitteilung geworden war, daß in der Zigarettenfabrik „Carlo Jandolo“, Berlin, Schmiedstr. 20, die ortsüblichen Allfordlöbne nicht gezahlt werden, begaben sich dessen Vertrauensleute am 8. August cr. behufs Rücksprache nach dieser Firma.

Die Vertrauensleute in Gemeinschaft mit der Fabrikkommission wurden bei dem Chef der Fabrik vorstellig und derselbe stimmte dem ihm vorgelegten Tarif zu. Durch diesen Tarif wurden die in diesem Betriebe bisher gezahlten Löhne um 30 Pf. bis 45 Pf. für 1000 Stück Zigaretten erhöht. Leider hielt der Inhaber der Firma sein Wort nur bis zur ersten Lohnzahlung. Nach dieser Zeit verstand es dieser Herr, die ihm durch ihre Lohnforderung mißliebige gewordenen Arbeiter aus seinem Betrieb zu entfernen. Die neu eintretenden Arbeiter wurden zuerst gefragt, ob sie Mitglied des Verbandes wären. Bei einzelnen Sorten wurde nun der Lohn um 65 bis herab zu 20 Pf. für 1000 Zigaretten gekürzt.

Kollegen und Kolleginnen! Die Zigarettenfabrik Jandolo ist bis auf weiteres gesperrt. Darum meidet diesen Betrieb.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin.

Achtung, Zimmerer! Ueber die Bauten des Unternehmers Harries in Hamburg ist von der dortigen Zahlstelle des Verbandes der Zimmerer, wegen schlechter Behandlung seitens des Poliers Wilhelm Segler, die Sperre verhängt worden. Segler soll seitens der Berliner Innung hingschickt worden sein und dürfte daher den Berliner Kameraden bekannt sein. Die Wirkung der Sperre geht daraus hervor, daß Segler, um Arbeitswillige zu erhalten, sich schriftlich nach Berlin gewandt hat. Die Berliner Kameraden mögen, falls ihnen Anerbietungen nach Hamburg gemacht werden, hierdurch gewarnt sein. Die Verbandsleitung.

Achtung, Steinseher und Kammer!

Der Steinseher Herr E. Junge versucht, seine Arbeiten einem Subunternehmer zu übertragen. Die Baustellen Rosenthal und Blankenburger Straße, zwischen Markow und Blankenburg sind so lange gesperrt, bis an dieser Stelle die Sperre für aufgehoben erklärt wird. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Achtung, Steinseher!

In Schwerin i. Mecklenburg sind Differenzen ausgebrochen, die zur Arbeitsniederlegung geführt haben. Zugut ist ferngehalten. Der Zentralvorstand.

Der neue Tarifvertrag für das rheinisch-westfälische Baugewerbe.

Der noch monatelangen, mühevollen Verhandlungen zustande gekommene Tarifvertrag für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen liegt jetzt vor. Von seiten der Arbeitnehmer nahmen an dem Vertragsabschluss teil die Gauen Köln und Dortmund des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands und des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands, sowie die Bezirke Bochum, Frankfurt a. M., Köln, Münster, Paderborn des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter. Von seiten der Unternehmer ist am Abschluß beteiligt der Verein der Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen. Dieser Verein umfaßt das eigentliche rheinisch-westfälische Industriegebiet, den Bezirk des Arbeitgeberverbandes in der Rheinprovinz (Bonn, Köln, Arefeld, Düsseldorf, M. Gladbach, Summersdorf, Hilden, Reuf, Gelsen, Boch, Gülich) und die Bezirke des Schugewerbes der bergischen Baugewerbliden Betriebe.

Der Vertrag gilt für 98 Bezirke, zu denen zahlreiche kleinere Plätze gehören, so daß er an etwa 600—700 Orten in Kraft sein dürfte. Die normale Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. In einigen Orten mit ländlichem Charakter darf täglich eine halbe bis eine ganze Stunde länger gearbeitet werden. Für Köln, Düsseldorf und die meisten bergischen Bezirke wurde die Arbeitszeit auf 1/2 Stunden festgelegt. Ueberstunden, Nacharbeit, Sonntagsarbeit und Arbeit an gesetzlichen Feiertagen sind in besonderen Fällen auf Verlangen des Arbeitgebers zu leisten. Die Lohnhöhe bemogt sich für Maurer zwischen 38 und 45 Pf. im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Die höchsten Löhne werden in den Industriezentren, wie Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hattingen, Herne und Witten, gezahlt. Der Lohn der Zimmerer steht im allgemeinen mit dem der Maurer auf gleicher Höhe, während die Hilfsarbeiter durchschnittlich 10 Pf. weniger die Stunde erhalten. In den Lohngebieten, wo nach dem 1. April 1908 keine Lohnerhöhung vorgekommen wurde und auch nicht bis zum 1. April 1909 vorgegeben ist, tritt mit dem 1. April 1909 eine Erhöhung des Stundenlohnes um einen Pfennig ein. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sind davon betroffen: Bochum, Dortmund, Essen, Gelsenkirchen (Land), Herde, Rühlheim (Ruhr) Oberhausen, Recklinghausen, Köln, im Bezirk des Arbeitgebervereins für das Baugewerbe in der Rheinprovinz, gabt den höchsten Lohn mit 60 Pf., während in Jülich der niedrigste mit 40 Pf. gezahlt wird. In den bergischen Bezirken wird der Höchstlohn in Barmen, Elberfeld, Gräfelf, Hirschfeld, Ohligs und Solingen mit 58 Pf. bezahlt. Zuschläge zu vorstehenden Lohnsätzen wurden vereinbart: für Ueberstunden 10 Pf., im rheinischen Vertragsgebiet 15 Pf., für Nacharbeit 50 Proz., im bergischen Vertragsgebiet 75 Proz., für Sonntagsarbeit und Arbeiten an gesetzlichen Feiertagen 100 Proz. usw.

Der Vertrag hat Geltung vom 10. Mai 1908 bis 31. März 1910. Kündigung findet nicht statt. Verhandlungen über Fortsetzung oder Erneuerung haben vier Monate vor Ablauf zu beginnen.

Der Glaserstreik in München ist nach heftigstem Dauer mit Erfolg beendet worden. Da die Streikenden schon im Juli mit einer großen Zahl unorganisierter Weiber einen Tarif abgeschlossen hatten, gingen nunmehr auch die dem Arbeitgeberverband angeschlossenen Glasermeister auf einen neuen Tarif ein. Der Lohn beträgt bei 9 1/2stündiger Arbeitszeit, während welcher der Genuß geistiger Getränke verboten ist, nach vollendeter Arbeitszeit im 1. Jahre 35 Pf., im 2. und 3. Jahre 40 Pf. und nach 3 Jahren mindestens 50 Pf.

Ausland.

Ein Streik der Kupferschmiede ist in Zürich ausgebrochen anlässlich des Ablaufes des Tarifvertrages. Die Streikenden verlangen den Reinstundentag und Lohnerhöhung.

Verfassungen.

Der Verein Berliner Hausdiener, Mitgliedschaft I des Deutschen Transportarbeiterverbandes, hielt am Mittwoch bei Keller in der Köpenickerstraße, eine außerordentliche Generalversammlung ab, um zu der Frage der einheitlichen Regelung der Anträge Stellung zu nehmen. Werner hielt das einleitende Referat. Infolge der Krise ist für diese Gruppe die Summe für Kranken-, Arbeitslosen- und Notfallunterstützung bedeutend höher, als an Beiträgen aufgebracht wurde. Nach den Anschließbedingungen soll das Vermögen des Vereins Berliner Hausdiener im Interesse der ehemaligen Mitglieder verwandt werden. Eine Versammlung der Funktionäre aus den Reihen der 25 Pf.-Zähler hat sich nun mit dieser Frage eingehend beschäftigt und beschlossen, der Generalversammlung zu empfehlen, den Beitrag auf 40 Pf. pro Woche zu erhöhen. Die Unterstufungen werden nach dem Verbandsstatut gezahlt. Bei Todesfällen soll die Differenz zwischen Vereins- und Verbandsstatut aus dem Vermögen des ehemaligen Vereins Berliner Hausdiener zugunsten der Witwen und der Hinterbliebenen der Verstorbenen anzuwenden und den Beitrag auf 40 Pf. pro Woche vom 1. Oktober d. J. ab zu erhöhen.

Die Zahlstelle Berlin des Buchbinderverbandes hielt am 28. August im großen Saale des Gewerkschaftsaufes eine Generalversammlung ab, die sich zunächst mit einem Antrag der Ortsverwaltung, beim Verbandsvorstand die Anstellung eines neuen Beamten der Zahlstelle zu beantragen, beschäftigte. Nach der Begründung des Antrages durch den Bevollmächtigten Klar erscheint die Anstellung besonders deswegen notwendig, weil es dem mit der Arbeitsvermittlung betrauten Beamten bei der außerordentlich großen Zahl Arbeitsloser nicht möglich ist, die ihm sonst noch obliegenden Bureauarbeiten rechtzeitig zu erledigen. Anstellung und Besoldung des Beamten ist nach dem neuen Verbandsstatut Sache des Verbandsvorstandes und der Verbandskasse. — Der Antrag rief eine lebhafte Diskussion hervor. Von weiblichen Mitgliedern wurde ein Unterantrag gestellt, wonach der Posten mit einer Frau besetzt werden sollte, weil die weiblichen Mitglieder in der Zahlstelle zahlreicher sind als die männlichen, die bestehenden drei Beamtenstellen aber mit Männern besetzt sind. Da schließlich aber der Antrag der Ortsverwaltung abgelehnt wurde, kam dieser Unterantrag nicht zur Abstimmung.

Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurde ein Antrag der Ortsverwaltung angenommen, wonach arbeitslose Mitglieder, nachdem sie seit zwei Wochen, und abermals nachdem sie seit vier Wochen ausgehauert sind, eine Unterstützung aus der Lokalfasse erhalten sollen, die für die verheirateten männlichen Mitglieder 10 M., für die ledigen und die weiblichen Mitglieder 5 M. beträgt. Die Ortsverwaltung ist berechtigt, bei dieser Unterstützung solche Mitglieder auszuschalten, die weder Mal- noch Extramarzen bezahlt haben. Eine Einschränkung, wonach die Ortsverwaltung das Recht erhalten sollte, auch solche Mitglieder, die sich nicht in einer Notlage befinden, auszuschalten, wurde abgelehnt. Bedingung dieser außerordentlichen Unterstützung ist im übrigen, daß die betreffenden Mitglieder in Berlin mindestens 62 Wochenbeiträge gezahlt haben. Der Beschluß gilt vorläufig bis zum 1. März 1909.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Obstruktion in Süddeutschland!

München, 29. August. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die „Münchener Post“ bringt heute unter dem Titel: „Die Wahlpolitik“ den Bericht des „Vorwärts“ von der Generalversammlung des 2. Hamburger Reichstagswahlkreises, der beschlossen hat, noch einen dritten Delegierten zu entsenden, und fährt dann fort:

„Dieses Beispiel ist in einer Reihe norddeutscher Wahlkreise vor- und nachgeahmt worden. Kreise mit einer ganz geringen Organisiertenzahl haben — auf wessen Kosten? — drei Delegierte gewählt. Damit hat sich der Parteivorstand auf den Standpunkt des Polizeiaufgebots gestellt. Durch die Massen-delegationen von Parteigenossen, die, ohne die Gründe der süddeutschen Parteimitglieder zu kennen, bereits ein gebundenes Mandat haben, hat man den sachlichen Boden völlig verlassen und die brutale Gewalt an die Stelle parteigenössiger Diskussion gerückt. Unter diesen Umständen erscheint es nötig, daß die süddeutschen Parteigenossen erwägen, ob sie sich überhaupt noch an dem Parteitag beteiligen und das Objekt einer solchen unwürdigen Polizeikomödie bilden wollen.“

Eisenbahnunglück auf Bahnhof Müncheberg.

Köftrin, 29. August. (B. Z. W.) Amliche Meldung. Auf Bahnhof Dahmsdorf-Müncheberg stieß heute mittag 1 Uhr der Personenzug 255 bei der Einfahrt mit einer von der Drehscheibe kommenden Rangierlokomotive zusammen. Beide Lokomotiven sowie der Radwagen, der Postwagen und ein Wagen IV. Klasse sind entgleist, die Zuglokomotive, der Post- und der Postwagen sind stark beschädigt. Schwerverletzt ist der Führer der Rangierlokomotive, leichtverletzt sind zwei Reisende und zwei Zugbeamte. Das Gleis Berlin-Schneidemühl ist voraussichtlich zwölf Stunden gesperrt, der Betrieb wird unter Vermittlung des dritten Bahnhofsgleises aufrecht erhalten.

Für die Materialsammlung des Reichslügenverbandes.

Gernrode a. Harz, 29. August. (B. G.) Der am blutigen Staatsbahnhofe diensttunende Bahnhofsvorsteher Küster ist seit Dienstagabend verschwunden. Die Ursache hat eine am genannten Tage vorgenommene außerordentliche Revision der Stationskasse gegeben, wobei größere Fehlbeträge entdeckt worden sind. Wohin sich der Verschleierte begeben hat, ist noch nicht bekannt.

Mannheim, 29. August. (B. G.) Die Höhe der Unterschleife des Gemeinbedirektors Joachim in Heddesheim ist inzwischen auf 128 000 M. angewachsen. Joachim wurde gestern abend in das Gefängnis in Mannheim übergeführt.

München, 29. August. (B. G.) Gestern abend wurde hier der ehemalige Pfarrer aus Alt-Perberdingen wegen einer Reihe von Verstrickungen verhaftet.

Aus Hunger in den Tod.

Saxfeld, 29. August. (B. G.) Hier hat sich aus Mangel-sorgen der Kupferschmied E. aufgehängt.

Bei einer Vergnügungsfahrt verunglückt.

La Rochelle, 29. August. (B. G.) 14 Touristen unternahm in einem Boot eine Vergnügungsfahrt, wobei das Fahrzeug scheiterte und drei der Insassen ertranken; die übrigen 11 konnten gerettet werden.

Die Cholera.

Petersburg, 29. August. (B. Z. W.) Nach einem amtlichen Bulletin sind in der Woche vom 21. bis 28. August 1199 Cholera-erkrankungen mit 573 Todesfällen und seit dem 21. Juli, dem Ausbruch der Epidemie, 3141 Erkrankungen mit 1505 Todesfällen vorgekommen.

Zur Frage der Budgetbewilligung.

Eine Parteiverammlung in Stuttgart beschäftigte sich gestern Abend mit der Zustimmung der württembergischen, badischen und bayerischen Fraktionen zum Etat. Der Referent, Genosse Westmaier, sprach sich entschieden gegen die Haltung der Fraktionen aus. Der Korreferent, Landtagsabgeordneter Genosse Seymann, machte geltend, daß der dritte Absatz der Lübecker Resolution noch zu Recht bestehe. Ueber seine Anwendung hätten allein die Abgeordneten zu entscheiden, die auch allein die Verantwortung trügen. Wir können und wollen, sagte er, dem Massenstaat nicht den Boden unter den Füßen wegziehen, sondern müssen darauf hinwirken, daß er sich allmählich zum sozialistischen Staat entwickelt. Engels habe in einem Artikel des alten „Vorwärts“ bereits ausgeführt, daß die ganze Tätigkeit der Sozialdemokratie auf den Parlamentarismus gerichtet sei. Liebherr und andere haben gesagt: „Wir wachsen in den Zukunftsstaat hinein“. Darum haben wir nicht unter allen Umständen dem bürgerlichen Staat die Mittel zu verweigern. Wir bieten ihm ja auch in allen Versammlungen Mittel an in der Form von Einkommenssteuer, Vermögenssteuer usw. Seymann brachte zum Schluß eine Resolution ein, die unter anderem besagt:

Die am 28. August abgehaltene Parteiverammlung erklärt: 1. Die im Jahre 1907 erfolgte Zustimmung der württembergischen Landtagsfraktion zum Etat ist durch die Verhandlung auf der vorjährigen württembergischen Landesversammlung in Ehlingen erledigt und gibt zu einer erneuten Beschlußfassung keinen Anlaß.

2. Die diesjährige Zustimmung der badischen und bayerischen Landtagsfraktion zum Etat unterliegt in erster Reihe der Beurteilung durch die badische und bayerische Landesorganisation, die zu prüfen haben, ob die Zustimmung zum Etat sich mit der Lübecker Resolution im Einklang befindet.

3. Die Zustimmung zum Etat kann in keinem der drei in Frage kommenden Fälle als ein Disziplinbruch angesehen werden. Die Fraktionen waren vielmehr berechtigt, die Frage, ob ihre Zustimmung sich mit der Lübecker Resolution im Einklang befindet, selbstständig zu prüfen und unter Übernahme der Verantwortung gegenüber ihren Parteioptionen selbstständig zu entscheiden.

4. Der Parteitag von Nürnberg hat daher weder die Aufgabe, die in Betracht kommenden Parteigenossen wegen eines Verstoßes gegen die Parteidisziplin zu tadeln, noch den Entschcheidungen ihrer Landesparteiorganisationen vorzugreifen.

5. Ein materieller Anlaß, die Lübecker Resolution abzuändern, ist durch keine der drei erfolgten Abstimmungen gegeben. Die Versammlung ersucht daher den Parteitag, die Budgetdebatte im Sinne dieser Resolution zu behandeln und alle dazu vorliegenden Anträge durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen. Die Versammlung beauftragt die Delegierten des ersten württembergischen Reichstagswahlkreises in diesem Sinne auf dem Parteitag zu wirken.

Dieser Resolution wurde von etwa 20 Genossen eine andere Resolution entgegengesetzt, welche besagt:

„Die heutige Parteiverammlung erklärt in der Zustimmung sbdeutscher Abgeordneter zum Gesamtbudget einen Verstoß sowohl gegen die Lübecker Resolution von 1901, als auch gegen die Dresdener Resolution von 1903. Die Versammlung nimmt Stellung dagegen, die Entscheidung so wichtiger Parteifragen, die der Waffe der Parteigenossen vorbehalten bleiben müssen, in das Dunkel kombinierter Fraktionsstimmungen zu verlegen. Die Versammlung ist der Meinung, daß die stndige Zuspidung der wirtschaftlichen und politischen Genossen auch in Sbdeutschland eine Aenderung der seitherigen prinzipiellen Haltung der Partei nicht rechtfertigt.“

Für diese Resolution sprachen sich vier Genossen aus, die zum Teil sehr scharf ihre Meinung entwickelten. Alsdann wurde die Versammlung auf Montag vertagt.

Verbandstag Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

Jena, 28. August 1908.

Zweiter Verhandlungstag.

Die heutige Sitzung beginnt mit einem Referat des Stadtrats Dr. Glücksmann-Niddorf über:

Kleines feuilleton.

Seine Ergebnisse am trkschen Verfassungstage schildert ein Schweizer, der in der kleinasiatischen Stadt Merzina lebt, in der „Neuen Jrcher Zeitung“. Dem unterhaltenden Bericht seien einige charakteristische Einzelheiten entnommen. „Den Armeniern“, schreibt er, „war es bis zum Tage der Befreiung unterzogen, sich ohne christliche Vollmacht des Gouverneurs ihres Wohnortes nach Konstantinopel zu begeben. Und um dieser Verfügung besonderen Nachdruck zu geben, hatten die Zollbeamten den Befehl, keinen Armenier die Schiffe besuchen zu lassen. Kaum war die Befreiung erklärt, wollten die Armenier durch Besuch der ankommenden Schiffe der Bemannung und den Passagieren zeigen, daß sie nunmehr auch freie Bürger des trkschen Reiches seien. Die Zollbeamten widersetzten sich diesem Ehrgehe freibrger Besinnung, indem sie die Einschiffung zu verhindern suchten. Die Armenier nahmen aber die Boote im Sturm und segelten und ruderten nach den Dampfern. Die Beamten im allgemeinen, vom Gouverneur bis zum Zollwchter, wissen durchaus nicht, woran sie sind und wem sie zu gehorchen haben. In dieser Beziehung herrscht hier die reinste Anarchie. Es ist dem ruhigen und friedlichen Charakter der Bevölkerung zu verdanken, daß bei all diesem Freiheitssturm keine Ausschreitungen stattfinden und noch kein Blut geflossen ist. Vom Sätzen ist nichts zu fürchten, wenn man der köstlichen Geschichte Glauben schenken darf, daß einem aus der Verbannung zurückkehrenden General auf seine Bemerkung, daß er erwartet hätte, unter dem Donner der Kanonen empfangen zu werden, geantwortet wurde: es wäre dies auch der heiße Wunsch der Bevölkerung gewesen, aber sie wäre selbst mit den Kanonen neuester Konstruktion nicht in der Lage, ihren Gefühlen den gewünschten Ausdruck zu verleihen, da kein Pulver da sei. Wenn die Verfassung von der Bevölkerung mit großem Jubel begrußt wird, so steht es anders bei den höheren Beamten, die sich mit ihren verltnismig großen Gehältern nicht begnügen, die Bevölkerung bestehlen und von ihr erwarten, was zu erwarten war. Es ist nur begreiflich, daß die so lange Jahre schmählich behandelte Bevölkerung die Umwlung bemüht, um sich zu rächen, und sich wieder in den Besitz des ihr gestohlenen Eigentums zu setzen. Gouverneure, hohe Offiziere werden ohne weiteres angeeignet und ins Gefängnis geschickt. So kam vor einigen Tagen ein Oberst mit fünf Frauen in Merzina an. Er wollte am folgenden Tage das Weite suchen, wurde aber auf telegraphischem Befehl des Gouverneurs von Adana hin verhaftet und unter Verwndungen vom Volke zum Gefängnis begleitet. Vor seiner Abreise von Adana wollte der seiner Betrgerien und Gewalttätigkeiten wegen verhaftete Oberst sein in wenigen Jahren gestohlenen und bei der Ottomaniens Bank niedergelegtes Vermögen von 1 1/2 Millionen Franken zurückziehen. Die Bank verweigerte jedoch die Auszahlung. Einer Volksmenge, die sich mit einem Sonderzuge nach Adana begab, wollte sich auch der Unterprfekt von Merzina anschließen. Als er im Zuge war, in den Bahnwagen zu steigen, erklärte ihm der Plaphauptman, daß die Reisegesellschaft seine

„Die Statuten der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte“.

Nedner schildert die große Verschiedenheit der Ortsstatute und die daraus resultierenden Nachteile, betont die Notwendigkeit der Schaffung eines Normalstatuts, und zieht aus den gemachten Erfahrungen die Schlußfolgerung, daß man sich heute in allen beteiligten Kreisen darüber klar sei, daß als das beste Wahlssystem das der Proporzwahl zu betrachten sei. Nedner fordert ferner die gebundenen Listen, mit Stimmwahl nach Frankfurt, Mster, sowie die Vornahme der Wahlen am Sonntag. Er redet auch dem Wahlrecht der Arbeitslosen das Wort, und will der „heillosen Verwirrung“, die jetzt herrscht, ein Ende gemacht wissen.

Stadtrat Dr. Flesch-Frankfurt a. M. ist gegen das System der gebundenen Listen, da die „Freiheit der Wahl“ geschtzt werden müsse. Wenn einheitliche Statuten zustande kommen, so müsse dabei doch der Selbstverwaltung der Gemeinden das Recht bleiben, das Wahlssystem bestimmen zu können. — Claus-Hamburg (Vertreter des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes) meint, das Frankfurter System sei zu verwerten, dagegen das der streng gebundenen Listen zu empfehlen. Die Freiheit der Wahl nach dem Frankfurter Mster lasse eine prinzipielle Möglichkeit bei den Wahlen kaum noch erkennen. In der Stimmabgabe möchten sich doch Grundtnde offenbaren. Die jahrelangen Bemühungen der Organisationen, ihre besten Leute als Whler zu wählen, werde bei dem freien Listensystem durch einige verärgerte Querlge einfach über den Haufen geworfen und das geforderte Prinzip der Verhältniswahl zerstört. — Auch Dr. Brenner-München wendet sich scharf gegen das System der freien Listen. Die individuelle Freiheit habe im praktischen Leben ihre Grenzen. Die Rücksichtnahme auf die Indifferenten, die sich das ganze Jahr nicht um die Vertretung oder die Wahlen bekümmerten, nun aber plötzlich bei den Wahlen eine so verderbliche Tätigkeit mit den freien Listen treiben können, das sei die lange Bemühungen der Organisationen lahmlegen, sei durchaus unangebracht. Für ein Normalstatut, nach dem Mster preussisch-ministerieller Vorlage, kann Nedner sich nicht erwärmen. — Bürgermeister Voigtel-Brandenburg will die Arbeitslosen von der Wahl ausgeschlossen wissen.

Eine Einigung über den Ausbau des Normalstatuts wird nicht erzielt, einzig ist man sich nur darin, daß das Proporzwahlsystem an sich festgelegt werden soll.

Alsdann referiert Rechtsanwalt Dr. Galland-Posen über: „Das Recht des Arbeitszeugnisses“.

Nedner gibt zunächst eine Darstellung der Entstehung der Gewerbeordnung, und behandelt dann eingehend die Spezialfrage des Arbeitszeugnisses. An der Hand einiger Gewerbegerichtsentscheidungen legt Nedner unter anderem klar, daß dem Arbeiter auch dann noch ein Zeugnis auf Verlangen ausgestellt werden muß, wenn er dies bei seinem Abgange nicht gleich gefordert. Ein Retentionsrecht fest dem Unternehmer am Zeugnis ebenso wenig zu, wie am Lohne. Bemerkungen über den Charakter des Arbeiters dürfen in dem verlangten Zeugnis nur insofern Aufnahme finden, als sie ausdrcklich im Zusammenhang mit den dienstlichen Obliegenheiten des Arbeiters stehen. Nedner fordert die Verpflichtung zur Ausstellung des Zeugnisses vom Tage der Kündigung an, und übt scharfe Kritik an zwei Urteilen des Hamburger Oberlandesgerichts und des Kammergerichts, in denen ausgesprochen ist, daß der Unternehmer nur dann schadenersatzpflichtig für unrichtige Zeugnisse ist, wenn ihm nachgewiesen wird, daß er groß fahrlässig oder arglistig gehandelt hat. Nicht mit Unrecht betont der Referent, daß die Urteile den Einbruch erwecken, als ob den Richtern das Arbeitsverhältnis nur aus den Gesindeordnungen bekannt sei. Bemerkenswert ist noch eine vom Nedner erwähnte Entscheidung des Reichsgerichts, wonach die Arbeiter im Zeugnis auch getrennt nur ihre „Führung“ oder nur ihre „Leistung“ bescheinigt werden können.

Der Korreferent, Rechtsanwalt Abel-Essen, behandelt die Frage der Kennzeichnung auch der Zeugnisse durch Merkmale usw. Er erwähnt hierbei auch eine Entscheidung des Kammergerichts gegen Berliner Fabrikanten, wonach den Unternehmern gestattet sein soll, eine sogenannte negative Kennzeichnung des Arbeiters z. B. in der Form vorzunehmen, daß die vereinigten Unternehmer dardber einige lobende Worte im Zeugnis bemerken. Den zu kennzeichnenden Arbeiter aber nur die Art und Dauer des Dienstes bescheinigen. Zur besonderen „Empfehlung“ sei der Unternehmer nicht verpflichtet. Mit Recht wendet sich Nedner gegen diesen und andere „juristische Kniffe“, indem er betont, daß man damit gegen den Geist des Gesetzes verstoße.

Gegenwart nicht dulde, und daß er zurückbleiben müsse. Auf die Entgegnung des Unterpräfekten: „Keine Kinder, das ist nicht recht!“, soll der helbenhafte Krieger sein Schwert gezckt haben, mit der Drohung, dem Unterpräfekten den Kopf abzuschneiden. Ja, jedoch berechtigter Zweifel an dieser Nordgeschichte. Denn es ist fraglich, ob der Träger der Waffe in diesem Augenblicke, den eingerosteten Säbel aus der noch rostigeren Scheide zu bringen, und ob die Klinge eine Schneide hatte.“

Mul.

Münchener Festschle. Jar-Alten, die sbdeutsche Kunst-, Bier- und Fremdenmetropole, sieht in typischer Wüste. Erotfischer Passenimport: Russen, Vorussen, Sachsen, Siamesen, Italiener, Wiedensburger, Spanier und das mahgebende Element mit dem großen Vortrommel: das angloamerikanische, fllt die Stadt. Der liebelbrtige, diebhische Rudelmeister mit dem großen Dufst und dem kleinen Gehirn sucht und schnupft (soweit er nicht zu den Legionren der Fremdenindustrie gehört) ber die damischen Fremden“, die sich in seinem Prnhaus, auf seinem Sommerfester so unverschämt breit machen. Aber die Mahgebenden im „Bismarck“ und in der Rheingold — rein Gold-Fabrik im Prinzregenten-Theater nämlich, sie schmunzeln über den Stollen Betrieb. Es schmunzelt die „Kleine Erzengel“, der Mann im Schatten von Speidel, der Nachfolger des alternden Bhnenlwen und Gründers des Bayerischen Wagner-Theaters Nr. 2 Poffart. Es schmunzeln auch die Königliche Wagner, Jivilliste und die Münchener Stadtwter, denn die trotz der gleichzeitigen Wagner Konkurrenz fast regelmäßig ausverkauften Häuser geben Gewißheit, daß für 1909 der Gemeindegewinn von 50 000 Mark für das Prinzregenten-Theater (den teuersten deutschen Theaterbetrieb, denn er ruht 11 Monate im Jahre völlig) nicht erhöht zu werden braucht. Ein Blick auf das ungeheure Rind des Amphitheaters. In den „Rirstenlogen“, der Konzeption des demokratischen Amphitheaters an das alte Rang- und Standestheater, einige heftig von der europäischen Hurrafanale beopernguderte rudimentäre Mitglieder des „Zachvereins europäischer Monarchen“, darunter die blasierten, gemagelten Gesichter der internationalen Plutokratie, denen Wagner mindestens ebenso viel wert ist wie Karlsbad, die Jungfrauenbahn und Lawn Tennis. Welche Satire auf das von Wagner extrumte demokratische Publikum, dem das demokratische Kunstwerk Erlngung aus der „gemeinsamen Not“ (Voll — der Zusammenschluß aller derjenigen, die eine gemeinsame Not empfinden. Siehe „Kunst und Religion“) bringen soll! Wenn man Wilanz zieht über die durchschnittliche Volkshygiene, das moralische und geistige Niveau dieser aufgeblasenen Geldsackmenschen, so kommt man zu dem zwingenden Eindruck, daß die Wagnerkunst diesen niemals Herzogliche werden wird, niemals Hans Sachs, Walter Stolz, Siegfried und das, was ihr tiefstes Wesen ausstrahlt, eine notwendige innere Forderung ihrer geistigen Kultur werden wird. Ist's nicht eigentlich jammerschade, daß für diese seitdem fließende Wagner-Berl in Wahrheit wie in München in möglichster Vollkommenheit der stttischen, musikalischen und szenischen Wiedergabe besetzt wird,

Lebhafte Interesse erweckt die Behandlung der Konkurrenzklausel.

wozu Stadtrat Dr. Erbel-Mannheim das Referat übernommen hat. Nedner weist einleitend darauf hin, daß die mißbräuchliche Anwendung der Konkurrenzklausel einen erheblichen Umfang angenommen, und die Reformierung dieser Bestimmung dringend notwendig sei. Nedner ist gegen das völlige Verbot, will dagegen die Dauer auf 1 Jahr herabgesetzt wissen. Der Abschluß mit Kinderjhrigen und Wehrlingen soll verboten sein. Die Klausel soll außerdem nur zulässig sein während der Dienstzeit und von einem Mindesteinkommen von etwa 3000 M. abhängen, auch sollte der eventuelle Schaden nachgewiesen werden und die Klausel selbst notariell und in einem besonderen Vertrage festgelegt werden. Auch müsse für die bei Nichtausfhren der Klausel die Materie geregelt werden. — Koslowski-Hamburg (Verbandsbeamter der Handlungsgehilfen) weist auf ein ähnliches in Oesterreich zustande gekommenes Gesetz hin. Er bekennet sich als grundsätzlicher Gegner der Klausel, ist aber auch zustimmend, wenn die Grenze auf 5000 M. gesetzt wird, und fordert ferner die Weiterzahlung des Gehalts für die Gültigkeitsdauer der Klausel.

Kürsten (Gewerkschaftssekretär) weist darauf hin, daß der Arbeiter bis jetzt gar keinen Schutz gegen die Konkurrenzklausel genieße. Er erinnert an den trafen Fall aus Worms (Freiherr von v. Serrnshelm), und fordert die bedingungslose Aufhebung der Klausel, da diese in Wirklichkeit nur dazu dienen müsse, dem Unternehmer oder Geschäftsinhaber billige Arbeitskräfte zu sichern. Von Seiten der Arbeiter könnte man die Klausel nur als auf Schilane berechnet betrachten, sei daher als Verstoß gegen die guten Sitten anzusehen. Sie beuge den Arbeiter und Angestellten in der Entwicklung, und müsse sogar dazu dienen, das Erfinderrecht an den Unternehmer abzutreten. (Lebhafte Widerspruch und starker Beifall.) Zur Bekräftigung seiner Ausführungen verliest Nedner darauf aus einem Statut der A. G. eine Bestimmung, wonach Erfindungen im Vertriebe alleiniges Eigentum der Firma sind und diese Verpflichtungen auch nach dem Austritte fortbestehen. Als Nedner dann bezuglich der Stellung der Richter gegenüber der Gültigkeit solcher Vereinbarungen bemerkt, daß auch der Richter bei aller persönlicher Objektivität doch ein Produkt des ihm umgebenden Milieus sei, dem er sich nicht entziehen könne, erheben sich stürmische Schlurufe und lebhafter Widerspruch, doch ein großer Teil der Anwesenden stimmt ebenso lebhaft zu. Der Tumult ist so heftig, daß Nedner in seinen Ausführungen eine Pause machen muß.

Landtagsabgeordneter Wollha-Ming sucht vermittelnd zu wirken. Er erkennt die Schädlichkeiten der Konkurrenzklausel an, will aber auch nicht ganz darauf verzichten, da verschiedene Betriebe nicht ohne die Klausel auskommen könnten, z. B. die chemische Industrie.

Die weitere Debatte bringt fast nur Wiederholungen für oder wider. Senator Grote-Kannover wünscht die Annahme einer Resolution auf mittlerer Linie, wobei ihn unter großer Beifall eines Teiles der Versammlung die Behauptung einschlut: die Klausel sei an sich nicht unbillig, denn man könne doch beiden Vertragsschließenden nicht das Recht der „freien Wahl“ nehmen. Ein Beschluß kommt nicht zustande, zumal dies szungsgem auch nicht zulässig ist.

Aus der Partei.

Zum Parteitag.

Die „Neue Welt“ hat eine Nürnberg-Kummer herausgebracht. In gut gelungener Reproduktion wird dem Leser die Stadt vor Augen geführt, in der heuer das „rote Parlament“ tagen soll. Da sind still vertraumte, malerische Winkel, alte Tore und Türme, das Gewerkschaftshaus mit seinem „historischen Hof“ und das Parteitagshotel. Einen geschichtlichen Ueberblick über das Werden und Wachsen der alten Frankenstadt gibt Nürnbergs Reichstagsabgeordneter Dr. A. Sbelum. Georg Grtner schildert die Anfänge der modernen Arbeiterbewegung in Nürnberg. K. A. Dscher plaudert in einem lesenswerten Artikel von den kunstfhigen und kunstgewerblichen Schenkwrdigkeiten, an denen Alt-Nürnberg so überreich ist, wie keine zweite deutsche Stadt. Die beigegebenen Bilder illustrieren in geeigneter Weise die eingelen

während das eigentliche Volk, die Menge der Intelligenzen ohne mammonistische Belastung, für die der Vayreuther doch litt und schau, hilfsich draußen stehen muß!

Es werden wie üblich 20 Festauffhrungen Wagner'scher Werke, nämlich dreimal der „Ring des Nibelungen“, dreimal „Die Meistersinger“, dreimal „Tristan und Isolde“, zweimal „Lannhuser“ geboten und der ganze Juchus mit der besten und künstlerisch reifsten Gabe des Prinzregenten-Theaters, mit den „Meistersingern“, dem sommiten, in überlegener Heiterkeit eines philosophisch resignierten Geistes erstrahlenden Triumphlied der freigelebten neuen deutschen Kunst über alte modrige Kunst- und Regelkunst würdig eröffnet. Heinrich Knote, der begaffte Mittelpunkt des anglo-amerikanischen, speziell weiblichen Interesses lang seinen Walter Stolzling stimmlich gewiß glänzend, aber mit den willkürlichen Manieren eines amerikanischen Erbourtenors. Die Kritik sagte ihm die Wahrheit. Darauf wurde er heiser und der Berliner Ernst Kraus, der zum Glück gerade in den oberbayerischen Vorbergen sommerfrischelte, mußte in letzter Stunde per Automobil geholt werden. Er sang bis jetzt mit grotem Erfolg zweimal den Tristan und zweimal den Siegmund. Den Tristan hat man neu inszeniert. Knstlerdecorationen! Malerisch sehr wirkungsvoll, bildmäßig geschlossen, lassen sie im Vermeiden der Kulissenlandschaft in der Gruppierung der Personen, im Stil der Gewänder, in der naturgetreuen Beleuchtung deutlich den Einfluß der Stilbhne auf der Kunststellung erkennen.

Den Hauptanziehungspunkt für die Fremden bildet nach wie vor der Ring, das zur Tat gewordene dramatische Kunstwerk der Zukunft und doch in seiner ästhetischen Theorie als Gesamtkunstwerk mit sozialisierten Teilknsten längst überwundene Kunstwerk der Vergangenheit. Unter Felix Motil, dem genialen Wagner-Interpreten, und fast ganz mit eigenen Kräften der Münchener Hofoper besetzt, kam das Drama zu einer stilistisch sehr hoch zu wertenden Darstellung. Auf das Gefllische „Vegeisterter“ antwortet in München, zum Unterschied von Vayreuth, nach wie vor der eigene Vortrag.

Notizen.

— Tolstoi und der Gouverneur von Odessa. Bekanntlich sind alle russischen Zeitungen, die Tolstois Artikel „Ich kann nicht schweigen!“ abgedruckt haben, in Straße genommen worden. Als nun, so wird der „Frankf. Zig.“ aus Odessa geschrieben, der Redakteur eines dortigen Blattes sich in die Klausel des Generalgouverneurs Tolmatshew begab, um sich Ausführung über den Grund der Straße zu erbitten, wurde ihm folgende Antwort zuteil: „Warten Sie nur“, schrieb der ergrimmte Generalgouverneur, „warten Sie nur, es wird sich schon noch ein wahrer Patriot finden, der uns von dem großen Schurken der russischen Erde befreien wird! O, wie gerne erwrte ich ihn mit eigenen Händen!“ Solche und noch mehrere ähnliche Ausfälle mußte der verblüffte Redakteur anhören, und der Ton sowie die drohende Haltung des Generalgouverneurs ließen keinen Zweifel darüber, daß es ihm mit seinen Bemerkungen Ernst war.

Auffäge, Einheitslich fügen sich Text und Bild zu einem schönen Ganzen zusammen. Die Leser werden sicher an der Münchener Nummer der „Neuen Welt“ ihre Freude haben.

Eine interessante Entdeckung.

Der sozialdemokratische Verein des 10. badischen Reichstags-Wahlkreises in Karlsruhe nahm sich am 28. August die einheimischen Budgetbewilliger vor. Obgleich das Urteil in der ersten Sitzung noch nicht gefällt werden konnte, steht heute schon fest, daß die Karlsruher Genossen mit einem glänzenden Zeugnis für das zutreffende Verhalten ihrer Kammervertreter Kolb und Dr. Franz, sowie der gesamten Fraktionsmehrheit aufwarten werden. Es wird inzwischen nur zu überlegen sein, wie die dem Landesvorstand in Mannheim zugeordnete Kommission für die Festsetzung des Reichstagsbudgets gegenüber den Verlockungen des Berliner Parteivorstandes formuliert werden kann. Am 2. September fallen die Würfel; bis dahin haben die Genossen der leitenden Stelle in Mannheim noch Zeit zur Auffklärung des Falles. Ist doch der Landesvorstand, einer dringenden Aufforderung folgend, zu seiner Landtagsfraktionsitzung erschienen, an deren Schluß man ihn auf strenge Geheimhaltung des Beschlusses fozusagen verweigerte. Und daß er als Mitverfälscher kein badisches Geschloß nicht gebrochen hat, dürfen ihm doch die Karlsruher Genossen nicht als Vergehen anrechnen, wenn sie dieselbe Verschwiegenheit an den Landtagsabgeordneten für eine Tugend halten.

Aha, wenn schon, dann aber auch denn schon! Aber Opfer müssen fallen. Genosse Weichmann darf sich das Verdienst anrechnen, die Delinquenten aufgespürt zu haben. Er findet, daß ein Disziplinbruch von den Genossen und Landtagsabgeordneten Lehmann und Wed begangen wurde, indem sie sich dem Majoritätsbeschluss nicht fügten, und der Abstimmung fernblieben. Ist ein genialer Gedanke! Doch würde er kräftiger einschlagen, wenn diese beiden „Drückberger“ trotz alledem erschienen wären und ihr Votum gegen das Budget abgegeben hätten. Gewiß wäre der Abgeordnete Eichhorn als Dritter in Runde herbeigezogen. Wir könnten es nur begreifen, wenn der Genosse Weichmann zum Münchener Parteitag entsendet wird, um dort seine radikale Auffassung über Disziplinbruch zur Debatte zu stellen. Vielleicht vermag er uns, wenn der Schleier des Geheimnisses einmal von dem badischen Heiligum hinweggezogen ist, auch mitzuteilen, ob die Fraktion wegen des Votums der Minorität einen Beschluss fasste und wie er lautete. Es wäre nur billig und gerecht, wenn der Wortlaut solches Beschlusses der Kammerfraktion vorgelegt würde. Eine Justifizierung der renitenten Minorität müßte um so notwendiger eintreten, weil in der Resolution des Genossen Weichmann schließlich eine „Abänderung der Lübecker Resolution“ verlangt wird, die keine Verschärfung, sondern eine Mäßigung „auf die politische Situation in Süddeutschland“ bedeutet.

Der mecklenburgische Parteitag findet am 18. und 19. Oktober in Rostock statt. Zum ersten Male, unter dem neuen

Aus den Organisationen.

Die Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Hamburgs hielt vorige Woche und am letzten Donnerstag zahlreiche Delegiertenversammlungen ab, in deren erste der schon von uns ausgiebig gebrachte Geschäftsbericht erstattet und allseitig gewünscht wurde, eine lebhaftere Agitation zwecks Gewinnung neuer Mitglieder zu entfalten, um so das Verhältnis, das sich in der Zahl der gewerkschaftlich organisierten gegenüber den politisch organisierten — 80 000 : 35 000 — ausdrückt, baldigt zu befeitigen.

In der letzten Versammlung begründete Parteisekretär Stube den Antrag der Vorstände auf Einführung von Unterrichtskursen in Nationalökonomie, Soziologie, Parteigeschichte usw. für Referenten und Parteifunktionäre, an denen pro Semester etwa 25 bis 30 Genossen teilnehmen sollen. Nach langer Debatte wurde dem Antrage zugestimmt und die Vorstände der drei Parteivereine Hamburgs mit dessen Ausführung beauftragt. Veranschlagt wurden die Kosten der Kurse mit etwa 1000 M. pro Semester.

Ein Zeugniszwangsverfahren?

Genosse Kolb, Redakteur des „Volksfreund“ in Karlsruhe und Landtagsabgeordneter in Baden, hatte in dem von ihm redigierten Blatt einen Bericht über eine Landtagsverhandlung und eine von ihm dabei gehaltene Rede veröffentlicht, die gar nicht stattgefunden hatte. Wir haben die Affäre in unserem Bericht über die Konferenz des 7. badischen Wahlkreises zu sehr kurz gezeichnet. Das war von der „Leipziger Volkszeitung“ öffentlich gerügt worden. Infolgedessen entstand in den beteiligten Kreisen ein heftiger Unwille gegen den — „Verräter“, dem die „Leipziger Volkszeitung“ ihre Bissigkeit verdankte. Man hat augenscheinlich emsig nach ihm geforscht. Denn jetzt sah sich Genosse Weibel veranlaßt, dem Karlsruher „Volksfreund“ folgenden Brief zu schicken:

„Der Genosse Adolf Wed beschwert sich in einem Brief an mich bitter darüber, daß ihm in der badischen Partei die Verfasserschaft des Artikels in der „Leipziger Volkszeitung“ zugesprochen werde, worin die Berichterstattung des Genossen Kolb im „Volksfreund“ über eine nicht stattgehabte Verhandlung im badischen Landtag veröffentlicht und kritisiert wurde.“

Ich halte mich für verpflichtet, zu erklären, daß der Genosse Adolf Wed jenem Bericht gänzlich fernsteht, und daß, wenn überhaupt von einer „Schuld“ die Rede sein kann, sie mich trifft.

Der Sachverhalt ist folgender: Anfang August hörte ich am Mittage, wo ich mich zur Erholung aufhielt, von jenem Vorkommnis in „Volksfreund“. Ich bot darauf den Genossen Wed um Aufsendung der betreffenden Nummer des „Volksfreund“, was er selbstverständlich tat. Nachdem ich ungefähr acht Tage im Besitz der Nummer war, erhielt ich einen Brief des Genossen Dr. Lentzsch, Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, der mich zu einer Antwort veranlaßte. In diesem Brief kam ich auf den Vorgang in der badischen Kammer zu sprechen, den ich scharf kritisierte. Es sei ein starkes Stück, daß ein Mann wie Kolb, der Abgeordneter der Partei und Redakteur eines Parteiblattes sei, einen solchen Streich mache, der ihn schwer kompromittiere. Im weiteren stellte ich Betrachtungen an über die Haltung unserer Parteipresse, die geneigt sei, über unliebsame Vorkommnisse in der Partei zu schweigen, statt durch Kritik deren weiteres Vorkommen unmöglich zu machen. Es sei das eine Taktik, die der Partei schade. Der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ scheint diese Epistel zu Herzen gegangen zu sein, so hat sie diese Kritik veröffentlicht. An dieser Veröffentlichung trifft also den Genossen Wed keine Schuld.

Mit parteigenösslichem Gruß

A. Weibel.

Verichtigung.

Genosse Emil Nische ersucht und um Aufnahme folgender Zeilen:

In Nr. 201 des „Wortworts“ ist in der Rubrik „Aus der Partei“ ein der „Leipziger Volkszeitung“ entnommener Artikel, überschrieben E. N., enthalten. Darin wird der fonderbare Nachweis versucht, daß ich mich selbst eines Parteivergehens schuldig gemacht hätte, wenn die sächsischen Landtagsabgeordneten wirklich für den Etat gestimmt hätten, denn ich wäre als ständiger Berichterstatter des sächsischen Landtages der einzige Genosse gewesen, der diesen Versuch bemerkt hätte. Durch mein Stillschweigen hätte ich mich eines Parteivergehens schuldig gemacht. Ohne über die eigenartigen Schlussfolgerungen ein Wort zu verlieren, stelle ich fest, daß ich 1898 zurzeit, wo der Gesamtetat im sächsischen Landtage bewilligt wurde, mehrere Wochen im Gefängnis war, also den Landtagsverhandlungen gar nicht beiwohnen konnte und daß ich 1900 nicht ein

einziges Mal über die Landtagsverhandlungen berichtet habe. Andere, als diese beiden Jahre können aber überhaupt nicht in Frage kommen.

Der Kongreß der italienischen Jugendorganisationen.

Am 30. und 31. August findet in Reggio Emilia der Kongreß der sozialistischen Jugendorganisationen statt. Nach der Entgegennahme der Beschlüsse der Zentralkomitees und der Beschlüsse der Kongreß die folgenden Fragen behandeln: Beziehungen der Jugendorganisation zur Partei — Organisation der weiblichen Jugend — Kampf gegen den Militarismus — Antimilitarismus — Beziehungen zu den Gewerkschaften — Agitation für Amnestie und zweijährige Dienstzeit — Kampf gegen den Alkoholismus — Internationale Jugendorganisation.

Vemerenswert ist, daß die Verwaltung der italienischen Staatsbahnen die jedem Kongreß zustehende Reisermöglichkeit den „jungen Sozialisten“ verweigert hat aus „Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit“. Dabei ist diese Reisermöglichkeit von Rechts wegen keinerlei politischen Beschränkungen unterworfen und ist unseren Parteitaggen stets gewährt worden.

Aus Industrie und Handel.

Weitere Verschärfung der Krise auf dem Arbeitsmarkt.

Im Juli dieses Jahres hat leider wieder eine merkliche Abnahme der Beschäftigten stattgefunden. Nach den Ausweisen der Statistiken nahm die Zahl der Beschäftigten um rund 10 000 Personen ab, während sie im Vorjahr um fast 9000 gewachsen war. Verfolgt man während der drei letzten Jahre die Bewegung der Beschäftigten von Monat zu Monat und setzt als Ausgangsziffer die Zahl der Beschäftigten am 1. Januar 1906, so ergibt sich, daß am 1. August 1907 die Beschäftigungsziffer um 182 988 höher war als am 1. August 1906, daß aber am 1. August dieses Jahres die Beschäftigungsziffer um 33 342 hinter dem Stande vom 1. August 1907 zurückbleibt. Das heißt: nicht nur von den am 1. August 1907 Beschäftigten sind 33 342 arbeitslos geworden, es konnte auch das Neuangebot des laufenden Jahres im Gewerbe nicht untergebracht werden, so daß die Lage des deutschen Arbeitsmarktes noch als recht gedrückt bezeichnet werden muß. Wenn auch die Landwirtschaft während der Sommermonate einen erheblichen Teil dieses Neuangebotes für sich zurückbehält, so darf doch sicher damit gerechnet werden, daß schon von September ab eine erhebliche Vermehrung des Angebots am gewerblichen Arbeitsmarkt eintreten wird. Dies bedeutet aber, falls sich nicht eine sehr kräftige Herbstbelebung bemerkbar macht, eine weitere Steigerung des Ueberangebotes. Nicht früh genug können daher die Kommunen sich mit der Frage beschäftigen, wie sich im kommenden Winter in ihrem Gebiete die Arbeitslosigkeit gestalten und wie ihr zu begegnen sein wird.

Jahresabschluss der Dortmunder „Union“.

In der gestrigen Aufsichtsratsitzung der „Union“, Aktiengesellschaft für Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie zu Dortmund wurde die Bilanz für 1907/08 vorgelegt. Das vergangene Geschäftsjahr hat einen Betriebsergebnis von 6 609 815,25 M. (gegen 6 487 025,85 M. im Vorjahre) und nach Einrechnung des Vorjahres aus 1906/07 von 5 12 579,51 M. einen Gesamtgewinn von 7 182 394,76 M. (gegen 6 735 951,74 M.) erbracht. Im einzelnen ergab der Kohlenbergbau 1 016 390,87 M. (677 118,29 M.), der Eisenbergbau einen Gewinn von 200 024,24 M. (130 605,80 M.), die Dortmunder Werke einen solchen von 5 206 707,57 M. (5 310 214,55 M.), die Hörter Werke einen Gewinn von 248 892,87 M. (468 587,81 M.). Vom Bruttogewinn sind zunächst an Zinsen und allgemeine Unkosten 2 081 588,70 M. (1 749 462,29 M.) abzugehen, so daß 5 100 826,06 M. (4 976 489,45 M.) zu Abschreibungen und Reservebestellungen sowie zur Gewinnverteilung verfügbar bleiben.

Vorbekanntlich der Prüfung der Bilanz beschloß der Aufsichtsrat, dem Ratrage des Vorstandes entsprechend, der Generalversammlung vorzuschlagen, zunächst 2 850 456,76 M. (2 756 932,08 M.) zu Abschreibungen zu verwenden, eine Rückstellung für Abschreibungsverpflichtungen in Höhe von 300 000 M. zu machen und 97 518,46 M. (110 977,86 M.) dem gesetzlichen Reservefonds zuzuführen; sodann auf die Vorzugsaktien Lit. D wiederum 5 Proz. Dividende mit 840 000 M. und auf die Aktien Lit. C eine Dividende von 2 Proz. mit 504 000 M. in Vorschlag zu bringen, sowie endlich den Rest mit 508 850,84 M. (gegen 512 579,51 M. im Vorjahre) auf neue Rechnung vorzutragen.

Saatensland in Deutschland Mitte August 1908.

Für den Saatensland in Deutschland Mitte August sind nach der Zusammenstellung des kaiserlichen Statistischen Amtes, die für die einzelnen Staaten und Landesteile im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht wird, die Notizen folgende: — Nr. 1 bedeutet sehr gut, 2 gut, 3 mittel (durchschnittlich); die Zwischenstufen sind durch Dezimalen bezeichnet —:

	August	Juli	Juni	Mai	April	August
	1908	1907	1906	1905	1904	1903
Winterweizen	2,4	2,3	2,1	2,3	2,5	2,9
Sommerweizen	2,6	2,6	2,5	2,6	—	2,8
Winterroggen (auchn. Weimischung von Roggen oder Weizen)	—	2,1	2,1	2,1	2,3	2,2
Wintereroggen	2,4	2,4	2,3	2,6	2,6	2,6
Sommereroggen	2,5	2,5	2,3	2,3	—	2,6
Sommergeroggen	2,6	2,6	2,4	2,3	—	2,3
Hafer	2,7	2,8	2,4	2,5	—	2,3
Kartoffeln	2,5	2,7	2,7	—	—	2,6
Ries (auch mit Weimischung von Gerstern)	2,7	2,6	2,0	2,3	2,5	3,0
Luzerne	2,4	2,5	2,1	2,2	2,5	2,9
Bewässerungswiesen	2,3	2,2	1,8	2,0	2,3	2,6
Andere Wiesen	2,3	2,7	2,1	2,4	2,8	2,9

Die Warenpreise im Großhandel

haben während des Juli im Vergleiche zum Vorjahre eine weitere Senkung erfahren. Der Warenpreisindex für 17 Waren, deren Preis im Verhältnis ihres Konsums in die Berechnung eingeseht ist, stellte sich in den einzelnen Monaten des laufenden Jahres und im Vergleich zum Vorjahre wie folgt:

	absolut	im Vergleich zum Vorjahre in Proz.
Januar	6 128,57	+ 8,09
Februar	5 961,88	+ 6,10
März	5 873,82	+ 4,59
April	5 870,24	+ 0,73
Mai	5 905,18	- 0,85
Juni	5 923,23	- 1,93
Juli	5 978,63	- 3,61

Das Gerabgehen der Indexziffer im Juli ist vor allem durch die weitere Verbilligung von Roggen, von Schweinen und Rindern, von Koffeinen, Baumwolle, Jute und Seide herbeigeführt. Zweiter geworden sind dagegen Wein, Rälber, Kaffee, Zucker und Tee. Alle diese Veränderungen beziehen sich auf den Vergleich mit dem Vorjahre. Im laufenden Jahre selbst macht sich allerdings seit März auch eine leichte Aufwärtsbewegung bemerkbar, die indes mit der Hausse im Vorjahre nicht entfernt zu vergleichen ist. Gegenüber Juni dieses Jahres ist namentlich Schlachtvieh durchweg, von Brotgetreide aber Weizen im Preise gestiegen. Billiger geworden sind dagegen Roggen, Zucker, Petroleum, Koffeinen und Baumwolle. Die

Bewegung des Warenpreisindex von März auf Juli ergibt für die beiden Jahre 1907 und 1908 folgendes Bild:

	1907	1908
März	5610,24	5873,33
Juli	6189,29	5978,63

1907 betrug die Steigerung über 10, im laufenden Jahre noch nicht 2 Proz.

Aus der Frauenbewegung.

Die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen in der Schweiz.

Nach den jüngst vom eidgenössischen statistischen Amt in Bern veröffentlichten Ergebnissen der Betriebszählung von 1905 gab es in der Schweiz 571 498 Betriebe mit 1 851 509 Personen, wovon 70 874 bzw. 92 136 auf die Handindustrie entfielen. Von den beschäftigten Personen waren 1 238 001 männlichen und 722 998 weiblichen Geschlechts; in der Heimarbeit waren 25 021 männliche und 67 115 weibliche Personen tätig. Auf die fünf Betriebsabteilungen verteilten sich beide Geschlechter so:

	männliche	weibliche
Landwirtschaft	790 525	332 487
Industrie	625 502	184 531
Handel	217 908	115 823
Verkehr	86 798	10 849
Freie Berufe	32 780	12 193

Die Mehrzahl der weiblichen Erwerbstätigen überhaupt entfiel demnach auf die Landwirtschaft, in der sie 41,7 aller beschäftigten Personen ausmachen. Sodann folgt mit der größten Zahl weiblicher Erwerbstätigen die Industrie, indes machen sie hier nur 20,5 Proz. der Beschäftigten aus. Den größten Prozentsatz mit 33,2 weist der Handel auf. In den liberalen Berufen sind sie mit 37,3 Proz. vertreten, während sie im Verkehr mit 12,5 Proz. den kleinsten Anteil haben.

Von den Berufsarten sind es die Textil- und Konfektionsindustrie, in denen die Frauen am stärksten vertreten sind, ferner der Handel, die Tabak- und Uhrenindustrie, Kostgebeten, Schuhmacherei, Schuhindustrie usw. Im Gebämmenderuf sind natürlich nur Frauen tätig.

In der Hausindustrie hat die Textilindustrie mit 212,7 auf 1000 beschäftigte Personen überhaupt den größten Anteil, dann folgen die Metall- und Uhrenindustrie mit 33,7, die Konfektion mit 28,4 usw. In der hausindustriellen Handschuhmacherei sowie mit der Verfertigung von Strawatten und Holenträgern (33 bzw. 20) sind ausschließlich weibliche Personen beschäftigt. Daran reißen sich die verschiedenen Zweige der Textil-, Konfektions-, Schuh-, Tabak-, Metallindustrie usw.

Radem schon vor Jahren der verstorbene Fabrikinspektor Dr. Säuler mit einer privaten Untersuchung der Hausindustrie auf 133 000 Heimarbeiter gekommen war, inzwischen aber teilweise die Heimarbeit, so in der Stickerei und Tabakindustrie weitere Ausdehnung gefunden hat, muß man annehmen, daß die amtlichen Zahlen mit 92 136 Heimarbeitern bedeutend hinter der Wirklichkeit zurückbleiben.

Im übrigen zeigt die Statistik, wie groß und bedeutend die gewerbliche Frauenarbeit und wie notwendig es daher ist, in ihren Reihen die intensivste Agitation für die gewerkschaftliche Organisation und politische Aufklärung zu entfalten.

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Bezirk Schreinerstraße. Montag, den 31. August, abends 9 Uhr: Regelmäßiger Les- und Diskutierabend.

Genossinnen des 6. Wahlkreises (Schönhauser Vorstadt). Am Dienstag, den 1. September, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Sauer, Schönhauser Allee 124, eine Zusammenkunft der Genossinnen statt, in welcher die rüchändigen Beiträge, sowie Ausnahmen für den Wahlverein entgegengenommen werden. Nicht aller Genossinnen ist es, zu erscheinen. Die Vertrauensperson.

Teltow-Beeskow. Am Montag, den 31. August, veranstalten die organisierten Frauen des Kreises Teltow-Beeskow einen Ausflug nach Johannisthal. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr in Nieder-Schöneeweide, Bahnhof. Die Kreisvertrauensperson.

Gerichts-Zeitung.

Ein mißglückter Geldschrankeinbruch

Beschäftigte gestern die Ferienstrafkammer des Landgerichts I. Wegen gemeinschaftlichen schweren Diebstahls waren angeklagt: Der Schlosser Alfred Kätsch, der Arbeiter Albert Schmidt der Mechaniker Adolf Reiche und der Kutscher Max Frank. In der Nacht zum 20. Mai d. J. vernahm der Verwalter des Hauses Strelitzer Straße 11 ein eigenmächtiges Geräusch, welches aus der im Parterregehoß liegenden Wohnung des Schlächtermeisters Wezel herzukommen schien. Er bemerkte vier Leute, die durch eine Hintertür in der Wohnung des Schlächtermeisters verschwanden. Der Verwalter meldete sich sofort an und eilte nach dem nahegelegenen Polizeibureau. Mehrere Schutzleute umstellten den Hof, während zwei Beamte mit schwebender Pistole in die augenscheinlich erbrochene Wohnung des W. hineingingen. Hier übertrafen sie vier noch fast halbunbekannte Personen, die gerade im Begriff waren, dem Geldschrank zu Weibe zu gehen. Es waren die jetzigen Angeklagten, die zum Teil schon erhebliche Vorstrafen erlitten haben. In ihrem Besitze befanden sich sehr gut gearbeitete Werkzeuge, so u. a. ein sogenannter „Knabberer“, mit welchem die gewerksmäßigen Geldschranktüche, nachdem sie den Geldschrank angebohrt haben, das Vorloch erweitern und schließlich die Stahlwand durchschneiden. — Vor Gericht versuchte jeder der Angeklagten die Hauptschuld auf den anderen abzuschieben. — Das Gericht hielt mit Rücksicht darauf, daß es sich um einen besonders gefährlichen Diebstahlversuch handelte, eine Milde nicht für angebracht, sondern erkannte gegen Kätsch und Schmidt auf je 1 1/2 Jahre Zuchthaus, gegen Reiche auf neun Monate und gegen Frank auf sechs Monate Gefängnis.

Ein internationaler Taschendieb

wurde anlässlich der Veranstaltung des Brooklyn „Arion“ in der „Philharmonie“ auf frischer Tat abgefaßt. Wegen versuchten Diebstahls im Krawattverfälschenden Geschäft war der Handelsmann Abraham Kalil Moskow Butscho vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I angeklagt. — Der aus Galizien stammende Angeklagte ist einer der gefährlichsten internationalen Taschendiebe. Er ist unter allen möglichen falschen Namen in Leipzig, Breslau, Wien und in Stockholm schon wegen Taschendiebstahl mit erheblichen Freiheitsstrafen bestraft. Von der hiesigen Kriminalpolizei wird vermutet, daß auch der Name Butscho, den sich der Angeklagte zurzeit zulegt, ein falscher ist, da die Ermittlungen in der angeblichen Heimat des D. nicht das geringste Ergebnis gehabt haben. Im Juni d. J. hatte der Angeklagte in Erfahrung gebracht, daß der Brooklyn Gesangsverein „Arion“ auf seiner Turnee auch nach Berlin kommen würde. Er beschloß sofort, ebenfalls in Berlin ein „Gastspiel“ zu geben. Hier mißfaete er sich unter das Publikum in der „Philharmonie“ und machte sich auch bald ein Opfer ausgefaßt. Der Kaufmann Targon fühlte, daß sich eine Hand ganz leise und vorsichtig unter seinen Rock schab und mit einer ungläublichen Fertigkeit in seine hintere Weinkelntasche hineinlangte, wo sich sein Portemonnaie befand, welches etwa 200 M. enthielt. Als der Dieb die Geldbörse aus der Tasche gezogen hatte, packte der Bestohlene zu und hielt ihn fest. Es war der jetzige Angeklagte, dessen Gastspiel auf diese Weise kläglich mißglückt war. — Der Staatsanwalt brachte eine Strafe von 8 Monaten in Antrag. Das Gericht ging jedoch weit über diesen Antrag hinaus, da es sich um einen äußerst gemeingefährlichen internationalen Taschendieb handelte, und erkannte auf eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren.

Die Zukunft gehört der Firma Julius Jttmann
und der Luftdroschke!



Gesetzl. geschützt.

Den neuen Weg zu Glück und Wohlstand bietet Ihnen unser neues Kredit-System.

Sie sind imstande, im Rahmen Ihres noch so bescheidenen Verdienstes anständig eingerichtet zu sein und sich wie Ihre Familie elegant zu kleiden.

Ein Kredit-System kann nur dann eine soziale Wohltat sein, wenn es den persönlichen Verhältnissen des Käufers Rechnung trägt.

Durch beifolgende Zahlungserleichterung gelangen Sie bei einer Mietzahlung von nur 5 pCt. monatlich in den Besitz sämtlicher Waren:

Jeder Käufer steht mit den Fabrikanten direkt in Verbindung die Waren werden auch direkt von den Fabrikanten geliefert, dagegen erfolgt die Verrechnung nur mit uns.

Unser System

— nur Musterlager; Lieferungen durch die Fabriken — erspart uns Lagerhüter, Zinsverluste und andere Spesen. Wir sind dadurch in der Lage,

25 pCt. billiger

wie sonst üblich verkaufen zu können.

Besonders wollen wir den Wegfall des regelmässigen Inkassos durch Boten hervorheben.

Kaufhaus „UNIVERSUM“

Austübrl. Katalog und
Brochüre grat. u. franko.

Julius Jttmann G. m. b. H.
Die Direktion.

Auf Wunsch erfolgt
Besuch uns. Reisenden.

BERLIN W., Linkstrasse 2, Ecke Potsdamer Strasse.

Telephon: Amt VI, No. 5483.

„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft

E. G. m. b. H.

Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. Brunnenstr. 185 Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr.

Gegr. i. Februar 1906 v. organisiert-Schneidergehülften Berlins.

Empfehle
sich allen **Arbeitern, Parteigenossen**
und **Mitbürgern** zur Anfertigung eleganter

Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge.

Große Auswahl in

Sommer-Paletots, Ulster, Radfahranzügen u. Fant.-Westen
in allen Größen und Preislagen

sowie

Arbeiter-Berufskleidung.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen **Betriebswerkstätten** unter den von unserer Organisation festgelegten Bedingungen.

Lieferanten der

Konsum-Genossenschaft Berlins u. Umgegend, des **Berliner und Charlottenburger Konsum-Vereins** und des **Arbeiter-Radfahrerbundes.**

Im Monat August wird unser Geschäft **abends 8 Uhr** (mit Ausnahme des Sonnabends) und **Sonntags von 10 Uhr vormittags ab geschlossen.**

Die billigste Bezugsquelle
auf
Kredit für Jedermann

ist
M. LANDAU
193^r Oranienstr. 193^r
HEINRICHSPLATZ.

Möbel, Betten, Polsterwaren,
Herren-Damen-Kinder-Garderoben.
Anzahlung auf eine Stube 5 Mk. an.
Gelegenheitskäufe stets am Lager.

Ausverkauf.

Wegen **Total-Aufgabe** eines riesigen grossen Teppich-Geschäfts haben wir die gesamten Bestände angekauft, und sind die Preise

33¹/₃ bis 50⁰/₁₀₀ herabgesetzt.

Selten günstiger Gelegenheitskauf für die **neue Wohnung.**

Teppichhaus Adler

Königstr. 20-21, an der Jüdenstrasse.

Herrenkleidung für 1 Mark

wöchentliche Teillieferung, fertig und nach Maß, auch mit Umbrode, liefert das bekannte **Versandhaus Berliner Herren-Moden, nur Straauer Str. 28,** ohne Verkaufsfähig. Verarbeitung halbbester Stoffe unter Garantie für selbstlosen Stp. Besuch mit Maßern jederzeit. Nichtabgeholte Anzüge, Paletots (Monatsharberobe) werden nur im

Consumhaus Frankfurter Allee 188, Ecke Müggelstrasse, zu spotbilligen Räumungspreisen mit grosser Hilfe verkauft. Unter Consumhausung, sehr haltbar und praktisch, kostet nur 12,75 Mark.

Rauchen Sie
Phänomen
Cigaretten!

Devise: Qualität ist die beste Empfehlung.

Literarisches.

Das Elektrizitätsrecht und das Reichselektromonopol. Von Dr. jur. W. Plenske. Verlag von Alfred Pulvermacher u. Co., Berlin.

Der Verfasser entpuppt sich in seiner vorliegenden Arbeit als neuer Reichsdialektiker und freiwilliger Hilfssekretär des Herrn v. Sydow. Mit einem Schläge will er der chronischen Finanznot des Reiches auf lange Zeit hinaus den Garau machen und zwar durch die Verstaatlichung, nicht die Besteuerung der elektrischen Kraft. Eine bloße Elektrizitätssteuer bringt ihm viel zu wenig ein. Daß neben Tabak, Bier und Branntwein auch die Elektrizität als Steuerquelle zu den kommenden Dingen gehört, unterliegt heute keinem Zweifel mehr. Die noch vorhandenen Schwierigkeiten, welche der Lösung der Besteuerung der motorischen Kraft im Bundesrat entgegenstehen, liegen zurzeit wohl ausschließlich auf dem Gebiete der Kompensationen, welche das Reich den Bundesstaaten als Gegenwert der Abtretung eines solch wertvollen Steuerobjektes wie die Elektrizität, zu bieten in der Lage ist. Denn ohne eine solche werden sich einzelne derselben um so weniger bereitwillig zeigen, auf die Wünsche des Herrn von Sydow einzugehen, als die Benutzung der elektrischen Kraft für den Staatsbahnbetrieb einzelner Bundesstaaten, teilweise unter Inanspruchnahme der natürlichen Wasserkraft jener Bundesländer, längst in Aussicht genommen und spruchreif geworden ist. Rechnet doch Bayern mit einem solchen Vorhaben auf eine jährliche Ersparnis von 7 Millionen Mark allein bei den Betriebskosten seiner Staatsbahnen! Doch eine Reichselektrizitätssteuer bei dieser Sachlage im bayerischen Landtage keine Freunde hat, wie dies der Ausgang der Interpellation unseres Genossen Müller beweist, ist erklärlich.

Der Verfasser des zur Besprechung stehenden Buches löst freilich die Schwierigkeiten der Kompensationsfrage spielend, indem er den Bundesstaaten für Ueberlassung der Elektrizität als Reichsteuerquelle den Erlös der Matrifikularbeiträge offeriert. Daß sich die Wünsche der Bundesstaaten mit dem Vorschlage des Verfassers decken, ist eine längst bekannte Tatsache. Hätten sie doch damit wieder einmal eine indirekte Steuer gegen eine direkte eingetauscht!

Die Begründung seiner Forderung, das Elektrizitätswesen für das gesamte Gebiet des Deutschen Reiches als einheitliche Reichselektrizitätsanstalt einzurichten und durch einen Unterstaatssekretär zu verwalten, macht sich der Verfasser zunächst ziemlich leicht. Auf irgendeine Spezialargumentation läßt er sich gar nicht ein. Er unterscheidet aus dem freien Handelsgesetz heraus neben „unberechtigten“ Monopolen, zu denen er beispielsweise den Tabak zählt, „gute“ Monopole, in deren Reihen er neben den Staatsbahnen, der Reichspost, Telegraphie und Telephonie auch die elektrische Kraft marschieren läßt. Die ganze sozialpolitische Seite der Frage der Verstaatlichung besonderer Industriezweige streift er nicht einmal. An einer Stelle operiert er mit dem Schreckgespenst eines drohenden „Elektrizitätsstrustes“. Aber weswegen ein solcher dem deutschen Wirtschaftsleben gefährlicher sein sollte als die tatsächlich schon bestehende Kohlen- und Eisenerzindustrie, unterläßt er zu beleuchten.

Ebenso schließt kommt die ökonomische Seite der Frage bei ihm weg. Jeder Uebertrag der für die Uebernahme der bestehenden Elektrizitätswerke notwendigen Mittel, jede Angabe über das in der Elektroindustrie investierte Kapital und dessen Rentabilität fehlt. Solche Kleinigkeiten machen dem Verfasser keine Kopfschmerzen! Ihm genügt es, daß das Reichselektromonopol Geld bringen kann, viel Geld und daher muß es seiner Meinung nach so schnell wie

möglich geschaffen werden, schon aus Gründen des „Volkswohles“. Unter Volkswohl versteht er dabei ausschließlich und ausdrücklich die Interessen des Agrariertums und des reaktionären Mittelstandes. Schlagworte aus der politischen Rumpellammer jener Leute wie „Kampf gegen Großkapital und Sozialdemokratie“ bilden denn auch seine Argumente. „Der Rechten und überhaupt den Vlodparteien bringen wir einerseits einen Hemmschuh für die Sozialdemokratie, weil wir durch den Allgemeingebrauch der Elektrizität die selbständigen Existenzen vermehren und die Lohnarbeiter vermindern, andererseits ein Mittel, um in der „Mittelstandspolitik“ Erfolge zu erringen. Dem Landwirt und der gesamten deutschen Landwirtschaft bringen wir nicht unbedeutende Vorteile. Wohl allgemein bekannt sind die berechtigten Klagen unserer Landwirte über Deutemangel und Fehlen von Hilfs- und Arbeitskräften. Durch das Elektromonopol geben wir ihnen die zweiundeinhalb Millionen Pferdekraft, welche ihnen zum Dreschen, Pflügen, Pumpen, Futterbereiten usw. dringend nottut. Wir schaffen ihnen so billigen Ertrag der fehlenden Arbeitskräfte.“

Das sind aber noch nicht alle goldenen Berge, die der Verfasser der Landwirtschaft verspricht. 100 Millionen sparen die Landwirte allein an Düngstoffen bei Einführung des Elektromonopols. „Des weiteren wird der Landwirt befähigt, seine Acker durch Stielstoff aus der Luft zu düngen, welcher auf elektrischem Wege gewonnen wird. Aus diesem Stielstoff aus der Luft kann der Landwirt allerorten bei Bestehen des Elektromonopols Salpeter als Düngstoff herstellen. Im Jahre 1908 verbrauchten unsere Landwirte allein 450 000 Tonnen Salpeter im Werte von 100 Millionen Mark.“

Daß das Reichselektromonopol und auch aus der Petroleum-Flaverei der amerikanischen Dollar magnaten befreit, versteht sich am Rande. „Durch das Elektrizitätsmonopol machen wir einerseits uns frei von den „Petroleumkönigen“ und behalten unser Gold im Lande, zumal wir dann noch „so ein besseres und billigeres Licht haben werden!“

Dieses billige Licht ist der Haupttrumpf des Verfassers. Nur schade, daß das wie und wo, das drum und dran immer sein Geheimnis bleibt. Er verstaatlicht die jetzt bestehenden elektrischen Maschinenwerke und zwar so, daß die Aktionäre und die sonstigen daran beteiligten Personen keinen Schaden erleiden“, leitet den Agrariern 2 1/2 Millionen Pferdekraft bis in die entferntesten Klüften, fabriziert für hundert Millionen billigen Salpeter, verdrängt durch Unterbietung das Petroleum, und wirtschaftet noch im Hundsdreieck für das Reich so viele hunderte neuer Millionen, heraus, daß nicht nur die Matrifikularbeiträge in Wegfall kommen können, sondern auch neue Steuern auf Jahre hinaus unnötig werden! In der Tat, welch ein Hegenmeister!!

Und doch gibt's nichts Leichteres wie das. Ein ganz klein wenig läßt uns der Verfasser in seine Karten gucken. „Demnach“, sagt er, „um die elektrische Energie billig herzustellen, müssen wir unsere großen Zentralkwerke unmittelbar an den Kohlenquellen erbauen!“ Ach herrje, diese kindlich einfache Lösung ist also der Zauberstab, der so viele Millionen hervorbringen läßt! — Und das hat außer dem Verfasser noch niemand gewagt?

Sollte das deutsche Volk aber wirklich so verblendet sein, nicht sofort mit beiden Händen nach dem wundervollenden Elektromonopol zu greifen, will sich sein Verfechter auch zunächst mit einem Reichskonzeptionsystem sämtlicher Elektrizitätswerke als Uebergangsstadium begnügen. Hierbei lassen sich seine Vorschläge schon eher hören! Jedes Elektrizitätswerk bedarf z. B. der Konzession und bekommt ein gewisses Gebiet zur Licht- und Kraftversorgung überwiesen, wobei auch die konsumärmeren Bezirke bei gegebenen Vorbedingungen zu versorgen sind. Eine oberste Preisgrenze ist festzusetzen mit der

Ergänzung, daß bei Abwerfen eines gewissen Gewinnes, z. B. sechs Prozent Dividende, die Preise herabgesetzt werden müssen. Dem Reiche wird nach Ablauf einer Reihe von Jahren oder nach Ablauf der Konzessionszeit das Ankaufsrecht bezüglich Rückfallrecht vorbehalten. Die Entschädigungssumme wird in Prozenten des wirklichen Herstellungs- oder Anlagewertes, nicht vom Rentabilitäts- werte durch gerichtliche Taxe bestimmt.

Doch das ist nur ein Vorbehalt, im übrigen ist es dem Verfasser um den Erfolg seines Vorschlages durchaus nicht bange. „Ein energischer und geschickter Politiker muß das Gele durchbringen können“, schreibt er; „es wird ihm gelingen, die in den Verhandlungen zutage tretenden Gegensätze zu überbrücken: „Ihr erhaltet besseres und billigeres Licht, billigere Arbeitskräfte; Euer ganzes Leben wird angenehmer, bequemer und billiger. Auch braucht Ihr lange Zeit keine neuen Steuern zu zahlen! Im Hintergrunde liegen dann noch für den Reichsfinanzminister, für das Reich: Die vielen neuen Millionen!“

Die äußere Linke brauchen wir an und für sich bei Einigkeit der übrigen Parteien nicht zu fürchten; abgesehen aber davon wird sie gegen das Elektrizitätsmonopol wenig anknüpfen; denn was sollte ihr denn erwünschter sein als einzustimmen in den Ruf: „Nieder mit dem Kapitalismus“, es müßte denn sein, daß sie sich selbst verleugnete. Für ihre Arbeiter, welche jetzt in der deutschen elektrischen Industrie tätig sind, bedeutet die Monopolisierung größtenteils nur einen Fixrentenwechsel, und dazu bringen wir ihnen noch im Staatsbetriebe gleichmäßigere, bessere Lohnverhältnisse und eine gesichertere Alterspension, als wie sie dieselbe bei den Privatwerken haben.“

Wie sich doch in manchem Kopfe die Welt malt? Von allen Arbeitgeberern Deutschlands ist dessen führender Staat, Preußen, der Inauferigste, der die niedrigsten Löhne zahlendste, der arbeiterfeindlichste! Das Los der preussischen Staatsarbeiter schreit zum Himmel. Und in solche Hände sollte die Arbeiterschaft abermals freiwillig das wirtschaftliche Schicksal tausender von Arbeitsgenossen legen?

Und welches System ist wohl rückständiger, wirtschaftsfeindlicher als der Sozialismus des preussischen Staates? Spricht die Verwaltung der preussischen Staatsbahnen nicht Vände? Und einem solchen Systeme sollte die Industrie sich in einer ihrer wichtigsten Existenz- und Konkurrenzfragen, wie die elektrische Kraft es ist, auf Gnade und Ungnade überantworten! Wie groß immer der Hurra- und Prozentpatriotismus unserer Industrie- und Panzerplattenmagnaten auch sein mag, der Preis des Elektromonopols ist ihnen sicher für eine jede Reichsfinanzreform zu hoch!

Aber da keine Geschenke die Freundschaft erhalten, und um das größere Uebel des Elektromonopols abzuwehren, ist es wohl möglich, daß sich die Industrie für irgend eine Besteuerung und damit Verteuerung der elektrischen Kraft gewinnen läßt. Die Arbeiterschaft aber wird auch jeder Elektrizitätssteuer den heftigsten Widerstand entgegensetzen. Weiß sie doch nur zu gut, daß schließlich all die Kosten einer solchen Steuer auf irgend eine Weise aus ihrer Haut geschnitten werden! Und dem System des Militarismus, Marinismus und Kapitalismus zählt sie freiwillig keinen Groschen!

Die übrigens der Verfasser dem springenden Punkte seiner Arbeit näher tritt, gibt er zunächst längere, juristische Ausführungen über Wesen, Stellung und Art der Elektrizität im heutigen privaten und staatlichen Rechtswesen. Sie führen ihn zu der Forderung eines besonderen Elektrizitätsgesetzes für das Reich, das alle noch offenen oder strittigen Rechtsfragen in bezug auf die elektrische Kraft besonders regeln soll.

Advertisement for JOSETTI VERA m. Mundstück CIGARETTEN. Text: Um vielseitigen Wünschen Rechnung zu tragen, werden die allgemein beliebten VERA-CIGARETTEN ebenfalls auch m. Mundstück hergestellt. JOSETTI VERA m. Mundstück CIGARETTEN enthalten dieselbe künstliche Mischung wie Vera ohne Mundstück, die stets bei allen urteilsfähigen Rauchern in bestem Ruf gestanden. Josetti-Vera m.M. 10 St. 30 Pfg.

Advertisement for Einsegnungs-Anzüge and Prüfungs-Anzüge. Text: Einsegnungs-Anzüge. Reichhaltigste Auswahl in den neuesten Moden u. Webarten, Kammgarnen, Satins, Cheviots, Drapés, Meltons, Tuchen usw. 33.-30.-27.-24.-21.-18.-15.-12 u. Prüfungs-Anzüge. Moderne, gemusterte Webarten in Cheviots, Buckskins, Kammgarnen usw. allerneuester Geschmacksrichtungen, 27.-24.-21.-18.-15.-12.-10 u. Neuzeitige Herbst- und Winter-Moden für unsere feine Maßarbeit zu sehr mäßigen Preisen.

Advertisement for Juhre & König. Text: Auf Teilzahlung wöchentlich nur 1 Mark! Große Auswahl Uhren, Goldwaren jeder Art, Zithern, Phonographen, Grammophone, Musikwerke usw. Verkauf von Prima Platten und Walzen. Juhre & König, jetzt in Berlin, Warschauer Straße 68, 1. Etage, und Reinickendorfer Straße 101, 1. Etage.

Advertisement for Urbin Bester Schuh Putz. Text: Urbin Bester Schuh Putz. In Dosen zu 10, 20 und 25 Pf. überall erhältlich. Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Advertisement for Elektro-Technik. Text: Berlin, Alte Jakobstr. 124. Elektro-Technik gegr. 1874. Eis. Fabrik. Elektro-Maschinen, Bau, Angewandte Technik, Vertikales, Monteur-Ausbildung, staatl. inspiert. Neuer Abendkursus. Prospekt kostenfrei.

Advertisement for Baer Sohn. Text: Baer Sohn. Spezial-Haus größten Maßstabes. Chausseestraße 29-30 11 Brückenstraße 11 Gr. Frankfurter Str. 20. Der Haupt-Katalog Nr. 34 (Neueste Moden 1908) kostenlos und portofrei.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

(Siehe Wochen-Spielplan.)
Sonntag, den 30. August:
Freie Volkstheater. Nachmittags 3 Uhr: 1. Abteilung im Neuen Schauspielhaus: Die Kinder der Erde.
4. Abteilung: nachmittags 3 Uhr im Lessing-Theater: Die verfunzene Glocke.
11. Abteilung: nachmittags 3 Uhr im Thalia-Theater: Leben.
Montag den 6. September.
12. (1.) Abteilung: abends 7 Uhr im Neuen Schauspielhaus: Faust. (1. Teil.)

Hebbel-Theater.
Königsgraber Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Franz Werrens Gewerbe.
Drama in 4 Akten v. Bernard Shaw.
Montag: Untrüme.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Baccarat.
Montag: Baccarat.
Dienstag zum erstenmal: Außerhalb der Gesellschaft.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:

Der Floh im Ohr.
Schwan in 3 Akten von G. Feydeau.
Deutsch von Hoff-Jacoby.
Morgen und folgende Tage: Der Floh im Ohr.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Sonntag, den 30. August, abends 8 Uhr, zum Besten der Abgeordneten in Donaueingängen: Die Diebin.
Montag: Gefährten.
Eröffnung d. Winter-Saison 1. Sept.: Egmont.

Apollo Theater.
Ab 8 Uhr: Zum letztenmal an einem Sonntag! Die grandiosen Attraktionen. — 9¹/₂ Uhr:

Vera Violetta.
Grandiose Operette von Ed. Scharf.
10¹/₂ Uhr: Neu! Paul Spadoni in seinen Reuehellen.
Vor der Vorst.: Garten-Konzert.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Ein Walzertraum.
Operette von Oscar Strauß.
Sonntag, 6. September, nachm. 3¹/₂ Uhr, zu halben Preisen: Die lustige Witwe.

WINTERGARTEN

Eröffnungs-Programm.
The Zancigs — Joseph Josephi, Sänger — Ephraim Thompson, dressierte Elefant — Okaba, Japaner-Truppe — Die 5 Nowatts, Koulou-Jongleure — Die 12 Tiller-Girls, engl. Gesangs- u. Tanztruppe — Cornalia und Eddie, amerikanische Exzentriks — Der Zukunftspreis, Wettrennen m. lebenden Pferden. Karl Hertz, Zaubermeister. Boyer de Lafory, französ. Sängerin. Der Biograph.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57

Das kommt davon!
mit dem Vorspiel:
Es lebe das Nachtleben.
Komödie in 3 Akten von Anton und Donat Herrnfeld.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
Montag 8 Uhr:
Die Gletscher der Hochgebirge und die Elzezeit unserer Heimat.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Heute Sonntag: 50 Pf.
Eintritt:
Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.
Ab nachmittags 4 Uhr:
Militär-Dopp.-Konzert
Morgen, sowie täglich:
Gr. Militär-Konzert.

Berliner Aquarium
Unter den Linden 68a
Eingang Sobadow-Straße No. 14.
Heute Sonntag Eintrittspreis
25 Pf.
Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Sektoren, Reptilien etc. 152/1

Metropol-Theater
Zum 347. Male:
Das muß man seh'n.
Revue in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.
Anfang 8 Uhr. Mäuschen gefaltet!

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Dienstag, 1. September, ab. 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Oper in 3 Akten. Musik v. Leo Fall.

Lortzing-Theater
Welle-Blancestraße 7/8.
Heute 8 Uhr:
Singspiel Hedwig Lange.
Zaza.

Luisen-Theater.
Nachmittags zu kleinen Preisen:
Suse.
Abends 8 Uhr:
Staatsanwalt Alexander.
Montag: Staatsanwalt Alexander.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Volksgarten-Theater
— am Dönhofs-Geländebrunnen. —
Heute:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Neues Riesen-Programm.
„Mit Geißeln die Feine.“
Ab. 9¹/₂ Uhr: Gaddia II, Todessturz.

Passage-Theater.
Heute zwei Vorstellungen.
Nachm. 3-7 Uhr (kleine Preise).
Abends 8-11 Uhr.
BELLINI
der König aller Gedankenleser
mit seinen noch nie gesehnen, ans Unglaubliche grenzenden Gedankentransmissionen: Das großartige August-Programm! Grete Gallus, Fritz Steidl usw. usw.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Oranienstr. 16.
Zum letztenmal:
Angeklagt!
Auf d. Konzerts 6. d. Vorstellung 7 Uhr.
Eintritt 30 Pf. — Tanz.
Montag Beachtlich für das Hauspersonal: Die Waise a. Lowood.

Reichshallen-Theater
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anf. Hochtags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Garten und Restaurant: Militär-Konzert.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.) Moritz-Oper.
Sonntag, nachm. 3 Uhr,
bei halben Preisen zum letztenmal:
Undine.
Romantisch-komische Oper in 4 Akten von Albert Lortzing.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Zum letztenmal: **Die Jüdin.**
Große Oper in 5 Akten v. F. Halévy.
Montag, abends 8 Uhr:
letzte Opernvorst. d. halben Preisen:
Fidelio.
Große Oper in 3 Aufzügen von Ludwig v. Beethoven.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Wiedereröffnung der Schauspielkassen.
Der Richter von Zalamea.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Hans Hucklebein.
Schwank in 3 Akten v. D. Blumenthal und Gustav Kadelburg.
Montag, abends 8 Uhr:
Ein Fallissement.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Das Stiftungsfest.

Castan's Panoptikum
Friedrichstraße 165
(Ecke Behrenstraße) Pachorpalast.

Ohne Extra-Entree! Letzter Sonntag! GOLDINI
Vom 1. September ab ohne Extra-Entree: Im Reiche der Zwerge!

Diez' Seeterrasse, Lichtenberg

Roederstr. 11-13. Die breite Roederstraße verbindet Händel-berger Allee mit der Stadt Lichtenberg. 25 000 Personen fassend. 11 000 qm großer See. Fahrverbindungen ab Alexanderplatz: Linien 58, 64, 65, 66, 67, 68 usw. Heute sowie abends 8 Uhr: **Gr. Konzert** jeden Sonntag: **besten Turmseilkünstler der Welt** **Erstklassiges Spezialitäten-Theater und Ball.** 15 Ausdauerboote. X Riesen-Rastereisbe. X Vier verbedte Regelbahnen. Weltbestleistungen. — Anfang 2 Uhr. — **Theater frei.** Bei ungünstiger Witterung Schuß für 6000 Personen. * Eintr. 20 Pf., Kinder unter 12 Jahren in Begleitung Erwachsener frei.

Diez' Spezialitäten-Theater
Landsberger Allee 76/79, direkt Ringbahn-Station. Beste Gelegenheit nach allen Stadtrichtungen. Ob schön! Ob Regen! **Täglich:** Das neue und beste Programm Berlins. Anf. 3 Uhr. Entree Wochen. 20, Sonntags 30 Pf. Täglich: Volksbelustigungen aller Art.

Folies-Caprice
Durchschlagender Erfolg!
Die lästige Witwe.
Die Brautschau. — Bunter Teil. Vorverkauf von 11-2 Uhr an der Theaterkasse.

Walhalla-Varieté-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor. Anfang 8 Uhr. Nur noch wenige Tage! Das große August-Programm.

Schweizer Garten.

Am Königstor — Am Friedrichshain. Täglich: Theater-Vorstellung, Spezialitäten und Ball. Jeden Abend 10 Uhr: **Berliner Leben.** Volkshaus mit Gesang in 3 Bildern. Jeden Mittwoch: **Kinderfreudensest.** Volksbelustigungen. Kinematograph. Entree 30 Pf. An Wochentagen ist Saal u. Garten an Vereine zu Festlichkeiten zu vergeben.

Gstbahn-Park

Am Klärtrierplatz, Rüdigerdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Brunnen-Theater

Waldstraße 58. Direkt.: Willi Voigt. Täglich:
Der Fluch des Goldes.
Erstklassige Spezialitäten. The Heroa Kurt Ellys Paul Coradini, Mr. King and Miss Cooke **Büblers** 8 tolle Königsböwen. Vorverkauf von 10 Uhr ab. Sonnabend, 5. September: Große Benefizvorstellung für das Schauspielpersonal: „Mit vollen Segeln.“

Berliner Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9.
Berlin wie es weint und lacht.
Volksstück mit Ges. in 3 Akten und erstklassige Spezialitäten. Anf. Sonnt. 4 Uhr, Wochent. 4¹/₂ Uhr. Im Saale: Täglich gr. Ball.

Gustav Behrens-Theater. Goltzstr. 9.
Neu! Neu! Neu! **Die Guldenprinzessin.** Operette. Wiederanstreten von Gustav Bohrens und 10 erstklassige Spezialitäten. Dudes Kinematograph. Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr

Max Kliems Sommer-Theater.

Hasenheide 13-15. —
Artifizielle Leitung: Bernhard Lange. Täglich: **Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.** Mittwoch: Kinderfest. Donnerstag: Elite-Tag.

Parodie-Theater

Drebbener Straße 97.
Heute: **Cavalleria-Rustikana** und die urkomische Parodie „Berlin steht Kopf“. Anfang Sonnt. 8, Wochent. 8¹/₂ Uhr.

Neue Welt

Hasenheide 108-114.
Gr. Bayerisches Kellerfest
Heute: **Letzter Tag.** Abschieds-Konzert. **Baron Muckls Bauernkapelle.**

Sanssouci, Kottbuser

Direktion Wilhelm Reimer. Montag, Donnerstag und Sonntag:
Hoffmanns Nord. Sänger und Tanztruppe. Einakter, Ensembleszenen. Vielseitige Vorträge in Wort und Lied usw. Beg. Sonnt. 3, Wochent. 8¹/₂ Uhr. Morgen: **Große Elite-Soiree.** Tanz.

Freie Jugendorganisation

BERLIN

Sonnabend, den 5. September, in **Kellers Festsälen** (Inhaber Freyer), Koppensstraße 29:

4. Stiftungsfest

und Begrüßungsfeier der auswärtigen Delegierten

Mitwirkende:
Konzert: Neues Tonkünstler-Orchester. Dirigent: Herr Franz Hollfelder.
Gesang: Fräulein Helene Hartwig, Herzoglich braunschweig. Hofopernsängerin.
Festrede: Schriftsteller Dr. Max Grünwald.
Marmorgruppen, ausgeführt von Mitgliedern des Vereins.

TANZ.
Für Herren 30 Pf. Nachzahlung. Eröffnung 7¹/₂ Uhr. Anfang 8¹/₂ Uhr. Eintritt 30 Pf. Programm frei. Während der Aufführung bleiben die Saaltüren geschlossen. Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Der Festausschuß.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein
Mitglied d. Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Sonnabend, den 5. September, in den Räumen der Brauerei Friedrichshain Am Friedrichshain 22/23:

4. Stiftungsfest.

Ball bei doppeltem Orchester. Auftreten der Gesellschaft Paul Jescheck. Reigenfahrten der 3., 4. und 6. Abteilung. **Rutschbahn und anderes.** Eintritt 50 Pf. x x x x x Anfang 8 Uhr.

Billets sind zu haben in den Fahrradhäusern „Frisch auf“, Brunnenstr. 35 und Kottbuser Straße 9.

Casino-Theater
Lortzinger Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Familie August Knoche.
Berliner Gesangsschule in 3 Akten. August Knoche: Dir. Hans Berg. Vorher d. glänzende Eröffnungsprog.

Fröhels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Täglich:
Mit vollen Segeln.
Lebensbild in 3 Akten. Dazu: **erstklassige Spezialitäten.**

Karlsgraben Rixdorf.
Karlsgraben-Straße 10-11.
Sommer-Spielplan. Jeden Montag: **Apollo-Sänger.** Mittwoch, Sonnabend, Sonntag: **Spezialitäten und Theater.** Vorher: **Garten-Konzert.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47-49.
Sonntag, den 30. August:
Einquartierung
Voffe in 4 Akten. Vorf. in Vertretung. Die tolle Lolo. Anf. d. Vorf. 6, Konz. 5, Kassensch. 4 Uhr. Nach der Vorstellung: **Tanz.** Jed. Montag: **Soiree d. Lust. Sänger.**

Moerners Blumengarten
Ober-Schöneweide a. d. Oberspre. Ins.: **Alb. Moerner.** (Neues Konzerthaus.) Heute:
Extra-Reunion. (Leitung: Tanglehrer Sachs.) für Vereine und Gewerkschaften im Sommer noch Sonnabende zu vergeben. Bedingungen in bekannter Infanterie Weise.

Stad-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47-49.
Sonntag, den 30. August:
Einquartierung
Voffe in 4 Akten. Vorf. in Vertretung. Die tolle Lolo. Anf. d. Vorf. 6, Konz. 5, Kassensch. 4 Uhr. Nach der Vorstellung: **Tanz.** Jed. Montag: **Soiree d. Lust. Sänger.**

Stad-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47-49.
Sonntag, den 30. August:
Einquartierung
Voffe in 4 Akten. Vorf. in Vertretung. Die tolle Lolo. Anf. d. Vorf. 6, Konz. 5, Kassensch. 4 Uhr. Nach der Vorstellung: **Tanz.** Jed. Montag: **Soiree d. Lust. Sänger.**

Stad-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47-49.
Sonntag, den 30. August:
Einquartierung
Voffe in 4 Akten. Vorf. in Vertretung. Die tolle Lolo. Anf. d. Vorf. 6, Konz. 5, Kassensch. 4 Uhr. Nach der Vorstellung: **Tanz.** Jed. Montag: **Soiree d. Lust. Sänger.**

Graumann's Festsäle und Garten.
27 Naunynstr. 27.
Bühne. 3 Kegelbahnen.
Sonnabend, der 19. September frei geworden.

Joseph Frankes Festsäle
Badstraße 19. Fernsprecher: Amt III 494.
Empfehle meine täglich neu umgebauten Festsäle, 150-1000 Personen fassend, zu Vereinsfestlichkeiten und Versammlungen.
Sonnabende im September und Oktober noch frei.

Restaurant Gewerkschafts-haus.
Engelkuf 15.
Menu 75 Pf.
Heute Sonntag:
Döfenschwanzsuppe.
Lachs mit Champignonsauce oder
Bayerisch Kraut mit Schotel.
Damburger Kalbsbraten
oder gepökelter Rinderbraten.
Kompott oder Salat.
Reichhaltige Abendkarte.
R. Augustin.
Alhambra
Wallner-Theaterstraße 15.
Jeden Sonntag: **Großer Ball**
Großes Orchester. Anfang Sonntag
5 Uhr. A. Zamiatat.

Markgrafen-Säle
Markgrafendamm 24, Amt VII 4277
H. Hermann Scholtz.
Heute: **Gr. Ball.**
Säle von 100-1000 Personen zu
Festlichkeiten und Versammlungen.
2 Kegelbahnen.
K. Gruppe's Festsäle
40682* Annenstr. 16.
Säle zu allen Festlichkeiten,
Große Vereinszimmer.
Vorzügl. Küche. Solide Preise.
Mittagstisch täglich 3 Gerichte,
50 und 60 Pf.

Widmung, Vereine!
Märkischer Hof
Amt IV, 4591, Admiralstraße 18 a.
Der große Saal Sonnabend, den
8. Oktober frei! Kleiner Saal 80 bis
120 Personen, mehrere Sonnabende,
auch zu Hochzeiten jeder Art. Sonntag
Großer Ball. 40682*
Für Parteilose und Freunde
zur Widmung, daß ich
Euchenerstraße 2
die Restauration übernommen habe.
Ein Vereinszimmer (40 Personen
fassend) ist noch einige Tage zu vergeben.
Nachachtungswoll **Heinrich John.**
Empfehle den Gewerkschaften usw.
mein **Sokal zu Werkstätten-**
sitzungen. Zimmer für 30 bis 70
Personen. Zahlstelle des Deutschen
Metallarbeiter-Vereins, der
Schneider-Krausentafel. 33193*
Witwe Kürbis,
Luisenstr. 26.

Über 100 Morgen
neu aufgeschlossenes Gelände,
5 Minuten vom Bahnhof
Kaulsdorf
20 Pfennig-Tour
Güterbhf. 6-jähr. Ansiedlung,
billige Wohnungen, bester
Lehmig, Gartenerde, Gas- u.
Wasserleit., günstig. Lage,
bedeutung. langjähr. Hypothek.
Best. noch
Fr. von 10 M. an.
Kaufkraft auf unser Terrain
an d. Hönowerstraße u. im
West. Bobey. — Verkäufer:
Nieschalke & Nitsche
Berlin, Neue Königstr. 16

Ohne Anzahlung! Portieren,
Gardinen, Steppdecken, Teppiche, Uhren,
Bettwäsche und **kleine Käten!**
Federbetten.
L. Nataner, Auguststr. 50.
Nur Vorkasse erbeten.
Wer - Stoff - hat
fertige Anzüge nach Maß 20 M.
Zabelhofer Str., haltbare Futterstoffe.
Bei Stofflieferung billige Preise.
Franko, Uckerstraße 143,
85242* Ede Invalidentroste.

Möbel
kaufen Sie am billigsten und besten
beim Fabrikanten
Emil Ruflar
Tischler-Innungmeister
BERLIN S. (am Moritzplatz)
Prinzenstr. 34
Langjährige Garantie!
Teilzahlung.
Gegründ. 1893. ☐ Tel. IV. 473.

Zweiter Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Sonntag, den 6. September 1908:

Volksfest

in den Gesamtträumen
der Berliner Bock-Brauerei (am Tempelhofer Berg).

Konzert * Gesang * Tanz

Vorführung lebender Photographien

Turnerische Aufführungen * Kinderspiele

Mitwirkende: Berliner Sinfonie-Orchester (Dirigent: Maximilian Fischer) *
Gesangverein „Kreuzberger Harmonie“ (Chormeister Botho Frank) *
Mitglieder des Arbeiter-Turnerbundes. III/15*

Von 6 Uhr ab im großen Saale: **BALL.** Herren, welche daran teilnehmen,
zahlen 50 Pfennig nach.

Fackelzug: Jedes Kind erhält am Eingang einen Bon zur Stocklaterne gratis.

Kinderspiele unter Leitung bewährter Turnerinnen und Turner
von 1/5-1/7 Uhr

Die Kaffeeküche ist von 2 bis 6 Uhr geöffnet.

Eröffnung 2 Uhr **Anfang 4 Uhr.**

Eintritt: im Vorverkauf 20 Pfennig, an der Kasse 30 Pfennig
Programm gratis!

Um zahlreiche Beteiligung bitte!

Das Komitee.

Sozialdemokratischer Verein
im
5. Berliner Wahlkreis

Sonntag, den 30. August 1908

Großes Sommer-Fest

in der
Brauerei Friedrichshain

(Lippa) - am Königstor.

Im Garten

Sinfonie-Konzert

Direktion: Maximilian Fischer.

Große Spezialitäten-Vorstellung

Auftreten des

Berliner Ulk-Trio, der Freien Turner u. a. m.

Im großen Saale: **TANZ.** Herren, die daran teilnehmen,
zahlen 50 Pf. nach.

Kinder erhalten zwei Bons gratis, einen für eine Stocklaterne, einen
für die Schaukel. - Abends: **Großer Kinder-Fackelzug.**

Anfang des Konzerts 4 Uhr. **Eintritt 30 Pf.**

Programm am Eingang gratis.

Um zahlreichen Besuch bitte! **Das Komitee.**

Schwarzer
Friedrichsberg



Adler
Frankfurter Chaussee 5
(früher 120).

Stadtbahnstation Frankf. Allee. Inh.: **Gebr. Arnhold.** Fernspr. Friedrichsberg No. 3.

Jeden Sonntag:

Gr. Künstler-Konzert und Gr. Spezialitäten-Vorstellung
Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf.

Jeden Mittwoch:

Gr. Militär-Konzert ausgeführt von der Jugendwehr und
Soiree der Apollo-Sänger.

Anfang 8 Uhr. 3528L*

Wo wollen wir uns heute amüsieren?

In **Buss-Ball-Salon,**
Inh. Franz Tauer, Gr. Frankfurterstr. 95.
Heute: **Großer Ball** bei freiem
Entree.
Reine Säle stehen den geehrten
Bereinen im November einige Sonn-
abende zur Verfügung. 13145

Hoffjäger-Palast-Festsäle.

Hasenheide 82/83. Fr. Gustavus. Fernspr. Amt IV, 1980.
Empfehle meine Säle, 150-1500 Personen fassend, zu Vereinsfestlichkeiten
und Versammlungen usw. 37650*

**Für die Wintersaison sind noch Sonnabende
und Sonntage zu vergeben.**

Hagenbeck-Schau

Berlin, König-, Ecke Neue Friedrichstraße. 219,8*
Täglich abends 8 Uhr: **Große Vorstellung.**
Jeden Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend 2 große Vorstellungen, nachm. 4 u. abends 8 Uhr.
Jeden Sonntag von 11 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr Besichtigung u. Fütterung der Raubtiere.
Jeden Wochentag ab 10 Uhr vorm. bis 12 1/2 Uhr mittags hochinteressante Raubtierdressur-Proben.
Besichtig. u. Fütterung d. Raubtiere geg. ein Entree v. 50 Pf. f. Erwachs. u. 25 Pf. f. Kinder.

von der Waisen-Brücke
Täglich nach Voigts Krampenburg (Berliner
Alpen),
berühmt an den drei höchsten Seen und am Fuße der Riesengebirge gelegen.
Abfahrt 2 Uhr nachm. Fahrpreis hin und zurück 50 Pf., Kinder 25 Pf.
Heute 2 Uhr: Gr. Promenadenfahrt nach Voigts Krampenburg (in Raftkapelle)
hin u. zurück 50 Pf., Kinder 25 Pf. - Am Donnerstag, den 3./9. 7 1/2 Uhr,
ab **Weidenhammer Brücke:** Letzte Fahrt nach Brandenburg a. Havel.
Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin. Tel. Amt 7, 580, 13450.

Achtung! Achtung!
Die Liste bitten wir aufzubewahren!

Nachtrag
zur großen Liste der bewilligten Bäckereien Berlins u. Umgegend
vom 5. April 1908.

Bewilligte Bäckereien.
Anfragen werden bereitwilligst beantwortet!
Zur besonderen Beachtung!

Am Sonntag, den 4. Oktober, erscheint wiederum die große Liste
sämtlicher bewilligten Bäckereien.

- | | |
|---|--|
| Kleine Androsstr. 7, Hjerse.
Klinkerstr. 24, Hante.
48, Hante.
57, Ober.
Fahstr. 37a, Schlemmer.
Barnimstr. 35, Benthus.
Brühlstr. 56, Herholz.
Birkenstr. 32, Franke.
Brühlstr. 5, de Brün.
8, Kalk.
Börsstr. 8, Wähle.
Büchstr. 1, Böller.
Carmen-Straße 168, Strauß.
Grunzstr. 42, G. v. Niemen.
Dolgerstr. 48, Peter.
Dresdenerstr. 11, Adler.
Grasmostr. 12, Hemming.
Fehrbellinerstr. 78, Häßelbarth.
Friedenwalderstr. 28, B. Hante.
Friedrichstr. 30, Gebr. Dobrid.
Gentlerstr. 4, Pawl.
Glogauerstr. 26, Lache.
Gropiusstr. 6, Müller.
Gräberstr. 4, Wathias.
10, Bente.
Grunzstr. 22, Dehmann.
Griedenowstr. 14, Reustel.
Grenthalerstr. 12, Schulz.
Gubenstr. 42, Emsel.
Dennigsdorferstr. 18, Hof. Paulja.
Hülstenerstr. 28, Reigenind.
Kastanien-Allee 46, Böhm.
Kleine Karlsruhstr. 12/13, Hjerse.
Kopenhagenerstr. 43, Ernst.
Kosfordstr. 2, Müller.
Lübauerstr. 17, Oed.
Lütnerstr. 14, Swoboda.
Lützowstr. 6, Bödner.
Märkerstr. 6, Griebel.
Moxenburgerstr. 22, Reichert.
Remelerstr. 12, Hjerse.
77, Rechner.
Ruhstr. 10, Grundmann.
Ruhstr. 6, Dalmian.
13, Rattmann.
Oppelnerstr. 24, Müller.
Rappell-Allee 88, Adolph.
Rantstr. 14b, Eberhardt.
46, Gänther.
Rauherstr. 46, Blume.
Reinholdstr. 42, Joch.
Radenstr. 1, Wan.
Reinholdsdorferstr. 121, Eberhardt.
Romintenerstr. 20, Därowitz.
41, Bremer.
Rostockerstr. 40, Eißel.
Rudstr. 32, Reichert.
Samsonstr. 23, Hundsdorfer.
Schaeferstr. 1, Gärner.
Schönfelderstr. 3/4, Klopff.
Schreinerstr. 19, Peter.
Schulstr. 28, Raumann.
Schwedterstr. 240, Reustel.
Stargarderstr. 57, H. Peter.
Stettinerstr. 54, Reichmann.
Stolpferstr. 33, Donat.
54, H. Peter.
Streckerstr. 15, v. Grabowitz.
Swinemünderstr. 64, Sibod.
90, Wschendorf.
93, Schuberl.
Tegelestr. 23, Dabitz.
Tiedstr. 16, Kleine.
Tüsterstr. 20, Geisner. | Tredowstr. 56, Hjerse.
57, Bede.
Treffstr. 9, Sehn.
Waldstr. 155, Aug. Peter.
Waldstr. 8, Jahn.
Wilhelmshäuserstr. 23, George.
Wilsdorferstr. 3, Schulz.
74, Aug. Peter.
Wollmerstr. 44, Schulte.
Wollmerstr. 2, Wloger.
Adlershof.
Kandstr. 7a, Kaufhold.
Charlottenburg.
Gorstweg 31, Koltzko.
Baumschulenweg.
Kiehlstr. 179, Lettau.
Boxhagen - Rummelsburg.
Gochstr. 16, Kurts.
Kroffenerstr. 2, E. Kroll.
Neue Wein-Alberstr. 12, Peter.
30, Rofmann.
Reus Bahnhöfstr. 34, Nept.
Schandorferstr. 10, Peter.
Schillerstr. 8, Böhm.
16, Peter.
Türschmüblerstr. 38, Peter.
Köpenick.
Bergmannstr. 6, Bergmann.
Kaiser-Wilhelmstr. 100, Wieland.
Lichtenberg.
Jungstr. 3, Peter.
Karlensbergstr. 68, Peter.
Reiserstr. 22, Mittelstedt.
Nieder-Schönhausen.
Adnerstr. 8, Fischer.
Ober-Schönauweide.
Baitstr. 12, Jahl.
Pankow.
Berlinerstr. 79, Dunder.
Görtschstr. 11, Baumann.
Rixdorf.
Bodestr. 16, Bayer.
Edestr. 6, März.
13, Seiffert.
Rappstr. 38, August.
Raustr. 13, Bernhardt.
Raustr. 30, H. Hoff.
Raustr. 33, Wiert.
Reuterstr. 94, Rofmann.
Rogatzstr. 25, Kleemann.
Rosa-Handwerkerstr. 70, Reimann.
Siegfriedstr. 44, Bräuner.
Teubnerstr. 109, Liebe.
Leptomerstr. 13, Krause.
Reiserstr. 179, Rosquardt.
Schöneberg.
Eisenacherstr. 63, Wähler.
Erdmannstr. 6, Friedrich.
Kryffhauerstr. 27, Ed. Hante.
Wilmersdorf.
Ringbahnstr. 246, Ed. Hante.
Wilhelmsruh.
Hauptstr. 30, Witzelhat. |
|---|--|

**Den Tarif haben durchbrochen und
gelten daher als zurückgezogen:**

- | | |
|---|---|
| Wittensteinerstr. 15, Ulrich Rastholz.
(neuer Inhaber, unterschreibt
nicht, hält treu zu seiner
Annung.)
Wochstr. 11, (Hartmann Rasth.).
Brandenburgerstr. 21, Peter.
Burgenerstr. 3, Hei.
Dänenstr. 5, Butze.
Danzigerstr. 70, Freitag.
Dieffenbacherstr. 27, Steinborn.
Frankfurterstr. 176, Aug. Hante.
Frankfurterstr. 45, Thiel.
Friedrichshägerstr. 13, Aug. Hante.
26, Guido Rasth.
30, Quandt.
Koloniestr. 71, Klopff. Rastholz.
Landsberger Allee 51, Seidner.
Landswehstr. 12, Hjerse.
Lichtenwalderstr. 10, Wiedermann.
Lübauerstr. 22, Aug. Hante.
Lübauerstr. 2, Ulrich Rasth.
Pantauerstr. 87, Zuck.
Rindbacherstr. 30, Gergan.
Rindbacherstr. 15, Reus.
Reus Hant. 45, Rasth.
Oberbergerstr. 33, Wuch.
Schandorferstr. 10, Kaufh.
Schulstr. 20, Hante.
Stallreiberstr. 60a, Dörver.
Schwedterstr. 49, Köchel.
Strahmannstr. 2, Fr. Hante.
24, Jander.
Torstr. 17, Blome. | Bohnsdorf.
O. Soke (der Sohn bewilligt nicht,
es wären jetzt andere Besitz
und Wenzgen).
Boxhagen.
Grünebergerstr. 10, Aug. Hante.
Schillerstr. 27, Wiedenburg.
Hermendorf.
Hauptstraße 33, Herrmann.
Köpenick.
Waldstr. 8, Ulrich Rasth.
Grünauerstr. 27, Krämer.
Lichtenberg und Neu-
Lichtenberg.
Hubertusstr. 53, Aug. Hante.
Schandorferstr. 24, Aug. Hante.
Sophienstr. 8, Schöning.
Nieder-Schönhausen.
Beuthstr. 11, Hjerse.
Ober-Schönauweide.
Stemensstr. 16, Linn.
Rixdorf.
Waldstr. 60. 1293
Schöneberg.
Sedanstr. 18, Stog Rasth.
Weißensee.
Friedrichstr. 1, H. Popp.
Lehberstr. 1, Hoffmann Rasth.
Sedanstr. 6, Hjerse.
Strahmannstr. 20, Vierhold. |
|---|---|
- Parteilosen! Hausfrauen! Arbeiter!**
Unterstützt nach wie vor die um ihre Menschenrechte
kämpfenden Bäcker-Gesellen.
Der Vertrauensmann der Bäcker Berlins und Umgegend.

Brunnen-
strasse 17-18.

H. Greifenhagen Nachf.

Veteranen-
strasse 1-2.

Aussteuer-Woche.

Grosser Extra-Verkauf hervorragend billiger Gelegenheitsposten

bis zur Hälfte des regulären Wertes.

Abgepasste Gardinen, weiss oder creme

Serie I	II	III	IV	V
1.45	1.95	2.65	3.85	4.85
Wert 2.25	2.00	2.75	3.75	4.50

Englisch Tüll-Stores, weiss oder creme

Serie I	II	III
1.95	2.95	3.95
Wert 2.00	2.50	3.00

Englisch Tüll-Gardinen, weiss oder creme

Serie I	II	III	IV
Meter 25	38	48	68 Pl.

bedeutend unter Preis

Körper-Spachtel-Rouleaus, weiss oder creme

Serie I	II
3.85	4.75
Wert bis 4.50	Wert bis 5.50

Körper-Spachtel-Vitragen, weiss oder creme

Serie I	II	III	IV	V
Fenster — 2 Scheib. 1.25	1.95	2.75	3.85	4.85
Wert 2.75	2.50	3.50	4.75	5.50

Tüll-Decken und -Läufer

kleine Decken	mittelgross	Läufer	Kammerdecken
Stück 9 Pl.	25 Pl.	48 Pl.	48 Pl.

Leinen-Waren und Wäschestoffe

Hemdentuche	Mtr.	28 Pl.	35 Pl.
Louisianatuch	Mtr.	45 Pl.	55 Pl.
Bettmast	Mtr.	65 Pl.	
Bett-Inlett	Mtr.	65 Pl.	
Züchen	Mtr.	55 Pl.	
Damast-Handtücher	mit Spruch 1/2 Dtl.	3.45	
Drell-Handtücher	1/2 Dtl.	2.35	

Schweizer Stickereien, Coupon durchweg 78 Pl. und 95 Pl.
Valenciennes-Spitzen und -Einsätze, ca. 6 cm breit, Coupon à 11 Meter. 90 Pl.
Schmale Valenciennes-Spitzen und -Einsätze, Coupon à 11 Meter. 35 Pl.
Tüllspitzen, Coupon à 4 1/2 Meter durchweg 90 Pl. und 1.15
Tüllstoffe Meter 70, 85, 95 Pl.
Filet-Einsätze Meter 5 bis 15 Pl.
Spachtel-Passen 48, 78, 95 Pl.

Seidene Bänder, Chiné 10-12 cm breit Meter 42 und 68 Pl. Taft-Chiné 10-12 cm breit Meter 95 Pl.

Damen-Gürtel aus gestreifter Silbertrasse 78 Pl. schwarze Gummi 58 Pl. buntpunktet 68 Pl.

Damenwäsche
Hemden Stück 1.15, 1.45, 1.95, 2.65
Piqué-Jacken Stück 1.65, 1.95
Piqué-Beinkleider Stück 1.65, 1.95, 2.25
Untertaillen aus Dickerstoff 95 Pl.

Schürzen. Weiss Tändelschürzen 68 Pl., 95 Pl., 1.15
Farbige Hausschürzen 85 Pl., 1.45

Reinseidene Blusenstoffe für die Hälfte des Wertes

Serie I	II	III	IV
Meter 95 Pl.	1.25	1.75	2.50
Wert 1.95	2.50	3.50	5.50

Ein Posten Kostümstoffe Mtr. 95 Pl.
Ein Posten Velours-Blusen mit Spitzen-Einsätzen Wert 2.50 **1.45**

Partei-Expeditionen:

- Zentrum I: Rich. Rinke, Kaiserstr. 89.
Zentrum II: Albert Dahnisch, Auguststr. 50, Eingang Kochstrasse.
- 2. Wahlkreis, Westen:** Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, Kochpartei.
Süden und Südwesten: Hermann Berner, Gneisenaustr. 72, Baden.
- 3. Wahlkreis:** St. Rich, Prinzstr. 31, Hof rechts part.
- 4. Wahlkreis:** Osten: Robert Bengels, Röhrenbohrerstr. 3, am Röhrenplatz — Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Baden).
- 4. Wahlkreis, Südosten:** Paul Böhm, Kaufherplatz 14/15 (Baden).
- 5. Wahlkreis:** Leo Sucht, Jannauellstr. 12 (Hof).
- 6. Wahlkreis (Hohbit und Hansaviertel):** Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Baden.
- Wedding:** Karl Reiche, Rosarethstr. 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Raftke, Uferstr. 36, Eingang Anflamerstrasse.
Gesundbrunnen: R. Frapp, Stettinerstr. 10.
Schönhäuser Vorstadt: Karl Mars, Dyckerstr. 123.
Alt-Glienicker: Wilhelm Dürre, Rudowstr. 83 II.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seelenmeisterstr. 1, Ecke Hochstrasse, Baden.
- Wilmsdorf-Balensee:** T. Bille, St. Martinstr. 5.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seifert, Kronprinzenstr. 50, I.
- Rummelsburg, Boxhagen:** H. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 56.
Grünau: Franz Klein, Bahnhöfstr. 6 III.
Bohnsdorf und Falkenberg: G. Pfeiffer, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus.
- Hixdorf:** M. Heinrich, Redarstr. 2, im Baden.
Schmargendorf: Gustav Kaminski, Gurostr. 2.
Schöneberg: Wilhelm Bäumer, Martin Lutherstr. 51, im Baden.
Tempelhof: M. Müller, Berlinerstr. 41/42.
Ober-Schöneweide: Julius Brunow, Edisonstr. 10, I.
Nieder-Schöneweide: Bonafowski, Haffelwerderstr. 2.
Johannisthal: Pielde, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
Adlershof: Erich Steuer, Hadenbergstr. 5, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Amtsgarten 3.
Köpenick: Friedrich Bold, Riecherstr. 6, Baden.
Friedenau-Steglitz-Südende: D. Bernsee, Schloßstr. 119, Hof I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: D. Mohr, Duppelstr. 32, und St. Schellhase, Hornstr. 15a.
- Mariendorf:** Hermann Reichardt, Chausseestr. 27.
Hammerschulweg: D. Herzig, Marienbaderstr. 13, I.
Treptow: Rob. Gramann, Niehölzstr. 412, Baden.
Neu-Weissenau: Kurt Fuhrmann, Sedanstr. 105, partiere.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: R. Gursch, Grünerweg 46 I.
- Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West:** Paul Rietach, Borsigwalde, Rauschstr. 10.
- Pankow-Niederschönhausen:** Wählenstr. 78.
Bernau-Börsental: Heinrich Bräse, Hohenstr. 74, part.
- Eichwalde, Zenithen, Miessdorf und Hanksels Ablage:** Erich Zimmermann, Eichwalde, Kaiser-Friedrich-Str. 8.
Teltow: Wilhelm Reiter, Obersteimweg 7.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Priesterstr. 46.
Spandau: R. Böppel, Jagowstr. 9.
Hahnsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheide, Hahnsdorf, Balderseestr. 14.

Wann haben Sie wieder Waschtage?

Probieren Sie dann ohne Kaufzwang meine Dampf-Schnell-Waschmaschine „Meteor“.
Prospekt No. 43 grat. u. franko. Tel. VI 7659.

Fritz Knoch, sw. 48, Puttkamerstr. 19.

Raucht Réunion-Cigaretten

Genaue nach Cairo Art

VINETA-NECO 878

HARMONIE-278

Hoppegarten

800 Morgen, direkt am Bahnhof, zu Villenbauzwecken, sehr billig mit 50 Mark Anzahlung und beliebig hohen Ratenzahlungen. Vornotierungen nimmt entgegen

Allgem. Bau- und Ansied.-Ges. m. b. H.

C. 25, Alexanderplatz 2.

„Herbstoli“

Zigaretten sind nicht ihr Gewicht in Gold wert, aber sie erwerben sich durch hervorragend würzigen und doch milden Geschmack und herrliches Aroma stets neue Anhänger.

12436+

Große Dampfer-Extrafahrten

nach **Wernsdorfer Schleuse** in der Nähe der **Gosener Berge.**
Jeden Sonntag, Montag, Mittwoch u. Donnerstag früh 9 1/2 Uhr, nachm. ab Schillingsbrücke. 2 Uhr, hin u. zurück 50 Pl. Sonntags 75 Pl.
Hierzu ladet freundlichst ein **Paul Schwedler,** Restaurant zum Ober-Opree-Kanal.
4096L*

Von nachmittags ca. 2 Uhr an (halb-) nach **Kyffhäuser.**
(Hänbl.) Sonntags 30 Pl., wochentags 20 Pl. Restaurant

Große Dampfer-Extra-Fahrten

Täglich: nach **Woltersdorfer Schleuse**
ab Schillingsbrücke früh 9 Uhr, nachm. 2 Uhr. Hin und zurück 50 Pl.
Sonntags: Hin 50 Pl., zurück 50 Pl.
Jeden Sonntag, Montag, nach **Wernsdorfer Schleuse.**
Mittwoch u. Donnerstag! (In der Nähe die **Gosener Berge.**)
früh 9 1/2, nachm. 2 Uhr. Hin u. zurück 50 Pl., Sonntags 75 Pl.

Wo amüsieren wir uns?

Im Krug zum grünen Kranze,
Ober-Schöneweide, Waldstr. 74.
Küche und Keller vorzüglich.
Bereinen und Gesellschaften bestens empfohlen. **Ernst Höflich.**

Berliner Bock-Brauerei
am Tempelhofer Berg.

Hiermit erlaube ich mir höflichst anzuzeigen, daß ich ab **1. Oktober cr.** die Oekonomie des obengenannten Etablissements übernehme.

Ich gestatte mir gleichzeitig, die Festsäle in jeder Größe, bis 4000 Personen fassend, mit großem Musikpodium (anerkannt beste Akustik) zu Festlichkeiten, Kommersens, Versammlungen usw. bestens zu empfehlen und bemerke hierbei noch, daß ich seit vielen Jahren das weithin bekannte und beliebte Etablissement „Paul Schwarz“ Sommer-Theater und Neue Festsäle in Lichtenberg geleitet habe. 4081L*

Zur evtl. Rücksprache stehe ich jederzeit gern zur Verfügung und wird es mein eifrigstes Bestreben sein, mir die Gunst des geehrten Publikums im höchsten Maße zu erringen.

Hochachtungsvoll
Max Schwarz,
Lichtenberg-Berlin, Dorfstraße 25-26.

Industrie-Fest-Säle

Benthstraße 20 Tel.: I, 1722. Benthstraße 20

Hiermit empfehle ich meine kleinen und großen Säle und Vereinszimmer, 50-1000 Personen fassend, zu Vereinstreffen, Versammlungen etc. sowie zur Abhaltung von Hochzeiten (eigene Küche) zu den günstigsten Bedingungen.

38132* **Hermann Götz.**

Partei-Angelegenheiten.

Die Parteikonferenz für die Provinz Brandenburg

Ernt heute im Gewerkschaftshaus zu ihrer Jahrestagung zusammen. Die Aufgaben, die ihrer harren, sind verschiedener Art; im wesentlichen lassen sie sich zusammenfassen in die Frage: In welcher Weise tragen wir am wirksamsten unsere sozialistischen Ideen unter die große Masse der erwerbstätigen Bevölkerung der Provinz?

An der Hand der gemachten Erfahrungen, die auf der Konferenz ausgetauscht werden, müssen immer neue Mittel und Wege gefunden werden, um die große Masse der uns fernstehenden zu uns herüberzuziehen, und schließlich ist ja die Frage der Agitation das A und O unserer ganzen Bewegung.

Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß die Genossen in der Provinz ihren Ehrgeiz darin erblicken, sich immer mehr auf eigene Füße zu stellen. Aus diesem Grunde haben die Organisationen der 18 Wahlkreise sich seit Monaten mit der Erörterung eines Einheitsstatuts beschäftigt, das heute seine endgültige Fassung erhalten soll. Die bisher recht lose Organisation für die Provinz Brandenburg soll eine festere werden, wie dies bereits in allen anderen Bezirksorganisationen Deutschlands der Fall ist. Das Einheitsstatut sieht vor eine Beitragsleistung von 30 Pf. monatlich für männliche und 20 Pf. für weibliche Mitglieder. Von diesen Beiträgen sollen 10% Proz. an das Provinzialsekretariat abgeliefert werden, um dieses in den Stand zu setzen, selbständiger zu werden und nicht dauernd Kostgänger von Berlin zu bleiben. Es liegen Anträge vor, nur 10 Proz. an das Sekretariat abzuführen, und den Frauenbeitrag auf 15 Pf. zu bemessen.

Wird dieser neuen Organisation auch der nötige Geist eingehaucht, so ist sie sicherlich geeignet, als Grundlage für eine wirksame Agitation wertvolle Dienste zu leisten. Natürlich müssen alle beteiligten Faktoren mithelfen, um die Agitation zu fördern. Gewerkschaften und Vereinigungen geselliger Natur, wie Radfahrer, Arbeiterturner und dergleichen können da manches tun, nicht zum wenigsten in der Lokalfrage, mit der es ja draußen auf dem Lande noch sehr schlecht bestellt ist.

Außer dieser für die Provinz so wichtigen Organisationsfrage stehen noch zwei Reserate über die verflozene Landtagswahl bezuglich des Reichsvereinsgesetz auf der Tagesordnung. Gegenstände, die für die Genossen von erheblicher Bedeutung sind.

Hoffen wir, daß die heutigen Beratungen zu Beschlüssen führen, die geeignet sind, der Agitation für unsere Sache in der Provinz Brandenburg einen neuen Impuls zu geben und der Bewegung kräftig vorwärts zu helfen. In diesem Sinne begrüßen wir die Delegierten der Provinz und wünschen ihnen Arbeiten besten Erfolg.

Charlottenburg. Am Dienstag, den 1. September 1908, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Volkshaus“ die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung des Kreises. 2. Vortrag des Genossen Simon Staheisen über „Genossenschaftswesen“. 3. Vereinsangelegenheiten. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Wilhelmsruh, Nieder-Schönhausen-West. Dienstag, den 1. September 1908, abends 8 Uhr, bei Barix, Viktoriaplatz 7, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung und Generalversammlung von Groß-Berlin. 2. Bericht von der Frauenorganisation und Wahl einer Genossin in den Vorstand. 3. Vereinsangelegenheiten.

Karlshorst. Die am 1. September fällige Wahlvereinsversammlung fällt aus. Dafür findet eine solche am 2. September statt.

Treptow-Baumgartenweg. Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am Dienstag, den 1. September, im Lokale „Zur Rennbahn“ in Treptow statt. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Bericht der Delegierten über die Verbandssammlung von Groß-Berlin. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Pankow. Die Mitgliederversammlungen am Dienstag fallen aus. An Stelle derselben findet ein Extrazahlabend statt. Tagesordnung: Wahl eines Zeitungsspediteurs. Die Wahlen finden in der Form der Urwahlen statt. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Reih-Buckow. Heute nachmittags 6 Uhr findet bei Klein, Buckow, Chausseestraße 12, eine Vereinsversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Inger über: „Was hat das Christentum den Armen gebracht?“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Aus dem Grunewald.

Geht man vom Bahnhof Grunewald durch die Auerbachstraße zu den Seen hinab, so durchwandert man eine Allee von Ebereschen, deren dichtgedrängte Beeren gerade jetzt in den prächtigsten roten Tönen prangen. Obwohl die Natur sie für die Vogelwelt bestimmt hat, sieht man dennoch keine gefiederten Liebhaber an der Arbeit. So reich sind wir nicht mehr an Vögeln, und was vorhanden ist, hält sich fern von der Nähe des rauchenden Bahnhofs. Eine Ausnahme machen die wilden Enten, die nunmehr, seit auch im Grunewald nicht mehr geschossen wird, auch hier die zivilisierten Formen der Tiergartengewässer annehmen. Man trifft auf dem Grunewaldsee kleine Ruder, die beim Rufen von Fußgängern sich dem Rande des Wassers nähern und sich lüftern lassen, wie wenn sie ein ihnen zustehendes Recht in Anspruch nähmen. Die Einschläferung der Wildheit verweist leider andererseits die Unterschiede gegen die zahme Hausente. Zwar sind die wilden Tiere eleganter und schlanker, aber nur spärlich über sie noch die Taucher- und Flegelkünste aus, die sie weit vom zahmen Geflügel entfernen. Sie haben es nun nicht mehr so nötig, weil sie sich bereits als Stammgäste des „Volkspark“ fühlen.

Im grünen Schilfe mehren sich die vergilbenden Blätter, das einst so zierlich den Waldboden überziehende Rispengras liegt in fahlen, gelben Schwaden danieder und auch alle Pracht der Dahlien und Astern in den Gärten kann nicht mehr darüber hinwegtäuschen, daß der Sommer mit jedem Tage mehr an Raum verliert und herbliches Frösteln die Natur zu ergreifen beginnt. Die gelben Nachtkerzen, gelbe Sabadillkräuter und andere unscheinbare Gewächse gewinnen die Oberhand und die bunteren Farben sind an die giftigen roten Täublinge und andere Pilze gebunden, die in den Mooren üppig emporschießen. Das schönste Bild des Grunewaldes vielleicht gewährt der See, auf dessen dunklem Spiegel die letzten weißen Seerosen grünen, ehe sie sich zum Winter schlaf auf den Grund des unheimlich stillen Wassers zurückziehen.

In der Säuglingsfürsorgestelle I, Blumenstr. 78, findet im Monat September wöchentlich einmal unentgeltlicher Unterricht in der Säuglingspflege mit praktischen Übungen statt. Meldungen hierzu schriftlich oder mündlich im Bureau des Kinderhauses, Blumenstr. 78, vorn I. part., vom Montag, den 31. August bis zum Sonnabend, den 5. September, täglich von 2—4 Uhr.

So hat die Arbeitslosigkeit gewirkt!

Im Obdach der Stadt Berlin haben im Etatjahr 1907/08 die Wirkungen der Arbeitslosigkeit sich nur zu deutlich gezeigt. Das Etatjahr 1906/07 hatte der Abteilung für nächtlich Obdachlose eine Minderung der Besuchsziffer gebracht: in 1905/06 waren 575 546 Personen beherbergt worden, in 1906/07 wurden 549 498 Personen beherbergt. Der Verwaltungsbericht für 1906/07 deutete diesen erfreulichen Frequenzrückgang ein bißchen vorkühn als ein Ergebnis der Bemühungen des Pastors v. Bodelschwing, dem für seine Kolonie „Noffnungstal“ eine Anzahl Obdachbesucher durch die Obdachleitung überwiesen worden waren. Damals bestanden die Beziehungen des Pastors v. Bodelschwing zum Obdach der Stadt Berlin erst ganz kurze Zeit. Inzwischen ist diese Freundschaft ein Jahr älter geworden, aber der Segen, der davon erwartet und versprochen wurde, hat sich nicht gemehrt. Trotz Pastor v. Bodelschwing und „Noffnungstal“ ist die Obdachfrequenz nicht weiter heruntergegangen, sondern aufs neue gestiegen und zwar sehr erheblich. Die Abteilung für nächtlich Obdachlose hatte in 1906/07, wie schon gesagt, 549 498 Personen beherbergt. In 1907/08 aber mußten, wie der jetzt erschienene Verwaltungsbericht meldet, von dieser Abteilung des Obdachs 629 178 Personen beherbergt werden. Zurückgegangen ist die Zahl der weiblichen Personen, nämlich von im Vorjahr 10 558 auf jetzt 8864. Dagegen ist die Zahl der männlichen Personen von 538 940 auf 620 314 gestiegen. Der Verwaltungsbericht gleitet über dieses unerfreuliche Ergebnis mit billigen Mißschweigen hinweg, er sagt nicht ein halbes Wort über die Ursachen der im letzten Jahre eingetretenen Frequenzsteigerung. Der Grund des Schweigens ist klar: Der Katholikreissin darf nicht zugeben, daß Arbeitslosigkeit in größerem Umfange herrscht. Im Obdach haben sie's zu spüren gekriegt, aber so was wird man doch nicht öffentlich sagen. Der Andrang Obdachloser war im vergangenen Winter zeitweise ganz beispiellos groß. Im Januar 1907 waren 80 724 Personen beherbergt worden, im Januar 1908 wurden 97 824 Personen beherbergt. Der tägliche Durchschnitt stellte sich diesmal im Januar auf 3189 Personen! In 1906/07 hatten während des ganzen Jahres nur sechs Tage eine Frequenz von mehr als 3000 gehabt, in 1907/08 wurde während des ganzen Jahres diese Zahl an 48 Tagen überschritten. So hat die Arbeitslosigkeit gewirkt! Sie hat übrigens auch die Frequenz des Familienobdachs sehr ungünstig beeinflusst. Zwar ist hier von 1906/07 zu 1907/08 die Zahl der geleisteten Verpflegungstage von 98 827 auf 98 677 zurückgegangen, aber das erklärt sich lediglich daraus, daß die Pflegslinge diesmal durchschnittlich weniger lange als im vorhergehenden Jahre in der Anstalt gebudelt wurden. In 1906/07 hatte das Familienobdach 702 Familien mit 2091 Personen und außerdem 2846 Einzelpersonen, also überhaupt 4937 Personen beherbergt, in 1907/08 beherbergte es 807 Familien mit 2549 Personen und außerdem 2048 Einzelpersonen, also überhaupt 4597 Personen. Man sieht, daß die Zahl der Familien, die im Obdach Zuflucht suchen mußten, ganz bedeutend gestiegen ist. Die Hausbesitzer versichern, daß in Berlin längst kein Mangel an Wohnungen, auch kein Mangel an kleinen mehr bestehe. Aber was nützt das dem, der kein Geld hat, auch nur die allergeringste Wohnung zu bezahlen! Wer arbeitslos wird und die Miete schuldig bleibt, den setzt der Wirt an die Luft. So kommt's, daß das Familienobdach sich füllt — trotz allem „Wohnungsüberfluß“, der in Berlin besteht.

Die erste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nach den Ferien findet nächsten Donnerstag statt.

Die Angelegenheit der Spielautomaten, von Apparaten, welche unter den verschiedensten Namen zu Tausenden in den kleinen Restaurants und auch speziellen Spielhallen aufgestellt sind, hatte Freitag abend in den „Germania-Sälen“ eine große Versammlung von Spielautomaten-Fabrikanten, Ausstellern und Gastwirten beschäftigt. Der Versammlung wohnten auch mehrere Vertreter der Polizeibehörde bei. Ganz gewaltig wurde der Tagesprozeß zu Reibe gegangen, die in der ganzen Sache nicht objektiv genug vorgegangen sein soll und damit eine große Industrie, in der jetzt 50 000 Arbeiter ihr Brot finden, sowie auch die Gastwirte in ihrem Erwerb geschädigt habe. Und doch darf auf der anderen Seite behauptet werden, daß es ihrem Auftreten gegen die Auswüchse in erster Reihe zu danken sein wird, wenn sich in der betreffenden Industrie eine Gesundung vollziehen wird. Die deutsche Automatenindustrie hat nämlich in zunehmendem Maße Spielautomaten auf den Markt gebracht, die der Unterhaltung und dem Spielbedürfnis des kleinen Mannes Rechnung tragen. Während nun bei einzelnen dieser Apparate in der Tat die Gefährlichkeit den Erfolg garantiert, entscheidet bei anderen mehr der Zufall, da z. B. Irritationsstoffe dem Erfolg hinderlich sind. Da sich nun die Polizei sowohl wie die Gerichte mit dieser Frage beschäftigt haben und eine Reihe dieser Automaten beschlagnahmt worden sind, war es für die Beteiligten von Interesse, die noch junge Rechtsprechung in der beregten Frage kennen zu lernen. Diesem Bedürfnisse trug Herr Rechtsanwalt Dr. Berthauer Rechnung, der in längerem Vortrage nachzuweisen versuchte, daß Spielautomaten, deren Erfolg auf einer gewissen Gefährlichkeit des Spielenden beruht, nicht als strafbar anzusehen seien, hob aber doch ausdrücklich hervor, daß es bis heute keinen dieser Apparate gebe, der erlaubt, und keinen, der verboten sei, da es noch kein Gesetz resp. keine Instanz gebe, die hierüber entscheidet. Unsere Rechtsprechung über die Spielautomaten sei noch jung und nicht abgeschlossen, sie könne daher auch noch nicht befriedigen. Es sei daher ein schwerer Kampf, dem die Automatenindustrie entgegengehe, es müsse aber doch ein starker Kern in ihr stehen, denn sonst wäre sie schon untergegangen. Leider sei man heute noch nicht so weit, daß man oben in einen Apparat die Mark hineinwerfe und unten die Entscheidung herauskomme. Ein Gericht ist an keine Vorentscheidung gebunden; aber wenn erst ein jeder einzelne Apparat durch das Gericht nachgeprüft werden kann, ob er ein Gefährlichkeits- oder ein Zufallsapparat ist, dann wird auch hierin eine Sicherheit Platz greifen. Der Vorstand des Vereins möge, so meinte Referent, für Sachverständige Sorge tragen, welche die Apparate zu prüfen haben; erfolge dann trotzdem Anklage, dann stehe in hundert Prozent der Fälle fest, daß der Angeklagte Recht erhält. Die Hauptsache sei, daß ein Gastwirt keine Gefährlichkeitskraft wegen Glückspiels oder Begünstigung desselben erhält, denn dann sei es um seine Existenz geschehen. In einer angenommenen Resolution wurde zum Ausdruck gebracht, daß ein Justizverfahren geschaffen werde, welches eine Klärung in der Frage, ob Gefährlichkeits- oder Zufallsapparat, zustande bringt.

Mugdons Gegner.

Die Stadtverordnetenwahl, die im fünften Bezirk zweiter Abteilung durch den Tod des bisherigen Vertreters, des freisinnigen Stadtverordneten Blüchke, nötig geworden ist, erregt ein Interesse, das weit über diesen Be-

zirk und auch über die Wählerschaft dieser Abteilung hinausreicht. Der Blockfreisinn sieht hier eine günstige Gelegenheit, seinen Mugdan in das Stadtparlament hineinzuführen, damit auf diesem Umwege der verdiente Mann später einmal ein in Berlin etwa frei werdendes Landtagsmandat ergattern könne. Die in der Kommunalverwaltung tätigen Freisinnsführer, die Gasse, Jacobi und Konforten, setzen alle Hebel in Bewegung, dem Herrn Mugdan die Bahn zu ebnen. Opposition macht ihm nur die kleine Gruppe der „Sozialfortschrittler“, deren Anhang allerdings gerade in dem fraglichen Bezirk, einem Teil des Potsdamer Viertels, heimlich ist.

Die „Sozialfortschrittler“ haben dem Herrn Mugdan in dem Realgymnasium Richter einen eigenen Kandidaten entgegengestellt. Am Freitag hatte der „Sozialfortschrittliche Kommunalverein“ eine öffentliche Versammlung veranstaltet, die sich mit dieser Wahl beschäftigte. Stadtverordneter Preuß gab ein einleitendes Referat über „Berliner Kommunalpolitik“. Er zeigte, daß eine vernünftige Politik in der Kommune nicht möglich ist, ohne eine vernünftige Auffassung auch der Fragen der allgemeinen Politik. Da hat er Recht, und aus diesem Grunde wird auch von der Sozialdemokratie bei allen Stadtverordnetenwahlen den Wählern der dritten Abteilung immer wieder empfohlen, sich nicht durch die wohlklingenden Reden der Sozialfortschrittler verwirren zu lassen, sondern jederzeit daran zu denken, daß auch diese immer nur Freisinnige sind und Freisinnige bleiben. In der zweiten Abteilung hat nun allerdings die minderbemittelte Bevölkerung nicht mitzureden; hier wählt das Bürgertum sich seine Vertreter, hier kämpfen gegeneinander höchstens mal die feindseligen Brüder liberaler Couleur. Aber auch wir müssen für den Kampf um den fünften Wahlbezirk zweiter Abteilung den lebhaften Wunsch haben, daß eine Persönlichkeit wie Mugdan nicht ins Rathaus gelangt. In der Diskussion wurde von Herrn Dr. Barth treffend gesagt, daß Mugdan geradezu die Verkörperung aller reaktionären Eigenschaften des heruntergekommenen Freisinns sei. Und nicht minder treffend wies Herr von Gerlach darauf hin, daß ein Mugdan, der das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen angegriffen hat, auch das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen preisgeben bereit sein werde.

Herr Preuß behauptete in seinem Schlusswort, der Sozialdemokratie würde es sehr erwünscht sein, wenn nicht der „Sozialfortschrittler“, sondern Mugdan gewählt würde. Er erzählte, wie überaus unangenehm die „Sozialfortschrittler“ des Rathauses der Sozialdemokratie seien. Solche brilligen Renommistereien sind wir von den „Sozialfortschrittler“ gewöhnt. Wer wird es einem kleinen Betnegroß verübeln, daß er bemerkt werden will?

Was verbietet Preußen an seiner Lotterie? Die Antwort ist leicht gegeben: 9 bis 10 Millionen jährlich. Die Einnahmen aus dem Lotteriespiel betragen pro Jahr rund 119 Millionen Mark, die Ausgaben (Gewinnauszahlung, Stempelabgaben an das Reich, Provisionen, Verwaltungskosten) 109 1/2 Millionen Mark. Abgegeben von den Loserrträgen nimmt der Staat pro Jahr ein: 80 000 M. aus dem Verkauf verlassener Lose und abgelehnter Freilose, 17 700 000 M. Reichssteuerabgabe, die aber auf Gelder und Pfennige an das Reich abzuladen sind. Preußen daher nicht zugute kommen, 150 000 M. aus dem für Rechnung der Lotterielasse stattfindenden Spiel von Frei- oder Erschloßen, 13 311 000 M. planmäßige Gewinnabgabe des Staates, 15 000 M. für nicht abgehobene Gewinne infolge Vergehllichkeit der Spieler oder Verlust der Lose. Diese Einnahmen belaufen sich also — ausschließlich der Reichssteuerabgabe — auf 13 558 000 M., wobei die Gewinnabgabe die Haupteinnahme bilden. Von diesen Einnahmen sind die Ausgaben zu bestreiten. Diese sind: 1 270 000 M. Gewinnprovision der Lotterieleihe, 2 770 000 M. für Besoldungen der 41 Beamten, für persönliche, sächliche Ausgaben und für Renten für die an der preussischen Lotterie beteiligten anderen Staaten (2 477 000 M.), Abgeben von dieser Rente, die im Laufe gewisser Zeit ganz fortfallen wird, betragen die Verwaltungskosten 283 000 M.

So stehen 13 558 000 M. Einnahme 4 040 000 M. Ausgaben gegenüber, was einen Reingewinn von 9 518 000 M. ausmacht.

Treten noch außerordentliche Ausgaben hinzu, wie diesmal der Neubau eines Geschäftsgebäudes für die General-Lotteriedirektion mit rund 200 000 M., so ist der Reingewinn geringer. Das neue Geschäftsgebäude soll, wie im Anschluß hieran mitgeteilt sei, neben dem Oberverwaltungsgericht in der Jägerstr. 56 errichtet werden, da nach dem Anschlusse verschiedener Bundesstaaten an die preussische Klassenlotterie die bisherigen Räume nicht mehr ausreichen.

Laßt seinem Pastor nach!

Aus Staaken (bei Spandau) hatten wir in Nr. 195 gemeldet, daß eine dort wohnende Braut, die samt ihrem Bräutigam zu ihrer Eheschließung den „Segen“ der Kirche für nötig hielt, dem Pastor nicht mehr würdig schien, mit Kranz und Schleier vor den Altar zu treten. Ihr wurde von dem Herrn Pastor die Bedingung gestellt, auf Kranz und Schleier zu verzichten, und das tat sie denn auch, um nicht in der Kirche einen Skandal zu erleben. Der strafende Verkünder des Gotteswortes ging aber noch einen Schritt weiter: bei der kirchlichen Einsegnung des Paares machte er zum Thema seiner Predigt nicht den von dem Paar selber ausgewählten Bibelspruch, sondern wählte einen anderen, der ihm „passender“ schien. Als infolge dessen der Schwiegervater der jungen Frau während der Feier die vernünftige Bemerkung machte, daß sie nicht der richtige Spruch, sprach der Pastor die Feier ab, entließ die jungen Eheleute ohne den „Segen“ der Kirche und bewies ihnen hiermit, daß man zur Eheschließung wirklich nicht den Pastor nötig hat.

Dem Staakenen Pastor hat es nun ganz und gar nicht gefallen, daß wir dieses Vorkommnis veröffentlicht und daran die Wohnung geknüpft haben, überhaupt keinem Pastor nachzuweisen. Als Vorsitzender des Gemeindefürsorgeausschusses von Staaken schickte er uns jetzt ein Schreiben, das er für eine „Verächtlichung“ hält und im „Vorwärts“ abgedruckt zu sehen wünscht. Der Herr Pastor — sein Name ist Pfautsch — belehrt uns, es sei „kirchliche Ordnung“ in Staaken und an anderen Orten, daß Marie und Schleier nur den Brautpaaren zusammen, die noch nicht in die eheliche Lebensgemeinschaft eingetreten sind. Die Belehrung war überflüssig; es weiß ja jeder, daß die Kirche sich solche „Rechte“ anmaßt. Pastor Pfautsch macht jedermann genauere Angaben darüber, ob und wie weit das Paar bereits in die eheliche Lebensgemeinschaft eingetreten gewesen sei. Auch diese Angaben sollen wir hier mitteilen, so verlangt der Herr Pastor unter Verufung auf das Pöbelgesetz. Bildet dieser eigenartige Seelforger sich im Ernste ein, daß bei seinem Versuch, die allerpersönlichsten Verhältnisse von Mitgliedern seiner Gemeinde öffentlich zu erörtern, wir ihm Hülfsdienste leisten werden? Pastor Pfautsch versichert, ein Recht auf Auswahl des Predigttextes bestehe nicht, es könne aber bei Kranztragungen ein Wunsch geäußert werden. Im „Vorwärts“ war gesagt worden, es sei in Staaken üblich, daß das Paar selber den Predigttext auswählt. Dieser Brauch gült dort in der Tat als etwas so Selbstverständliches, daß er die Kraft eines Gewohnheitsrechts erlangt hat. Wenn Pastor Pfautsch bei der Trauung ohne Kranz den von dem Paar bereits ausgewählten Spruch durch einen anderen ersetzen wollte, so hätte er das vorher sagen sollen. Der eigenmächtig von ihm gewählte Spruch werde, so sagt er, öfter bei Trauungen verwendet; jede Anspielung habe ihm fern gelegen. Auf Teilnehmer der Feier hat aber der Spruch der kirchlichen Ordnung gewirkt, damit wird der Herr Pastor sich abfinden müssen.

Wir selber sind freilich der Ansicht, daß wirklich kein Grund zur Verstimmung vorlag; daß haben wir ja auch schon in Nr. 195 an-

gebetet. Weder die Entziehung von Kranz und Schleier, noch die Ersetzung des ausgewählten Spruches durch einen anderen, noch die schließliche Vorenthaltung der „Trauung“ kann ein Grund sein, sich groß aufzuregen. Laßt euren Pastor nach, wenn ihr heiraten wollt! Ihr werdet auch ohne ihn miteinander glücklich werden.

Schulkinder zum Gurraschreien scheinen wieder gebraucht zu werden. Schüler der ersten Klasse der 178. Gemeindeschule in der Oberwalderstraße brachten am Freitag ihren Eltern die Mitteilung heim, die Eltern um Erlaubnis zu fragen, ob sie am Paradedage mitgehen dürften; sie sollten nicht Spalier bilden, sondern könnten auf der Tribüne sitzen. Gleichzeitig sollten die Kinder ihren Eltern sagen, daß es ja das letzte Mal vor der Einsegnung sei, wo sie die Parade unentgeltlich sehen könnten, denn später kostete es ja Geld. Der nun die Erlaubnis der Eltern habe, solle 20 Pf. Fahrgehalt und drei Paar Stullen mitbringen.

Hoffentlich sind die Eltern vernünftig genug, ihre Kinder zu Hause zu behalten und nicht als Gurraschreier und Statisten verwenden zu lassen.

Bontottierende Viehkommissionäre. Der Verein der hiesigen Viehkommissionäre hat, wie die „Deutsche Fleischer-Zeitung“ meldet, über eine in Zahlungsschwierigkeiten befindliche gewesene Engros-schlächterfirma den Boykott verhängt. Es darf ihr auch gegen Barzahlung kein Schlachtvieh verkauft werden. Auch wird kontrolliert, ob Kollegen für die bontottierte Firma Einkäufe besorgen. Der Verein der Schweineengroschlächtermeister wird dagegen Stellung nehmen.

Der Fremdenverkehr in Berlin und Wien. Ueber die Entwicklung des Fremdenverkehrs in Berlin und Wien hat die statistische Abteilung des Wiener Magistrats eine lehrreiche Zusammenstellung gemacht. Sie zeigt, daß Berlin eigentlich keinen Grund hat, die üblichen Klagen über Mangel an Fremden anzustimmen. Zu Anfang der 70er Jahre war der Fremdenverkehr in Berlin und Wien ungefähr derselbe. Aber schon 1888 wurde Wien von Berlin um 180 000 Fremde übertroffen. 1900 waren es schon 381 000, 1907 gar 567 000 Fremde mehr. Der Berliner Fremdenverkehr ist also mehr als doppelt so groß als der Wiener. In Berlin ist vor allem der Besuch der Ausländer fortgesetzt im Steigen, während er in Wien zurück geht. Von 1905—1907 ist in Wien der Besuch der Ausländer um 3000 zurückgegangen, während er in Berlin um 35 000 zugenommen hat. Abgesehen von den Oesterreichern, Ungarn und den Bewohnern der Balkanhalbinsel übt Berlin auf alle Nationen eine weit größere Anziehungskraft aus als Wien. 1907 kamen Skandinavier nach Berlin 25 884, nach Wien 1005, Russen nach Berlin 71 742, Wien 23 248, Engländer nach Berlin 12 707, Wien 3776, Franzosen nach Berlin 6772, Wien 6339, Schweizer nach Berlin 4729, Wien 2010, Italiener nach Berlin 3127, Wien 2586, Amerikaner nach Berlin 22 899, Wien 5138. Der Oesterreicher selbst geht mehr nach Berlin, als der Deutsche nach Wien. In den letzten drei Jahren sind 90 000 Oesterreicher und Ungarn in Berlin, aber nur 80 000 Reichsdeutsche in Wien gewesen. 1904—1907 gingen von je 1 Million Reichsdeutschen 1394 nach Berlin, 547 nach Wien, von 1 Million Dänen 2088 gegen 82, Schweizer 1802 gegen 515, Holländer 972 gegen 166, Engländer 233 gegen 96, Franzosen 180 gegen 134, Italiener 58 gegen 81.

Verlegung von Straßenbahnen aus der Leipziger Straße. Die Straßenbahn ist genötigt, in den Nächten dieser Woche vom 31. August bis zum 5. September eine Reihe von Linien aus der Leipziger Straße zu verlegen. Die Verlegung beschränkt sich aber auf die Zeit von 2 Uhr nachts bis zum Wiederbeginn des Betriebes. Inzwischen wird die Kreuzung der Oberleitung über der Straßenkreuzung mit der Charlottenstraße ausgetauscht. Die Linie 53 Danziger Straße—Nirsdorf geht dann zwischen der Behren- und Zimmerstraße nicht durch die Charlottenstraße, sondern von der Kanonierstraße durch die Französisch-, Jerusalem- und Zimmerstraße. Die Linien 6 Roadit—Küstriner Platz, 74 Kniproderstraße—Schöneberg, 76 Frankfurter Allee—Wilmerdorf und 87 Treptow—Schöneberg fahren dann zwischen der Rauer- und Jerusalem- Straße in beiden Richtungen nicht durch die Leipziger Straße, sondern durch die Rauer-, Kanonier-, Französisch- und Oberwallstraße, über den Hausvogteiplatz und durch die Jerusalem- Straße.

Dem Bräutigam in den Tod gefolgt. Durch Selbstmord hat ein junges Brautpaar den Tod gefunden. Vor einigen Tagen nahm sich der Kaufmann C. aus Halensee das Leben. Der noch junge Mensch hatte sich oft auf Rembahnen aufgehalten und durch Wetten viel Geld verloren. Die Verluste waren in letzter Zeit so stark, daß er schließlich weder ein noch aus wußte. In der Verzweiflung legte C. Hand an sich; er erhängte sich in der Hektorstraße an einem Baum. Ein Schuhmann fand am anderen Morgen die Leiche des Lebensmüden. Die Braut des C., die 23jährige Verkäuferin Hedwig Waack, die bei dem Schlächtermeister Fischer in der Ansbacher Straße 25 angestellt war, zeigte nach dem Selbstmord des Bräutigams ein niedergeschlagenes Wesen. Sie nahm sich das Schicksal des Geliebten so zu Herzen, daß auch sie sich entschloß, in den Tod zu gehen. Vorgehens nachmittags besuchte sie Bekannte in der Kniprodstraße. Auf dem Wege dorthin kaufte sie sich einen Revolver. Während das junge Mädchen nun einen kurzen Augenblick allein im Wohnzimmer war, holte es die Waffe hervor und jagte sich eine Kugel in die Brust. Tödlich getroffen sank die Lebensmüde nieder. Ein herbeigerufener Arzt vermochte nur noch den infolge Herzschlusses eingetretenen Tod zu konstatieren. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht.

Aus dem Zuge gekürzt und schwer verletzt worden ist vorgestern abend die 14 Jahre alte Tochter des Kaufmanns Ermel aus Königs-Wusterhausen. Das Mädchen hatte zur Fahrt nach Hause von der Station Wildau einen Vorortzug benutzt und sich anscheinend an dem Schloß der Coupétür zu schaffen gemacht. Plötzlich gab diese nach und die kleine E. stürzte aus dem in voller Geschwindigkeit sich bewegenden Train auf den Bahnhöfen, und zwar so unglücklich, daß sie unter die Triebwerke geriet. Obwohl Mitreisende sofort durch Ziehen der Notbremse den Zug zum Halten brachten, wurde die Verunglückte noch eine Strecke weit mitgeschleift, ehe sie aus der entsetzlichen Lage befreit werden konnte. Das Mädchen wurde von Bahnbeamten nach dem Bahnhofsgebäude gebracht und sofort ein Arzt herbeigerufen, der eine schwere Gehirnerschütterung und zahlreiche äußere Verletzungen feststellte. Die E. wurde nach dem Krankenhaus übergeführt, wo sie in bedenklichem Zustande darniederliegt.

Ein entsetzlicher Straßeneinfall ereignete sich gestern vormittag gegen 1/21 Uhr vor den Augen Hundert von Passanten am Andreasplatz. Dort werden am Grünen Weg Kanalarbeiterarbeiten ausgeführt und an den dort aufgestapelten Röhren spielten gestern vormittag mehrere Knaben. Als der 6jährige Karl Kallio den Röhrenstapel erklettert hatte, stieß plötzlich ein vorbeikommender Geschäftswagen an diesen an. Die schweren Röhren gerieten ins Rollen und begruben den kleinen K. unter sich. Straßenpassanten alarmierten sofort die Feuerwehr, doch ehe dieselbe eintraf, hatten die Knaben in der Nähe haltender Arbeitswagen ihre Pferde vor die Leitungsgrube gespannt und so den Knaben aus seiner entsetzlichen Lage befreit. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation am Grünen Weg gebracht, wo der anwesende Arzt erhebliche Quetschungen und Anklagen der Rippen und Verletzungen an den Oberschenkeln feststellte. Als ein Wunder ist es zu betrachten, daß der Junge, der später nach einem Krankenhaufe übergeführt wurde, nicht vollständig von der schweren Last gemalmt worden ist.

Ein eigenartiger Telefonschwindel hat ein Schlächtergeselle, der vorgestern festgenommen wurde, betrieben. In letzter Zeit wurden zahlreiche Schlächter im Süden der Stadt und in Nirsdorf wiederholt in später Abendstunden telefonisch angerufen und ihnen mitgeteilt, daß bei dem und dem Wollereibesitzer eine Arschweins-Rotfleischung sofort abgeholt werden müsse. Trotz dem ein Fuß-

werk bei dem erwähnten Wollereibesitzer ein, so stellte sich heraus, daß sämtliche Röhre im Stall wohl und munter waren. Ein Engros-schlächter wurde in kurzer Zeit dreimal auf derartige Weise beschwändelt. Zeitweise mußten die angerufenen Schlächter erst Fuhrwerke mieten. Vorgehens konnte der Urheber der seltsamen Schwindelmandate endlich dingfest gemacht werden. Vom Fernsprecheramt Nirsdorf aus war festgestellt worden, daß die nächtliche telefonische Bestellung von dem Fernsprecher eines Eriker Restaurants aus gemacht worden war. In dem Hebelstäter wurde dann ein Schlächtergeselle ermittelt.

Störungen im Fernsprechbetriebe werden wieder einmal durch Drahtmarder in großer Zahl herbeigeführt. Heute wird uns über zwei Fernsprechdrahtdiebstähle berichtet. Von der Leitung zwischen der Köpenicker Landstraße und der Königsheide wurden größere Mengen Draht abgeschnitten und entwendet. Außerdem wurde an der Liebenwalder Chaussee zwischen Blankensfelde und Nordend die Fernsprechleitung durch Drahtmarder zerstört.

Für 3000 M. Damenmäntel gestohlen. Die Einbruchdiebstähle in der Damenkonfektionsbranche häufen sich in der letzten Zeit in ganz erheblichem Maße. Gestern wurde schon wieder über einen derartigen Diebstahl berichtet. Eine aus mehreren Mitgliedern bestehende Einbrecherbande drang nachts in das Damenkonfektionsgeschäft von Langwals in der Steffiner Straße 12 ein. Die Diebe, die mit Hilfe von Nachschlüssel, Dietrichen und Brecheisen „arbeiteten“, rissen die Warenbestände aus den Regalen heraus und schleuderten alles das, was sie nicht mitnahmen, wüst auf die Erde. Zur Beute fielen den Tätern Damenmäntel, Bekläuge, Stoffe usw. im Gesamtwert von nahezu 3000 M.

Zeuge gesucht. Der betreffende Herr im grauen Winterpaletot, welcher eine Frau, die am 4. Februar vor dem Hause Gleimstraße 9a infolge Glätte fiel und sich den linken Arm brach, Hilfe leistete und sie bis in die Schönhauser Allee zur Unfallstation begleitete, wird gebeten, seine Adresse nach der Körbnerstraße 12 bei Suchantle, Schuhmacher, gelangen zu lassen.

Drei Verbandsbücher vom Deutschen Holzarbeiter-Verband sind in der Gegend des Gesundbrunnens verlorengegangen. Es sind die Nummern 5898, 1534, 5865. Der Finder wird gebeten, dieselben im Restaurant Karl Döhling, Brunnenstr. 79, abzugeben.

Im Wissenschaftlichen Theater der Urania gelangt in dieser Woche der mit zahlreichen farbigen Bildern und Wandspanoramam ausgefüllte Vortrag: „Ueber den Brenner nach Venedig“, der uns auf dieser allerersten und schönsten Gebirgsstraße von den Wundern des Rosengartens bei Vogen, über Trient, Verona bis nach Venedig führt, am Sonntag und Donnerstag zur Vorstellung. Am Montag und Sonnabend wird der Vortrag: „Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat“ wiederholt werden, während am Dienstag der Vortrag: „Durch Dänemark und Südschweden“, und am Mittwoch und Freitag der Vortrag: „Von der Zugspitze bis zum Bahmann“ gehalten werden wird.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Am Sonntag, den 6. September, Familienausflug nach Schmargendorf. Abfahrt der Südringstraße nach Halensee: Silesischer Bahnhof 1.28, Jannowitzbrücke 1.29, Alexanderplatz 1.31 usw., Potsdamer Bahnhof 1.45. Treffpunkt für Nachzügler von 2 1/2 Uhr nachmittags ab: Restaurant „Schützenhaus“, Joh. S. Reihner, Hundeshofstr. 20 in Schmargendorf, auch mit der Straßenbahn zu erreichen.

Dem Berliner Aquarium wurden von Herrn Dr. Ragers-Charlottenburg vier Wüsten-Barane überwiesen. Diese Sand-warane, Bewohner der Vorwüste und echten Wüste Nordafrikas, verateten sich als solche schon durch ihr sandfarbenes, graubeltes und bräunliches Gewand, daß sie wie andere Reptilien in der periodisch wiederkehrenden „Häutung“ wechseln. Erwachsene Tiere dieser stillbildigen Gattung erinnern durch ihre Größe an ein Krokodil, denn sie erreichen eine Länge von 1 1/4 Meter und werden wegen ihres Rates, ihrer Bosheit und Beharrlichkeit von den Eingeborenen gefürchtet. Durch Vermittlung des New Yorker Aquariums erhielt unser Aquarium zwölf große Exemplare eines ebenso seltenen wie interessanten, aus dem Antillenmeer stammenden Gafes; es sind sogenannte Schwertschwänze, welche gemeinhin zu der Klasse der Krebs- oder Krustentiere gestellt werden, jedoch durch die Eigenheit, daß sie statt der bei allen übrigen Krustern sich findenden zwei Fühlerpaare nur ein einziges Paar solcher Anhänge besitzen, eine entschiedene Verwandtschaft mit den Spinnen bezw. Skorpionen erweisen. Deshalb wird man die Riesenkrufter — auch Pfeilschwanzkrebe genannt —, die eine Länge von einem halben Meter (ohne Schwanz) erreichen, als den letzten Rest eines ausgestorbenen Wiedertierstammes betrachten dürfen oder müssen.

Das Palais-Theater in der Burgstraße wird am Sonnabend, den 5. September, seine Vorstellungen beginnen.

Der Zoologische Garten ist in den Besitz eines Giraffenkopfes gelangt, einer Wiederläuferform, die zu den allergrößten Seltenheiten in unseren Tierausstellungen gehört. Diese zur Gruppe der Zwerggiraffen gehörende, auf dunkelbraunem Grunde sehr lebhaft weiß gezeichnete Giraffe bewohnt in ihrer Heimat (Kamerun) das verschlungene Dickicht der Flußufer und stürzt sich bei Gefahr ins Wasser, wo sie, ganz untergetaucht, regungslos eine Zeitlang verharrt. Das schmale Fährchen hat hier im Antilopen-hause unmittelbar links am Eingang Unterkunft gefunden.

Der Firkus Schumann trifft demnächst in Berlin wieder ein und wird am 12. September seine erste Vorstellung geben.

Feuerwehrnachrichten. Gestern früh kam in einem Pferdehals in der Frankfurter Allee 103 Feuer aus, das die Balken ergriß. Es gelang, die Pferde in Sicherheit zu bringen und die Gefahr auf den Stall zu beschränken. Der 15. Zug hatte in der Wilhelmshäbener Straße 16 einen Brand zu löschen, der in einer Wadestube ausgebrochen war. Ein Kellerbrand wurde aus der Alexanderstraße 57 gemeldet. In der Oranienstraße 101-102 mußte ein Schaldenbrand gelöscht werden. Der 3. Zug wurde nach der Bernauer Straße 48 gerufen, wo ein Schornstein brannte. In der Wöckern Straße 131 hatte sich eine Person mit Gas vergiftet. Wiederbelebungsversuche mit Sauerstoff waren erfolglos.

Arbeiter-Samariter-Kasanne. Montag abend 9 Uhr: 1. Abteilung, Dresdener Straße 45, Vortrag über: Transport Erkrankter und Verunglückter mit Liekungen. Ferner Anleitung zur Einrichtung eines Verbandslokals resp. Hausapotheke. Da dies die letzte Stunde des Winterfusses ist, wird um rege Beteiligung ersucht.

Der Berliner Arbeiter-Radsportverein, Bund „Solidarität“, feiert am Sonnabend, den 5. September, sein 4. Stiftungsfest in den Räumen der Brauerei Friedrichshain.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Einem Rechtsergänzungsversuch unternehmen, wie uns aus Charlottenburg geschrieben wird, die „Liberalen“ in einer der letzten Nummern ihres hiesigen Lokalblätchens. Unter Bezugnahme auf ein von unserer Seite im 5. Bezirk verbreitetes Flugblatt suchen die „Liberalen“ sich gehörig herauszufreien. Zuerst protestieren sie gegen die Beschuldigung, daß sie bei Ungültigkeitserklärung der Mandate unserer Genossen Schwarzberg und Fleminging ungescheit wären. Diese Ablehnungsversuche sind natürlich leeres Gerede. Wäre es den „Liberalen“ in der Tat Ernst gewesen, die Mandate unserer Genossen nicht anzutasten, so hätten sie ja den Entscheid des Oberverwaltungsgerichts abwarten können. Man gibt sich doch sonst nicht mit allen Beschlüssen des Bezirksausschusses zufrieden. Wenn seitens unserer Genossen Schwarzberg und Fleminging die eingelegte Berufung nicht aufrecht erhalten wurde, so bedeutete das durchaus keine Anerkennung des Entscheides des Bezirksaus-

schusses, sondern die Berufung war aus rein formalen Gründen gegenstandslos geworden.

Aber auch gegen die „liberale Klüngelwirtschaft“, von der schon der frühere Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Rosenfeld voraussehend gesprochen hatte, führt das liberale Blatt recht windige Argumente an. Man bestreitet, jemals bei der Besetzung der Stadtratsposten Parteipolitik getrieben zu haben. Was die guten Leute doch für ein merkwürdig kurzes Gedächtnis haben. Es ist doch noch gar nicht so lange her, daß bei den letzten Ergänzungswahlen zum Magistrat von den „Liberalen“ ein alter Stadtrat abgesetzt wurde, der nicht den Vorzug genoss, „liberal“ zu sein. Um aber die Form zu wahren, gerieten die „Liberalen“ in eine rührende Fürsorge um das körperliche Befinden des auf einmal schwerkrank sein sollenden Stadtrats. Kein Wort fiel über die Tätigkeit des Nichtwiderbergenannten. Die „Liberalen“ mußten selbst die amtliche Tätigkeit des Mannes stillschweigend anerkennen. Aber er mußte gegangen werden. Warum? Nur damit einer der „Liberalen“ Stadtratspostenamtweiser untergebracht werden konnte. Und da haben diese Leute die Stirn, ihre Unparteilichkeit in alle Welt hinauszuschreien und in pharisaischem Stolz zu fragen: „Können Sozialdemokraten so unparteiisch sein?“ So unparteiisch sind wir nun freilich nicht, aber auch wir schätzen die Fähigkeiten, die zu einem Amte berechtigten, und unseren Gegnern. Und wir, die Sozialdemokraten, waren es, die Dr. Penzig zum Stadtrat vorgeschlagen hatten, nicht die „Liberalen“ waren es. Sie hatten wahrlich nicht den Mut, denjenigen ihrer Fraktionskollegen für einen Stadtratsposten kandidieren zu lassen, der wohl die Fähigkeit dazu besaß, der aber als Schuldeputationsmitglied von der Regierung nicht bestätigt wurde. Und gegen die Regierung wagt kein „Liberaler“ vom heutigen Schlag im Ernst Opposition zu machen.

Doch auch Arbeiterfreunde wollen die „Liberalen“ sein und neidisch sehen sie auf die Sozialdemokratie als Arbeiterpartei. „Wenn ich gewählt werde, werde ich beweisen, daß die Sozialdemokratie in Charlottenburg überflüssig ist“, sagte bei seiner Ausstellung „Morgenpost“-Kandidat des 5. Bezirkes schon 1907. Er fiel durch. Aber die „Liberalen“ finden Gefallen an dieser Lebensart, sie wiederholen sie. Dafür stimmten sie aber in der Stadtverordnetenversammlung gegen die Gewährung einer städtischen Hilfe für die Arbeitslosen. Sie verwiesen die arbeitslosen Arbeiter auf das Steinekopfen und — auf die Selbsthilfe. Ferner stimmten die „Liberalen“ gegen die Unterstützung einer durch die Arbeiterorganisation errichteten Rechtsauskunftsstelle, sie bewilligten aber 3000 M. pro Jahr zur Unterstützung eines bürgerlichen Unternehmens ähnlicher Art. — Gewiß, wir konnten häufig mit den „Liberalen“ stimmen. Aber das besagt nichts gegen die Unzulänglichkeit der „Liberalen“. Sondern die Differenz liegt darin, daß die „Liberalen“ um so weniger für unsere Anträge stimmten.

Die Sozialdemokratie wird in Charlottenburg niemals viel erreichen, sagt das liberale Volksblattchen. Es hat recht! Sofern die „Liberalen“ an der Macht bleiben, werden sie alle noch so gut gemeinte und ernst gewollte, wirklich positive Arbeit unserer Genossen im Rathaus zu hintertreiben bemüht sein. Aber den Satz als Ablehnung des steten Wachstums des sozialdemokratischen Gedankens in Charlottenburg verstanden, heißt einen grenzenlosen Unsin ausprechen. Die Sozialdemokratie brachte an Stimmen bei der Stadtverordnetenwahl fast so viel auf, als die bürgerlichen Parteien zusammengekommen. Von 16 359 abgegebenen Stimmen waren 7492 sozialdemokratische. Und bei der letzten Landtagswahl standen 23 000 bürgerlichen Urmählerstimmen über 19 000 sozialdemokratische gegenüber. Die „Liberalen“ haben es also nur dem traurigen Wahlrecht für die Gemeindeverwaltung und für den Vorstand zu danken, wenn die Sozialdemokratie in Charlottenburg „nichts erreicht“. Im anderen Falle könnten sich die „Liberalen“ sicherlich nicht so breit machen und mit ihrem leeren Gerede von Liberalität und Arbeiterfreundlichkeit die Wähler zum besten haben und der gutgläubigen Öffentlichkeit Sand in die Augen streuen.

Ein üblicher Straßeneinfall ereignete sich gestern vormittag in der Kommissenstraße. Dort spielte die drei Jahre alte Tochter Agathe des in dem Hause Nr. 35 wohnenden Schneidemeisters Ueder mit anderen Kindern. Plötzlich verfuhr die kleine den Fahrbaum zu kreuzen und geriet dabei unter die Räder eines Geschäftswagens, die ihr über den Kopf und die Brust hinweggingen. Ein sofort herbeigerufener Arzt konnte nur den infolge Schädelbruchs eingetretenen Tod feststellen.

Wilmerdorf.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins referierte am Dienstag Genosse Ritter über: „Die Aufgaben des Wilmerberger Parteitag“. In ausführlicher Weise besprach er die dort zur Verhandlung stehenden Punkte. — Er gab der Meinung Ausdruck, daß in der Kaiserfrage die „radikale“ Richtung wohl nicht auf Ihre Rechnung kommen werde. Die Vereinbarungen des Parteivorstandes und der Generalkommission seien durchaus keine Abwägung der Kaiserfrage. Ob aber der Modus der Unternehmung der richtige sei, ist zweifelhaft, feststehe nur, daß die Gewerkschaftskarte die Unterstufungsfrage nicht regeln können.

Zur Frauenfrage hofft Redner auf einen Beschluß, wie ihn die Berliner Genossen gefaßt haben.

Betreffs der Jugendorganisation habe wohl der Gewerkschaftskongreß das Rechte getroffen, der auf dem Wege der Verbesserung der Bildungsmittel die Jugend unter Leitung alterer Genossen heranbilden wolle. Der Jugendschutz sei Aufgabe der örtlichen Kartelle und Sekretariate.

Die Budgetbewilligung der Süddeutschen betrachte der Referent als einen Ausfluß zu partikularistischen Ansichten und verurteilt die Art und Weise der Bewilligung sowie das Verhalten gegenüber dem Parteivorstand. Hoffentlich beschließt der Parteitag die Streichung des dritten Absatzes der Lübecker Resolution.

In der Diskussion verlangte ein Redner, daß mit den Sozialisten nun endlich tabula rasa gemacht werde, was der Referent im Schlusswort als vom „nur“ gewerkschaftlichen Standpunkt wohl verständlich, jedoch durchaus unpraktisch bezeichnet. Ein der Versammlung vom Vorstand unterbreiteter Antrag auf Neubefestigung des Spediturpostens wurde nach längerer Debatte abgelehnt.

Nieder-Schönhausen.

Die Wahl für den ausgeschiedenen Gemeindevorsteher Paehold (Soz.) soll, wie verlautet, bereits in der zweiten Hälfte des Septembers stattfinden.

Die Mitgliederversammlung vom 25. August in Neu-Gröbchen wies einen sehr mäßigen Besuch auf. Es waren auch eine Anzahl Frauen anwesend, die mit Interesse dem Vortrage der Genossin Zeche-Nirsdorf über: „Warum müssen sich die Frauen organisieren?“ folgten. In historischen Darlegungen zeigte die Referentin die Entwicklung der Rechte und Pflichten der Frau von einst und jetzt, und wie das Zeitalter der Maschine eine vollkommene Umwälzung im Wirtschaftsgetriebe herbeiführte. Die Frauenarbeit und mit ihr die Kinderarbeit hält ihren Einzug und macht es notwendig, daß die Frau Schutze an Schutze mit dem Mann den Kampf ums Dasein aufnimmt. Eine Diskussion folgte dem beifällig aufgenommenen Vortrage nicht.

Zum Bericht von der Kreisgeneralversammlung führte der Delegierte Genosse Schelle die Gründe an, die die örtlichen Delegierten veranlaßten, die von ihnen zu betrachtenden Anträge zurückzugeben. Der Vorsitzende Genosse Hellrich gab bekannt, daß alle Sommerfestbillets, die nicht spätestens bis zum nächsten Jahlabend abgerechnet sind, als verkauft gelten. — Die durch Fortzug notwendig gewordene Ersatzwahl ergab die Wahl des Genossen Weiß zur Lokalkommission und des Genossen Schaver zum Revisor. Das Mitglied Kubasch sollte sich wegen Vorkaufsrechts verantworten, das es aber vor dem Ausschluss durch Austritt vorzubeugen. Große Entrüstung rief die Mitteilung hervor, daß mehrere Wahlvereinsmitglieder, die mit dem fast einstimmig in der Generalversammlung gefaßten Beschluß in der Angelegenheit Paehold nicht einverstanden sind, unter den

Parteilosen Propaganda für den Austritt aus dem Wahlverein machen und zu dem Zweck eine Liste zirkulieren lassen. Genosse Gerde, dem die Liste ebenfalls unterbreitet wurde, verweigerte die Auskunft über die ihm bekannten Veranstalter. Die Genossen Schelle, Joachimsthal, Meyer und Wesper beurteilten dieses parteischädigende Treiben in längeren Ausführungen. Unter Zustimmung der Versammlung wurde eine baldige Unterbrechung dieser Angelegenheit gewünscht. Der Vorstand wird die notwendigen Schritte sofort einleiten. Ein vom Genossen Gerde gestellter Antrag auf Ausschluß des Genossen Packold wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Ober-Schöneweide.

Segen der Armenunterstützung. Wie man gewissermaßen für vogelfrei erachtet werden kann, wenn man die Hilfe der Armenunterstützung in Anspruch genommen hat, lehrt nachstehender Fall: Die Witwe E., welche schon seit vielen Jahren im Orte lebt, verlegte erstenshalber ihre Wohnung nach dem Nachbarorte Nieder-Schöneweide. Hier war sie durch Krankheit gezwungen, von der Armenverwaltung eine Unterstützung von 12 M. anzunehmen. Eine Erfahrforderung des dortigen Gemeindevorstehers an die noch unterstützungspflichtige hiesige Gemeinde hatte zur Folge, daß die Rückfrage nach hier verlangt wurde. In der Aufforderung der hiesigen Verwaltung ist allergnädigst die einstweilige Unterbringung im Spritzenhause in Aussicht gestellt für den Fall, daß es der Ärmsten nicht sogleich gelingen sollte, eine Wohnung zu erhalten.

Zu beachten ist hierbei, daß die Frau durch Zimmervermietung sich einen leidlichen Unterhalt verschafft. Sie würde ihrer Existenz beraubt sein, käme sie dieser weissen Aufforderung nach, abgesehen von den Ungelegenheiten, die ein plötzliches Verlassen einer gemieteten Wohnung zur Folge hätte.

Wir fragen nun: Ist eine Gemeindevorwaltung wirklich dazu da, eine arme Frau durch ihre Maßnahmen vollends erst dem traffen Elend entgegenzuführen? Welchen Zweck mag es denn übrigens für die hiesige Gemeinde haben, wenn ihr Begehren erfüllt wird und die Frau im Spritzenhause über den Zweck solcher Bureaukratsfächer grübelt?

Groß-Lichterfelde.

Die Mitglieder des sozialdemokratischen Wahlvereins werden hiermit in Kenntnis gesetzt, daß nach dem Beschluß der letzten Versammlung von jetzt ab die ordentlichen Mitgliederversammlungen des Wahlvereins nicht mehr monatlich, sondern vierteljährlich stattfinden. Die nächste Vereinsversammlung findet daher am letzten Montag des Monats September statt, worüber noch näheres im „Vorwärts“ veröffentlicht wird. Diese vierteljährlichen Vereinsversammlungen sollen im wesentlichen der politischen und wirtschaftlichen Fortbildung der Mitglieder dienen, während die Zahlende sich mit den internen Parteiangelegenheiten, Fragen der Agitation und Organisation beschäftigen sollen. Außerdem ist auf den Zahlenden der Wunsch ausgesprochen worden, die bisher bestandenem Lesende für die Frauen beizubehalten. Der Vorstand hat sich diesem Wunsche angeschlossen und wird der zuständigen Vereinsversammlung einen dahingehenden Antrag unterbreiten. — Allenfalls nötig werdende außerordentliche Mitgliederversammlungen werden rechtzeitig im „Vorwärts“ bekanntgegeben. Daß die Genossen auch ferner auf regen Besuch der Zahlende bedacht sein müssen, ist selbstverständlich. Der Vorstand.

Bossen.

Schlecht besucht war die am Mittwoch, den 26. August, stattgefundene Wahlvereinsversammlung. Aufgenommen wurden fünf Mitglieder. Den Bericht von der Kreisgeneralversammlung erstattete Genosse Van, den Bericht der Verbandsgeneralversammlung gab Genosse Wiesen. Eine lebhaftere Debatte trat nur bei dem letzten Bericht ein. Bei dem Punkt Frauenfrage wurde beschlossen, in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung für Frauen abzuhalten und hierzu eine Referentin zu bestimmen. Die Einrichtung der Bibliothek erfolgt in diesem Monat und wird dieselbe Ende September eröffnet. Zum Schluß wurde die Verlegung des Versammlungstages beschlossen. Die Versammlungen finden jetzt jeden Donnerstag nach dem 20. im Monat statt.

Kallberge-Rüdersdorf.

Durch herabstürzende Sandmassen verschüttet wurde in Kallberge der vierjährige Sohn des dort wohnhaften Arbeiters Klau. Der kleine hatte mit anderen Kindern auf den sogenannten Sandbergen in der Seestraße des erwohnten Vorortes gespielt und war trotz Abwrens seiner Gefährten in eine etwa 2 Meter tiefe Grube hinabgeraten. Die anderen Kinder drängten sich nun an dem Rande der Aushebung zusammen und unter ihrem Gewicht gab plötzlich das Erdreich nach. Der kleine K. wurde von den herabstürzenden Sandmassen vollständig verschüttet, während drei andere Knaben, die ebenfalls in die Grube gestürzt waren, sich selbst herausarbeiten konnten. Auf das Hilfesgeschrei der Kinder eilten ein Steinmetzmeister und eine Frau hinzu, deren Bemühungen es erst nach geraumer Zeit gelang, den schon bewußtlosen Knaben,

dessen Körper bereits völlig steif war, aus seiner entsetzlichen Lage zu befreien. Der Verunglückte wurde in bedenklichem Zustande nach dem Krankenhaus gebracht.

Zeuthen.

Der Wahlverein Eichwalde und Umgegend hielt am Mittwoch in Zeuthen im Lindemannschen Lokale seine Generalversammlung ab. Genosse Schumann referierte über das Thema: „Was wir wollen?“ Am 19. September soll die Sternwarte besucht werden. Zum ersten Vorsitzenden wurde Genosse B. Schulz (Niederdorf) und zum zweiten Vorsitzenden Genosse Wille gewählt.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag und Montag: Geschlossen. Dienstag und Mittwoch: Sardanapal. (Anfang 8 Uhr.) Donnerstag: Die Reiterfinger von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.) Freitag: Sardanapal. (Anfang 8 Uhr.) Sonnabend: Die lustigen Weiber von Windsor. Sonntag: Sardanapal. (Anfang 8 Uhr.) Montag: Lammhauer. (Anfang 7 Uhr.)

Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Die Habsburgerin. Montag: Doktor Klaus. Dienstag: Klein Dorrk. Mittwoch: Wie die Aellen jungen. Donnerstag: Prinz Friedrich von Homburg. Freitag: Kathan der Weise. Sonnabend: Die Habsburgerin. Sonntag: Hamlet. Montag: Die Braut von Messina.

Neues königl. Operntheater. Sonntag: Die Bohème. Montag: Tannhäuser. (Anfang 7 Uhr.) Dienstag bis Sonnabend: Geschlossen. Sonntag: Der Evangelist. Montag: Geschlossen.

Deutsches Theater. Sonntag: Wehea. Montag: Die Räuber. Dienstag: Was wir wollen. Mittwoch: Wehea. Donnerstag: Des Meeres und der Liebe Wellen. Freitag: Wehea. Sonnabend: Der Kaufmann von Venedig. Sonntag: Wehea. Montag: Kettenglieder.

Deutsches Theater (Kammerspiele). Sonntag: Pythetra. Montag: Aklavaine und Soljette. Dienstag: Gogol und sein Ring. Mittwoch: Frühlingserwachen. Donnerstag: Gogol. Freitag: Sozialaristokraten. Sonnabend: Pythetra. Sonntag: Sozialaristokraten. Montag: Aklavaine und Soljette.

Reisinger-Theater. Sonntag: Der Raub der Sabinerinnen. Montag: Die Weber. Dienstag und Mittwoch: Der Raub der Sabinerinnen. Donnerstag: Rosenmontag. Freitag: Der Raub der Sabinerinnen. Sonnabend und Sonntag: Die Nacht der Finsternis. Montag: Rosenmontag. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Neues Theater. Sonntag und Montag: Baccarat. Dienstag bis Montag: Ungehobener Gesellschaft.

Neues Schauspielhaus. Sonntag und Montag: Die Dollarprinzessin. Dienstag und Mittwoch: Die Kinder der Exzellenz. Donnerstag: Jubili. Freitag: Die Kinder der Exzellenz. Sonnabend: Faust. I. Teil. (Anfang 7 Uhr.) Sonntag: Die Kinder der Exzellenz. Montag: Unbestimmt.

Kleines Theater. Täglich: 2x2=5. Sonntag, 6. September, nachmittags 3 Uhr: Wandergeselle.

Königliche Oper. Sonntag: Der Herr Juffene. Montag: Geschlossen. Dienstag und Mittwoch: Tiesland. Donnerstag: Hoffmanns Erzählungen. Freitag: Tiesland. Sonnabend: Hoffmanns Erzählungen. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Die Fledermaus. Abends und Montag: Tiesland.

Rebber-Theater. Täglich: Der Floh im Ohr.

Neues Operetten-Theater. Von Dienstag ab: Täglich: Die Dollarprinzessin.

Hebbel-Theater. Sonntag: Frau Barrens Gewerbe. Montag: Eprienne. Dienstag: Frau Barrens Gewerbe. Mittwoch: Vom Tode. Die Stärkere. Mit Feuerspielen. Donnerstag: Frau Barrens Gewerbe. Freitag bis Sonntag: Der Liebhaber. Montag: Unbestimmt.

Vollspielhaus. Täglich: Die blaue Maus.

Trianon-Theater. Täglich: Nel. Solette — meine Frau.

Theater des Westens. Täglich: Ein Walzertraum.

Schiller-Theater O. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Undine. Abends 8 Uhr: Die Jidin. Montag: Fideles. Dienstag: Der Richter von Zalamea. Mittwoch: Der Herr Ministerialdirektor. Donnerstag: Der Richter von Zalamea. Freitag: Stein unter Steinen. Sonnabend und Sonntag: Der Herr Ministerialdirektor. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Stein unter Steinen. Montag: Der Herr Ministerialdirektor.

Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Maria Stuart. Abends 8 Uhr: Hans Hudebein. Montag: Ein Falliment. Dienstag bis Donnerstag: Das Stiftungsfest. Freitag: Der Herr Ministerialdirektor. Sonnabend: Hans Hudebein. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Götter und Helden. Abends 8 Uhr: Die Nacht der Finsternis. Montag: Das Stiftungsfest.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Sonntag: Die Fledin. Montag: Geschlossen. Dienstag bis Donnerstag: Egmont. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Freitag: Als ich wiederkam. Sonnabend: Egmont. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der gebörnte Stegried. Stegried Tod. Abends 8 Uhr: Im weißen Röhl. Montag: Als ich wiederkam.

Thalia-Theater. Abends 8 Uhr: Das Ritternachtsmädchen. Sonntag, 6. September, nachmittags 3 Uhr: Der Hochtourist.

Pulsen-Theater. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Susi. Abends 8 Uhr und Montag: Staatsanwalt Alexander. Dienstag: Nachmann als Erzähler. Mittwoch: Staatsanwalt Alexander. Donnerstag: Nachmann als Erzähler. Freitag: Helga. Sonnabend: Nachmann als Erzähler. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Susi. Abends 8 Uhr: Helga. Montag: Nachmann als Erzähler.

Bernhard Rose-Theater. Sonntag nachmittags 3 Uhr: All-Heidelberg, du Heine. Sonntag und Montag: Das Geheimnis von New York. Vom Dienstag abends 8 Uhr: Das demoeste Haupt.

Polles-Caprice. Täglich: Die lustige Witwe.

Parodie-Theater. Täglich: Cavalleria rusticana und „Berlin steht Kopf“.

Gebr. Herrfeld-Theater. Täglich: Das kommt davon! Es lebe das Nachleben. (Anfang 8 Uhr.)

Metropol-Theater. Abends 8 Uhr: Das muß man sehen! (Anf. 8 Uhr.)

Wintergarten. Abends 8 Uhr: Spezialitäten.

Hollo-Theater. Abends 8 Uhr: Spezialitäten.

Vossische-Theater. Abends 8 Uhr: Spezialitäten. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Spezialitäten.

Berliner Brater-Theater. Abends 7 Uhr: Die Welt ein Paradies.

Walhalla-Theater. Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)

Carl Haverland-Theater. Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)

Fräulein Merle-Theater. Abends 8 Uhr: Mit vollen Segeln. Spezialitäten.

Gustav Behrend-Theater. Spezialitäten.

Reichshallen-Theater. Abends 8 Uhr: Berliner Sängerk.

Krania-Theater. Lanbenstraße 48/49. Sonntag und Donnerstag: Ueber den Brenner nach Bededig. Montag und Sonnabend: Die Gletscher der Hochgebirge und die Hölle unserer Heimat. Dienstag: Durch Dänemark und Schweden. Mittwoch, Freitag und Sonntag: Von der Jagd (pige zum Wagemann. (Anfang 8 Uhr.)

Sternwarte, Invalidenstr. 57—62.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 100 Fahrstuhl, wochentäglich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Besuch und eine Zahl als Wertzeichen beizubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Bis zur Beantwortung in Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

W. G. Bis zum 21. Lebensjahre. — P. J. 16. Bei der ehelichen Scheidung werden Steuern erhoben bei einem Einkommen von 1200 M. an, bei der katholischen Kirche bei einem Einkommen von 1500 M. an. — **Polk, Bankir.** Verhältniszahlen, das heißt, daß auch die Kinderheit in ihrem Verhältnis Vertretung findet. — **W. 55.** Wollen Sie sich an einen Arzt wenden. — **W. 56.** Der angegebene Grund rechtfertigt ein vorzeitiges Räumen der Wohnung nicht. Sprechen Sie doch einmal in unserer Sprechstunde vor. — **R. 22.** Wenn Sie gegen Lohn im Gewerbebetriebe beschäftigt waren, sind Sie auch zur Krankenversicherung anzumelden. — **Unfall 08.** Wenden Sie sich mit Ihrem Anliegen an das Gewerkschaftssekretariat, Engelauer 15. — **W. 58.** — **Fr. 22.** Eine Veröffentlichung darüber ist uns nicht bekannt. — **A. 25.** Waisenhaus Berlin, Alie Jakobstr. 33/35. — **A. 27.** Wenn er die Vorsicht anzuht gelassen hat, so der er seinem Auftraggeber gegenüber verpflichtet ist, genö. — **A. 28.** Wenden Sie sich zu nächst an den Kultusbeamten derjenigen jüdischen Gemeinde, mit der Sie in Verbindung treten wollen. — **C. Granow, Gastwirt.** Die betreffende Verammlung hat den Antrag auf Einleitung des Ausschussesjahres angenommen. — **Ohm 2.** 1. Offenbacher Frauenasse, Pringenstr. 66, Hing. 2. Handels- und Transportarbeiterverband, Engelauer 15. 3. Angaben hierüber sind nicht veröffentlicht. — **B. 19.** 1. Uns unbekannt. 2. Donnerstag 2 1/2 bis 3 1/2 Uhr. — **J. J.** Sprechen Sie mit den einschlägigen Papieren in unserer juristischen Sprechstunde vor. — **J. 1.** Ja. — **A. 108.** Die Auswärtigerin ist invalidenversicherungspflichtig. Es müssen vom Beamten der Beschäftigung Marken geleistet werden. — **A. 1.** Ja. — **Dum.** Offenbacher Frauenasse, Hing, Pringenstr. 66. — **C. 15.** 1. 8,90 M. Hamburger Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof. — **W. 59.** Unseres Wissens wird eine solche Mitteilung nicht gemacht. — **A. 100.** Wenden Sie sich persönlich an das Regimentsbureau des von Ihnen gewünschten Truppenteils oder an das Regimentskommando General-Papestraße. — **100. B. 6.** Klagen Sie und legen Sie Ihre Beweismaterial vor. — **Bredlau 15.** 1. Im Oktober. 2. Das kann Ihnen Ihre Organisation sagen. 3. Lindenstr. 69, II. Hof IV. — **G. 50.** Beide Fragen kann Ihnen nur ein Arzt beantworten. — **C. 8.** Sie können den Brief auf Erfüllung der abgenommenen Verpflichtung verklagen. — **J. 10.** Bureau der Stützungsdeputation, Poststraße 16. — **R. R.** Einschlägige Literatur finden Sie in der Buchhandlung Vorwärts. Auch dürfte Ihnen jedes Baubureau Auskunft erteilen. — **Ignoranz, Frauencart.** — **W. 1.** 1. Auch wir halten die Kasse für verpflichtet, und empfehlen Beschwerde über die Kasse beim Landratsamt des Kreises Niederbarnim, Friedrich Karlstr., mit dem Antrage, der Bearbeitung der Kasse zur Jagdlang, mündlich oder schriftlich anzubringen. — **C. 15.** 1. Der Richter wird sich auch damit begnügen. — **A. 2.** 103. Machen Sie Ihre Ansprüche bei der Berufsgenossenschaft geltend. — **H. 6.** Vorkaufstr. 1. Ja. 2. Dazu besteht eine Verpflichtung nicht. 3. So lange die Kinder nicht Erwerb haben, nein. — **A. 100.** Jamosch, und wenn nicht eine Kündigung ausgesprochen wird, bis zur Beendigung der vorgelegenen Kündigungskarte. — **J. 6.** 1. Der unterlegende Teil. 2. Ja. 3. Amtsgericht Tempelhof. Außerdem: der Meister ist Mitglied einer Innung, dann beim Innungsschiedsgericht.

Witterungsübersicht vom 29. August 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer	Windrichtung	Windstärke	Wetter	
Schwetende	752,3	SSW	7	wollig	15	Haparanda	742,8		4 bedeckt	11
Damburg	753,3		7	halb bb.	14	Petersburg	749,6		1 bedekt	11
Berlin	753,3		5	heiter	16	Seidly	755,3		5 wollig	13
Frankfurt	759,3		4	bedekt	15	Aberdeen	741,3		2 wollig	12
München	762,3		6	bedekt	16	Paris	759,3		4 bedekt	15
Wien	762,3			bedekt	18					

Wetterprognose für Sonntag, den 30. August 1908.
Zeitweise auffarend, dazwischen einzelne Regenschauer bei frischen westlichen Winden und wenig veränderter Temperatur.
Berliner Wetterbureau.

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis. Todes-Anzeige.
Am 28. August verstarb unser Mitglied, der Tapferer **Robert Wilde**
Fennstraße 16.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 1. September, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Danies-Kirchhofes Reinickendorf, Schrammbergstraße, Gde Wankelstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am 29. August, morgens 5 Uhr, verstarb plötzlich am Herzschlag unser lieber Kollege, der Schriftsteller **Max Hamilton**
im Alter von 48 Jahren.
Wir verlieren in ihm einen lieben, jederzeit hilfsbereiten Kollegen!
Das Personal der Buchdruckerei **H. S. Hermann.**
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 1. September, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Ruisen-Kirchhofes, Rüdorf, Hermannstraße, aus statt.

Am Freitag, den 28. d. M., früh verstarb plötzlich an den Folgen einer Blinddarmerkrankung unser lieber Kollege, der Schriftsteller **Franz Schenkewitz**
im 22. Lebensjahre. 13606
Wir verlieren in ihm einen braven Kollegen und Mitarbeiter und werden sein Andenken stets in Ehren halten. 1360
Die Verwandten des Verstorbenen
Hans Jepp und Sohn.

Allen Verwandten und Freunden die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau **Wilhelmina Jepp**
im 24. Jahre nach kurzem, schwerem Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Montag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmanns-Kirchhofes aus statt. 41162
Die trauernden Hinterbliebenen.
Hans Jepp und Sohn.

Für die überaus herzliche Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders **Bruno Jax**
sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere auch dem Personal der Firma Gebr. Telschow wie auch dem Turnverein „Bichte“ für seine Mitwirkung besten Dank.
12815
Familie Jax.

Nachruf.
Am 28. August verstarb unser Chef, der Postkammermeister **J. Grosekus.**
Wir verlieren in ihm einen gerechten Arbeitgeber und werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren. 13025
Die Arbeiter der Firma **J. Grosekus.**

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und für die zahlreichen Franzpenden bei dem Begräbnis meines innig geliebten Vaters, unseres guten Vaters, dem Gastwirt **August Gnädig**
sprechen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere allen Vereinen für den letzten Geng zum Grabe unseren herzlichsten Dank aus. 41152
Staaten, den 30. August 1908.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und reichen Franzpenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, sagen wir hierdurch allen Kollegen und Kolleginnen, dem Verein „Unions Ruh“ sowie allen Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank. 12655
Vertha Jaerte und Kinder.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben, unvergesslichen, guten Vaters, Vaters, Bruders, Schwagers und Onkels sagen wir hierdurch allen Freunden und Bekannten sowie den Kollegen der Firma Dittmann unseren herzlichsten Dank. 41182
Witwe Gries nebst Kindern.

Dankfagung.
Sagen allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem Gesangsverein und für die reichen Franzpenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau und Mutter unseren besten Dank.
S. Kirckste nebst Tochter.
Von der Reise zurück. **J. Kallmann.**
Zahnoperationen mit örtlicher Betäubung, f. Röntgenstrahlen auf Wunsch ohne Nachzahlung. Sprechstunde, 8—8. Bitte darauf zu achten, daß sich mein Vertreter nur Rönigstr. 14/15, Eckhaus Kaiser Wilhelmstr. 18 befindet.

Orehbare GUMMIBÄRZE
SALAMANDER
SCHUH-GES. m. b. H. BERLIN
W. Friedrichstr. 182, C. Königstr. 47, SW. Friedrichstr. 221
Fordern Sie Musterbuch V

Quartett-Gesang
zu Beerdigungen empfiehlt zu jeder Zeit
Gustav Voigt, Chordirig.
50. 33, Görlitzer Str. 56, part.

29
Gardinenhaus
Bernhard
Schwarz
Hofstr. 29
(Hirz-Ging.)
Gros & Detail.
29

Westmanns
Trauermagazin
Hauptgeschäft Berlin W., Mohrenstraße 37a, kein Eckhaus, und Berlin NO., Gr. Frankfurter Str. 115, kein Eckhaus, erreicht seine Leistungsfähigkeit und seine billigen Preise durch Kleinerparnids u. geringe Speifen Geschmacksvolle Auswahl in fertiger Trauer - Garderobe für Damen und Mädchen.

Verbind. d. Ernährung d. Körpers, machen den Tritt gekuchlich, schütten gegen Auszuleiten. Keine schiefen Absätze mehr. Von Jedermann leicht anzuordnen.
Bei Bestellungen genügt Umreis d. Absätze
Für Herren das Paar 1,00 Mk.
Für Damen das Paar 0,75 Mk.

Restoranzelle 290 Rn an Brunnhof, Berlin, Kollenderstr. 3.
Empfehle Freunden **Restaurant.**
2 Vereinszimmer, 30—50 Personen.
Karl Rosb, Ropenitstr. 23.
Preise
besiebig Teilzahlung.
Invalidenstr. 145.

Die Harnleiden
Ihre Gefahren, Verhütung und Beseitigung von
Dr. med. Schaper,
BERLIN — Preis 1 Mark.
Stes Causend
Verlag Max Richter Frankfurt (Oder)
Baschmühl-Classe

Kassenbäder jeder Art **Augusta-Bad,** Köpenickerstr. 60
Empfehlen den Genossen unser Sargmagazin
Beerdigungsinstitut „Solidi“
H. Fischer & Kreutzberger,
Rixdorf, Wäckerstraße 70,
Gde Friedelstr. Amt Rixdorf, jetzt 495

Von der Reise zurück 151/15
Dr. Emil Hirsch
Schulstr. 2.

Von der Reise zurück 13535
Dr. Levy, Swinemünder
Straße 126.

Von der Reise zurück 179/12
Dr. Mankiewicz,
Arzt für Darmorgane,
Potsdamer Straße 134.

Von der Reise zurück
Dr. Sommerfeld,
1271b
Schöneberg,
Haupt-Straße 20.

Von der Reise zurück!
Dr. L. Jacobsohn
Augenarzt 213/14
Prenzlauer Straße 19.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 38463
Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10—2, 5—7, Sontn. 10—12 Uhr.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
dicht am
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4
Ein Hausgrundstück, passend für
Handwerker oder pensionierte Beamte,
in Britz (Nort), an der Bahn gelegen,
ist preiswert bei U. Anzeigung
zu verkaufen. Auskunft erteilt
Fr. Guntel, Britz (Nort).

Das seit 23 Jahren bestehende Manufaktur- und Modewaren-Geschäft

H. MARKUS

Reinickendorfer
Strasse 14

..... wird vollständig aufgelöst

Sämtliche zum Verkauf gelangenden Waren, bestehend aus Kleiderstoffen, Seidenstoffen, Leinen- und Baumwollwaren, Handtüchern, Tischtüchern, Gardinen, Teppichen, Möbelstoffen, Steppdecken, Tischdecken, Damenmänteln, Kostümen, Blusen, Unterröcken, Kinderkleidchen, fertiger Damen- und Herren-Wäsche, Trikotagen, Wollwaren etc. sind streng reellster Beschaffenheit und im Preise fast bis zur Hälfte herabgesetzt

Der Verkauf beginnt Dienstag, d. 1. Sept., früh 9 Uhr

Geöffnet von 9-1 und 3-8 Uhr

Direkt anschließend an den Bahnhof

Seegefäld

umwelt der Öbberiger Heerstraße

Hochwald u. Sandparzellen, Guter Gartenboden, Gasanstalt und Güterbahnhof vorhanden. 10 Stücken Jungfernbette

20 Pfennig-Tour.

von 10 M. an.

Nieschalke & Nische
Berlin, Neue Königsstr. 16

Metzner

BERLIN

Adressenstr. 23 — Brunnenstr. 95

Leipzigerstr. 54-55 — Beusselstr. 67 — Rixdorf, Bergstr. 133

Kinderwagen Eisen-Bettstellen
Kindermöbel Korbwaren etc.

1000 Mk. Belohnung

zähle ich jedem, der mir in Berlin ein größeres Spezial-Geschäft in der Branche als das meinige nachweist. KATALOG GRATIS.

Möbel,

Max Winkelmann, Dresdener Straße 28, neben der Markthalle.

1 u. 2 Zimmer-Einrichtungen von 270 bis 3000 M., kompl. Küchen 45 M. Gelegenheitsläufe: eigene Tapezier-Berthoff. Langjährige Garantie.

Lammers Festsäle

Neues Klubhaus

Kommandantenstr. 72 40250*

Berufspr. Amt Ia Nr. 6806. Berufsprüfer Amt Ia Nr. 6806

Für die bevorstehende Saison empfehle meine sehr glänzend renovierten Säle, 150-400 Pers. fassend.

Alfred Lammers.

Teilzahlung

monatlich 10 M. Bessere Herren-Garderobe nach Maß (billigste Preise).

J. Tomporowski, Lindenstr. 110, 2. Stage.
Röhe Dellenhainplatz.
Raffe 10%, billiger.

J. Baer

Badstr. 26 Ecke Prinz-Allee

Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, El. Einsegnungsanzüge

Großes Lager in- und ausländischer Stoffe zur Anfertigung nach Maß.

Altberühmte, streng feste Preise.

H.G. STYZE
Berlin C. Auguststr. 100
Maschinenbau-Unterrichtsanstalt

Sie erhalten

auf Kredit

ohne Anzahlung

wöchentlich 1,- Mark

Steppdecken, Portieren, Tischdecken, Gardinen, Stores, Kleiderstoffe, Uhren, Teppiche, Bettvorleger, Wäsche, auch Herren- und Damen-Garderobe, Betten u. einzelne Möbelstücke, Kinder- und Sportwagen, ferner ganze Wohnungseinrichtungen.

Wilhelm Peters Nachf.
Rixdorf, Friedelstr. 18
zwischen Hermannplatz und Görlitzer Bahnhof

Modernes Waschmittel

garantiert unschädlich

Persil

vollständig ungefährlich

kein Chlor kein reiben

kein Waschbrett kein bürsten

Für jede Waschmethode passend

alleinige Fabrikanten auch der weltbekanntesten

Henkel's Bleich-Soda

Henkel & Co. Düsseldorf

Baumwollgarne billiger!

Für weniger Geld schönere Gardinen

Stores, Bettdecken, Zierdecken, Zuggardinen, Scheibenschleier in Herkulestill, Erbstill etc. Wegen Anwendung der elektrischen Bleiche Garantie für größte Haltbarkeit.

Vertrieb von Erzeugnissen sächsischer

Gardinen-Fabriken

Johann Pellot & Co., Kommanditgesellschaft.

C. Rosenthaler Straße 2, am Rosenthaler Tor. SO. Wiener Straße 11, gegenüber der Hochbahn. S. Kottbuser Damm 73 (Rixdorf) gegenüb. Boppstr.

O. Große Frankfurter Straße 5-6, Ecke Fruchtstraße. O. Niederbarnim-Straße 13, Ecke Boxhagener Straße. O. Grüner Weg 28, gegenüber der Markthalle.

3304L*

Saison-Räumungsverkauf!

Ein Partie

imit. Smyrna

Teppiche

farbenprächtiges neues Gewebe in echt orientalischen Mustern

Größe ca.		
90x165 cm M.	5,25 (Wert 7,50)	
130x195 "	8,75 (" 12,50)	
160x230 "	13,50 (" 18,50)	
200x300 "	18,75 (" 25,00)	
250x350 "	30,00 (" 37,50)	
300x400 "	40,00 (" 48,00)	
350x450 "	50,00 (" 62,50)	
400x500 "	60,00 (" 72,50)	

Selten Kaufgelegenheit f. Hotels, Pensionate etc. Nach auswärts per Nachnahme.

Teppich-Spezial-Haus

Emil Lefèvre

Berlin Süd. Seit 1882:
nur Oranienstr. 158.

Unterhalte nirgends Filialen!

Räumungs-Extraktliste gratis und franko.
u. Katalog mit ca. 600 Illustrat.

